

Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Nr. 229.

Magdeburg, Dienstag den 2. Oktober 1906.

17. Jahrgang.

Die heutige Nummer umfasst 12 Seiten

Der Trennung entgegen!

Aus Wien wird der Magdeburger „Volkstimme“ geschrieben:

Seit einigen Tagen werden die Oesterreicher daran erinnert, daß sie noch immer gemeinsam mit Ungarn eine europäische Großmacht sind. Seit dem 18. September werden nämlich zwischen zwei von Oesterreich und Ungarn delegierten Fachkommissionen Verhandlungen über einen neuen Ausgleich gepflogen.

Das Interesse, welches der neuerlichen Ausgleichsverhandlungen entgegengebracht wird, ist recht minimal. Das öffentliche Interesse wendet sich vor allen Dingen der Wahlreform — der Frage nach dem Schicksal Oesterreichs — zu. Trotzdem können und sollen die Verhandlungen über den neuen österreichisch-ungarischen Ausgleich schon in ihrem jetzigen Stadium nicht schweigend übergangen werden.

Als im Mai des laufenden Jahres das Ministerium Hohenlohe über eine alberne Kaprice des großwuchsinjinnigen Magyarenkönigs: der Freierung eines eignen ungarischen Zolltarifs — der sich aber inhaltlich mit dem vom österreichischen Parlament beschlossenen österreichisch-ungarischen Zolltarif vollständig deckt — stürzte, ging selbst durch die Reigen jener schwarzgelben Patrioten, die der Gemeinsamkeit — dem Großmachtsbündel — zuliebe seit dem Jahre 1867 Opfer auf Opfer brachten, etwas wie eine heftige Erregung. Die Auseinandersetzung über den sogenannten ungarischen autonomen Zolltarif war zwar nur ein Streit um Worte, aber das Recht lag auch dort, wo es sich um eine bloße Formalität handelte, so sonnenklar auf der Seite Oesterreichs, daß der Sturz des Ministeriums-Hohenlohe wie eine freche Herausforderung der gesamten öffentlichen Meinung empfunden wurde.

Oesterreich hat zwar in den letzten vierzig Jahren bei jeder Erneuerung des Ausgleichs Niederlage auf Niederlage erlitten, und das deshalb, weil die Patentpatrioten des österreichischen Reichsrats auf die Gemeinsamkeit mit Ungarn seit jeher bedeutend mehr Gewicht legten, als das in Ungarn auch nur annähernd der Fall war. Die braven Oesterreicher bleichten, daß sie schwarz wurden; die Herren Magyaren ließen sich das natürlich gern gefallen und wurden in ihren Ansprüchen immer weitgehender. Sie verkauften die Gemeinsamkeit mit Oesterreich, die ihnen im Grunde verhaßt war, weil sie die Selbstständigkeit Ungarns im Auslande verbundelte, so teuer als möglich. Aber schließlich geht der Krug nur so lange zum Brunnen, bis er bricht. In Oesterreich trat zwar sehr langsam, aber doch schließlich eine Ernüchterung ein, die darüber aufklärte, daß die Gemeinsamkeit mit Ungarn beträchtlich überzahlt wird.

Je mehr diese Ernüchterung um sich griff, desto schwerer wurde es, im österreichischen Parlament eine Majorität zu finden, die bereit war, die Bedingungen der Herrschaften in Budapest zu schließen. Die Regierungen in Wien mußten sich Majoritäten um den Preis von Konzeptionen erkaufen, die mit dem Dualismus jählich nicht das geringste zu tun hatten. Die Konzeptionen waren in der Regel nationaler Natur. Das letzte Schachergeschäft wegen des Ausgleichs versuchte im Jahre 1897 das Ministerium Wadeni, das um den Preis von die Tschachen begünstigenden Sprachverordnungen die Jungtschechen vor den Wagen des Dualismus spannen wollte. Der Ausgang des versuchten Anshandels ist noch in frischer Erinnerung. Er zeitigte die Obstruktion der Deutschen, und als man daran ging, die Ausgleichsvorlagen mit Gewalt, d. h. mit brutaler Beugung der Geschäftsordnung durchzusetzen, kam es im November 1897 im Abgeordnetenhaus zu jenen Schirmen, in deren Verlauf die Polizei in das Parlament einbrang. Die Obstruktion blieb sieghaft, und die Regierung des Grafen Wadeni mußte das Unterfangen, den Ausgleich mit Ungarn im Parlament unter Zuhilfenahme von Polizeikräften durchzubrüden, mit ihrem Sturze bezahlen. Vor rund zehn Jahren ist die Politik österreichischer Kabinette, das faulende Gebilde des Dualismus auf der Grundlage nationaler Schachers zu fräsen, elend zusammengebrochen.

Die Ausgleichspolitik des Grafen Wadeni, die durchaus nicht originell war, sondern nur alte Beispiele nachahmte, wurde zur Quelle jener innerpolitischen und nationalen Wirren und Stürzen, die seit 1897 in roher nie geahnter Gewalt Oesterreich verzwülfen, und die nun dort angelangt sind, wo wir gegenwärtig stehen, weil es einen andern Ausweg nicht mehr gibt: bei der Wahlreform!

Im Jahre 1897 ist der letzte in Wien und Budapest 1887 parlamentarisch erledigte Ausgleich abgelaufen, ohne daß er seit der Zeit hätte verfassungsmäßig erneuert werden können. An die Stelle des rechtmäßig zustande gekommenen Vertrags trat der Verfassungbruch, der § 14. In Budapest hat man sich die Bereitwilligkeit, einen Ausgleich zu akzeptieren, der auf der Seite Oesterreichs auf einer Reihe kaiserlicher Verordnungen beruht, natürlich noch ezira bezahlen lassen. Auf welche festem Fundament der Dualismus gegenwärtig ruht, lehrt die Tatsache, daß das Abgeordnetenhaus es zu jeder Stunde in der Hand hat, die wirtschaftliche Gemeinsamkeit mit Ungarn sofort zu sprengen: es braucht nur jene kaiserlichen Verordnungen, die „auf Grund

des § 14“ erlassen wurden, und welche die wirtschaftliche Gemeinsamkeit „regeln“, in Verhandlung zu nehmen und abzulehnen, und der Dualismus ist, soweit er die wirtschaftliche Gemeinsamkeit mit Ungarn zum Inhalt hat, gewesen. Dann wäre, weil auf keiner Seite für den plötzlichen Eintritt eines solchen vertragslosen Zustandes vorgejagt ist, das Chaos fertig.

Als Herr v. Körber aus Mader kam, vereinbarte er nach mühseligen Verhandlungen mit dem ungarischen Ministerium Szell einen neuen Ausgleich. Zwischen den beiden Regierungen kam der Pakt in der Silberkernacht von 1902 zustande. Herr v. Körber, der sich Ungarn gegenüber gern in der Rolle eines Kraftmenschen gefiel, wahrte dabei die Interessen Oesterreichs so gründlich, daß er sich kaum ernsthaft der Hoffnung hingeeben haben mag, seine diesbezüglichen Vorlagen könnten im Abgeordnetenhaus angenommen werden. Sie stipulierten noch ein gemeinsames Zoll- und Handelsbündnis. Die Stürme nach der erwähnten Silberkernacht haben sowohl das Ministerium Körber als die Regierung des Herrn v. Szell hinterrücks. In Ungarn ist vom Ministerium Bekerse der Ausgleich Szell-Körber dem neugewählten Parlament nicht einmal unterbreitet worden. Dafür wurde das ungarische Privilegien-Parlament von einer Partei erobert, die die Gemeinsamkeit mit Oesterreich auf die Personalunion — auf ein gemeinsames Herrscherhaus — beschränkt sehen will. Diese Partei hat zwar auch in dem Moment, in dem sie zur Macht gelangte, viel Wasser in ihren Wein gegossen, doch im ganzen kann sie ihr altes, auf die staatliche Unabhängigkeit Ungarns abzielendes Programm nicht verleugnen. Sie muß sich schon ihrer Wähler wegen, die sonst allzu stutzig werden könnten, doch irgendwie auch auf dualistischem Gebiet betätigen. Sie „schuf“ deshalb den autonomen ungarischen Zolltarif — ein Komödiantenwerk — und will beim Abschluß eines neuen Ausgleichs an die Stelle eines Zoll- und Handelsbündnisses ein Handelsvertrags gesetzt wissen.

Das Ministerium Hohenlohe mußte für seinen Widerstand gegen den selbständigen ungarischen Zolltarif hart büßen. Es kam das Ministerium Beck, das ein parlamentarisches sein will. Es fand infolge der Niederlage Hohenlohes — den Sieg Ungarns über Oesterreich vor der Krone — im Parlament eine Stimmung vor, die es nötigte, mit ihr zu rechnen, wollte es sich nicht der Gefahr aussetzen, das ganze Parlament gegen sich aufzubringen. Herr v. Beck mußte die aufs höchste gereizte Stimmung des Parlaments fernhalten, bevor er das Ministerportefeuille übernahm. Es ist anzunehmen, daß er sich von der Krone verschiedene Ermächtigungen erbat, die auf den Ausgleich mit Ungarn Bezug haben, und die der Situation im österreichischen Parlament Rechnung tragen sollten.

Herr v. Beck — ein ehemaliger Sektionschef im Ackerbauministerium — gilt als gewiegter Kenner des Ausgleichs. Er begann als Ministerpräsident damit, im Parlament scharfe Worte gegen Ungarn zu führen, und er ließ am 6. Juli seinen Worten gewisse Maßnahmen eine Tat folgen: er zog die vom Ministerium Körber dem Abgeordnetenhaus unterbreiteten Gesekentwürfe über den wirtschaftlichen Ausgleich zurück. Seine Regierung will, den geänderten Verhältnissen in Oesterreich und Ungarn entsprechend, das gesamte Ausgleichswerk einer gründlichen Revision unterziehen. Es soll zwischen Oesterreich und Ungarn ein Verhältnis geschaffen werden, das beide Teile zufriedenstellen und an die Stelle der periodisch wiederkehrenden Ausgleichswirren zu einer gewissen Stabilität verhelfen soll: ein durch und durch neuer Bau, der die Macht- und Interessensphären beider Länder scharf abgrenzt und für die Zukunft die in Ungarn so sehr beliebten Interpretationskünste zum Schaden Oesterreichs unmöglich machen soll.

Seit dem 18. September beraten nun in Wien sogenannte Fachkommissionen der österreichischen und ungarischen Regierung. Die Beratungen werden in Budapest fortgesetzt werden. Was dabei herauskommen wird, wissen freilich nur die Götter. So viel steht fest, daß der Dualismus in seiner heutigen Form unhaltbar geworden ist, und daß er so gründlich revidiert werden muß, daß von der bisherigen wirtschaftlichen Gemeinsamkeit zwischen Oesterreich und Ungarn wenig oder nichts mehr übrigbleiben wird.

Politische Ueberflucht.

Magdeburg, den 1. Oktober 1906.

Vote Seelen.

Was man von der Rührigkeit des Zentrums zu sagen pflegt, trifft vollkommen für die Gegenden zu, in denen die Sozialdemokratie bereits mit dem schwarzen Gegner in Führung gekommen ist. Dort, wo die Eszen rauchen und die Hammer dröhnen, wo die Welt im Zeichen eines hochentwickelten Kapitalismus und lebendigen Klassenkampfes steht, ist die Tätigkeit der Zentrumsblätter sicherhaft angepauert; ihre Agitation und Organisation hat dort Stellen erzwungen, die von der Sozialdemokratie nur in zähem Kampfe gewonnen werden können.

Draußen aber vor den letzten Häusern der Fabrikläden liegt viel dunkles, stilles Land. Und dort, wo das Zentrum unbestritten herrscht, fehlt alles politische Leben, alle staatsbürgerliche Regsamkeit. Dort liegt man, so erzählt ein Zentrumsabgeordneter in der „Germania“ im „tiefsten politischen Winterschlaf“. „Es ist ja alles so gut zentrumstreu, die Leute sind so brav, ich bin meiner Leute sicher“ — so höre man in jenen stillen Gegenden die Zentrumsführer sprechen. Jetzt regt der Zentrumsabgeordnete der „Germania“ eine ganz revolutionäre Meinung an. Die Abgeordneten sollen nämlich — man denke! — ihren „sicheren Leuten“ über ihre Tätigkeit im Reichstage Bericht erstatten. Bisher ist dergleichen nicht dagewesen. Und allzu scharf möchte der Antragsteller auch nicht vorgehen, denn er schreibt:

Gewiß sind die Abgeordneten, die ein halbes Jahr in Berlin weilen, am Schluß der Session sehr ermüdet und fordern deshalb Ruhe; niemand wird fordern, daß sie sofort wieder in die Volkssammlungen gehen. Aber von Mai bis September ist auch eine lange Zeit, und da kann man ausruhen. Deshalb wird auch jeder Abgeordnete dem Rufe nach einem Referat gern Folge leisten. Aber wie viele Zentrumsorganisationen sind denn regelmäßig an ihren Abgeordneten mit einer solchen Bitte herangeraten? ... Wir fragten einmal einen Zentrumsabgeordneten, der seit beinahe zwanzig Jahren dem Reichstag angehört, wie oft er schon zur Berichtserstattung gebeten worden sei. Antwort: Niemals! Als ich einmal aus freiem Antrieb kam, sagte man mir, ich möchte mich nicht bemähen, die Wähler forderten ein solches Referat nicht.

Das sind die überzeugten Anhänger des Zentrums! Leute, die auf Pfarrers Geheiß ihren Abgeordneten wählen, den zu sehen und zu hören sie zwanzig Jahre lang nicht das geringste Bedürfnis empfanden! Die vollkommenste politische Trägheit, die absolute Gedankenlosigkeit, der stille Stumpfsein sind die mächtigsten Verbündeten unsrer Gegner. Von den drei Millionen, die bei den letzten Wahlen für die Sozialdemokratie ihre Stimme abgaben, ist jeder Mann durch Kampf und Anstrengung gewonnen worden. Aber selig sind, die da geistig arm sind, und den Seinen gibt es der Herr im Schlafe! Wohl ihnen! Aber die Sozialdemokratie braucht wahrhaftig nicht eine Partei zu beneiden, deren Macht auf der Ueberzeugungslosigkeit ihrer Anhänger beruht, und sie braucht auch die Hoffnung nicht aufzugeben, daß es ihr gelingen werde, auch diese toten Seelen zu wecken. Nur dort, wohin sie bereits mit ihren ersten Ankläufern gedrungen ist, herrscht Kampf und geistige Regsamkeit. Es kann nicht fehlen, daß bald auch über die stillsten Zentrums Gegenden ihr politischer Weckruf klingt: „Habt ihr denn noch nicht genug geschlafen?“

Der Kaiser soll kein Rot sehen.

Ein nettes Stückchen wird dem „Berliner Tageblatt“ aus Koburg gemeldet. Dort besitzt am Marktplatz eine Witwe einen kleinen Schirmladen, über dem sie in gänglich unpolitischer Absicht ein rotes Schild angebracht hatte. Als vor wenigen Tagen der Kaiser in Koburg erwartet wurde, erschien bei der Schirmhändlerin ein Abgeordneter der Behörde und verlangte, daß das Schild während der Anwesenheit des Kaisers entfernt werde, da der Kaiser und die Kaiserin, falls sie den Marktplatz passieren sollten, an der roten Farbe Anstoß nehmen könnten. Man sollte der Schirmhändlerin zu, daß das Schild nach erfolgter Abreise des Kaisers wieder angebracht werden dürfte.

So zarte Rücksichtnahme ist löblich. Leider ist unbekannt geblieben, welche Verordnungen die Koburger Behörde gegen die roten Rosenblumen im Felde und besonders gegen den gleichfalls höchst umstürzlerischen gefärbten Sonnenaufgang erlassen hat.

Ruba und die Union.

Seit einigen Wochen herrschen heftige Parteikämpfe auf der 1898 durch die Amerikaner von der spanischen Mißwirtschaft befreiten „Perle der Antillen“, die nach der Seite jener Länder nicht nur mit dem Stimmzettel und Versammlungsrezolutionen ausgefochten werden. Was die kubanischen „Patrioten“ eigentlich wollen, die Rebellion machen, ist nicht recht ersichtlich; es ist aber auch nicht nötig, daß die Herrschaften, die nach der Regierungstruppe drängen, ein Programm vertreten, denn diese kubanische Revolution ist in Wahrheit eine Dankes-Revolution. Von New-York aus wurde die Bewegung inszeniert, einige Truppe, besonders der Indiertruppe, haben die nötigen Gelder vorgezogen, und das Ziel der ganzen Bewegung ist nichts andres, als die Einverleibung Kubas in die große amerikanische Union. Die Amerikaner haben nach der Selbständigwerdung Kubas begonnen, das Land wirtschaftlich auszubeuten und dabei ist ihnen der Zolltarif der Kubaner ein Hindernis, der auch andre Nationen zum Wettbewerb zuläßt. Ihr Streben geht daher dahin, Ruba der Union anzugliedern, damit die hohen Zollmauern, die die Union umgeben, auch von der großen Insel unlichsame Konkurrenten fern halten. Daher wurde mit amerikanischem Gelde die „Revolution“ gemacht und sie bot am Sonntagabend den Amerikanern den Vorwand, die Insel militärisch zu besetzen und eine provisorische Regierung zu errichten, an deren Spitze der Staatssekretär Taft, der Vertraute Roosevelts, steht. Es

wird wohl nicht lange dauern, bis aus dieser provisorischen Beschaffung Kubas durch die Amerikaner eine endgültige Besitzergreifung geworden ist.

In den Telegrammen, die über die Annexion Kubas berichten, heißt es, die „geschäftlichen Kreise“ seien von dem Wechsel der Regierung hoch bedrückt. Das glauben wir gern, wie es mit den Kubanern steht, ist aber eine andre Frage; leider berichtet uns der Telegraph darüber nichts. Für die amerikanischen Milliardäre ist das aber gleichgültig, sie haben ein paar Millionen in das kubanische Geschäft gesteckt und wenn die mit gute Juxten bringen, dann sind sie zufrieden. Selbstbestimmungsrecht der Völker und ähnliche altertümliche Begriffe spielen in den Erwägungen dieser „Demokraten“ keine Rolle.

Die russische Revolution.

Die Polizei als Würbertruppe.

Vor kurzem verzeichneten wir die Meldung, gegen das gesamte Personal der politischen Polizei in Jekaterinoslaw sei eine Untersuchung eingeleitet, das Amtstotal sei verübert worden. Den Grund wußte kein Mensch. Jetzt beginnt die Sache sich aufzuklären.

Es erweist sich, daß die Hunde, die mit „Beobachtung und Verfolgung“ der Revolutionäre zu Jekaterinoslaw betraut waren, nebenbei ein bei ihrer Anstellung sehr wenig gefährliches, zugleich aber außerordentlich einträgliches Geschäft betrieben — sie führten alle Verzögerungen und Raubmorde aus, die in Jekaterinoslaw begangen wurden. Kein Wunder, daß die Schuldigen niemals entdeckt werden konnten. Alles wurde den Revolutionären in die Schuhe geschoben und — damit war die Sache erledigt.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß sich ähnliche Dinge in noch vielen andern russischen Städten abspielen, ohne daß sie aufgedeckt werden. Das Treiben der Polizeispitzel bedarf einer scharfen Beaufsichtigung und Kontrolle. Es gibt aber tatsächlich keine. Nur ein Zufall bringt denartige verbrecherische Handlungen ans Licht, wie sie in Jekaterinoslaw nicht etwa von einzelnen Beamten, sondern von dem ganzen Personal jahrelang straflos begangen wurden.

Letzte Nachrichten.

*** Petersburg, 30. September.** Die Entscheidung über die Erweiterung der Rechte der Juden ist in negativem Sinne ausgefallen. Eine Erweiterung ihrer Rechte wird nicht eher stattfinden, als bis die jüdische Jugend Russlands einen mehr gescheiterten Geist beweist. Die Juden haben auf Gewährung größerer Freiheiten also nicht zu rechnen. Jüdische Finanzmänner werden aber trotzdem dem Jazismus Anleihen vermitteln.

*** Riga, 30. September.** Im hiesigen Zentralgefängnis wurde eine politische Gefangenengruppe, welche vom Feinster aus Zeichen gab, durch den Wächter erschossen.

Sd. Krasnodar, 1. Oktober. (Eig. Drahtb. d. „Volkst.“) Das Kriegsgesicht fällt heute das Urteil über die an den Westfronten der Marneoffensiven beteiligten Personen. Das ehemalige Dummmitglied Onipko wurde zum Verleumdung der Rote Armee und zur Deportation verurteilt. 19 Matrosen wurden zum Tode durch Erschießen, 12 zu Zwangsarbeit von unbestimmter Dauer, 120 zu Zwangsarbeit von 4 bis 20 Jahren verurteilt. Weitere 429 Mann wurden zur Einweisung in Straf-abteilungen und zu Gefängnis verurteilt. Sämtliche Verurteilten wurden aus dem Militärstand ausgestoßen. 129 Angeklagte wurden freigesprochen.

Sd. Petersburg, 1. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Aus dem geheimen Archiv des Kriegsministeriums sind wichtige Mobilisierungs- und Festungspläne der Süd- und Westfront gestohlen worden. Ein Ingenieuroberst wurde unter dem Verdacht des Hochverrats verhaftet.

Sd. London, 1. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Der Petersburger Korrespondent des „Daily Telegraph“ berichtet, daß zwischen den Armeniern und Tataren im Kaukasus große Kämpfe stattgefunden haben. Die feindlichen Nationen lieferten sich blutige Schlachten, in der zahlreiche Menschen getötet wurden.

Aus der Parteibewegung.

300 Mark Geldstrafe soll der Genosse Wendel von der Obersten „Vollst.“ bezahlen, weil sich der Oberbürgermeister von Chemnitz beleidigt fühlt. Wendel hatte in seinem Blatte ausgeführt, die schöne Rede des Oberbürgermeisters stünde mehrmals in Widerspruch mit den Tatsachen, darüber fühlte sich der Oberbürgermeister beleidigt und stellte Strafantrag.

Der Verleumdungsprozess in Darmstadt. In dem Verleumdungsprozess gegen die Redakteure Saueremann und Bendow hat Herr Rechtsanwalt Dr. Schulz, der Vertreter des Redaktionsleiters Reichstädt, abgeordnet Herr Schulz, die Revision gegen das Urteil der Strafkammer beim Reichsgericht eingeleitet.

Die proletarische Frauenbewegung hat einen schweren Verlust erlitten. Am Sonnabend ist in München Frau Lea Heiden-Deuschmann nach kurzer Krankheit verstorben. Frau Heiden-Deuschmann war eine der energiegelabtesten und hoffnungsvollsten Sozialistinnen für die proletarische Frauenbewegung.

Gewerkschaftsbewegung.

Lohnbewegungen und Streiks. Wie die „Mittagszeitung“ meldet, haben die Fabrikarbeiter der neuen Dampferwerke in Stettin, welche infolge der Nichtverwilligung ihrer Forderungen, die seit dem letzten Streik noch beschäftigten Arbeiterwilligen zu entlassen, die Arbeit niedergelegt haben, die Arbeit bedingungslos wieder aufgenommen. — Der Verband der Eisenbahnarbeiter in Stuttgart hat beschlossen, sämtlichen Arbeitern aus dem Arbeiterverband zu kündigen, falls bis zum nächsten Dienstag die in der Zeitung angekündigten Forderungen nicht angenommen werden. — Neben den Eisenbahnarbeitern sind auch die Heimarbeiterrinnen in Mosbach in eine Lohnbewegung eingetreten. Sie fordern von der Kleiderfabrikanten ebenfalls einen einheitlichen Lohnsatz mit höheren Lohnsätzen. — Unter den Zellulosefabrikanten der Firma Nord a. Hermann in Berlin ist ein Streik ausgebrochen, weil die Forderungen der Arbeiter nicht angenommen wurden. Die Forderungen wurden vor acht Tagen bei der Firma eingereicht, die sich bis gestern Abend noch nicht erfüllt hatten. Die dies nicht geschah, treten sämtliche Arbeiter, die im Handels- und Transportarbeiterverband organisiert sind, in den Ausstand. — Der Ausschuss der Bergarbeiter auf der Schieferberger Kupferhütten-Grube in Priedermersberg wird seinen Kampf fortsetzen. Die Vermittlung ist sich infolge dessen verweigert, entsprechende Landarbeiter zur Aufrechterhaltung des Betriebes einzustellen, da die Schieferberger Arbeiter unbedingt eine Vereinbarung fordern. — Die Anstellung der Gewerkschafter und -arbeiterinnen der Gewerkschaft Carl Schmidt Müllers-Gesellschaft Frankfurt a. M. wiederhergestellt werden unverändert fort. Antrag ist streng fern zu halten. — Auf dem Hüttenwerk „Rote Erde“ bei Gladbach fand am Sonnabend die von der Sozialkommission der anstehenden Arbeiterchaft veranlassete Verhandlung mit der Direktion statt. Nach Mitteilung der Direktion wurde der Sozialkommission erklärt, daß die Arbeiter nur auf Grund des von der Direktion schon am 2. August 1905 abgeschlossenen Verhandlungsprotokolls, nach welchem die gewerkschaftliche Lohnaufhebung ausgeschlossen ist, wieder aufgenommen werden könne. Die Frage, ob die Arbeiter sich auch auf diesen Standpunkt gestellt haben, konnte die Sozialkommission nicht beantworten. Die anstehenden Arbeiter werden am nächsten Dienstag eine große Versammlung veranstalten, in der zur Einigung der Direktion Stellung

genommen werden soll. — Die organisierten Zimmerleute R. A. B. G. beschlossen, den am 31. Dezember ablaufenden Tarif für München. Da die Organisation sich bedeutend gehoben hat und die Geschäfte deshalb sehr zugenommen haben, soll schon am 15. Oktober ein besoldeter Sozialbeamter angestellt werden.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, 1. Oktober 1906.

Die Generalversammlung des Konsumvereins Neustadt

am Sonnabend im „Luisenpark“ war gut besucht. Der Geschäftsführer, Herr Schmidtchen, führte zur Berichterstattung über die erste Hälfte des Geschäftsjahres 1906 etwa folgendes aus: Die im Geschäftsbericht für 1905 geschilberte allgemeine Zerrung habe auch im verfloffenen ersten Halbjahr 1906 ungeschwächt angehalten. Sie habe sich sogar in fast allen für die Lebenshaltung der unteren Volksschichten-wichtigen Artikeln noch wesentlich verschärft. Erzeugnisse seien es bei vielen Artikeln geblieben, rechtzeitig größere und günstige Abschlüsse zu machen, so daß trotz höherer Betriebskosten das erste Halbjahr mit einem verhältnismäßig recht günstigen Geschäftsergebnis und mit einer guten Ersparnis für die Mitglieder abgelaufen konnte. Der Gesamterlös für das erste Halbjahr dieses Jahres beträgt 2387 804,50 Mark gegenüber nur 2 196 383,70 Mark im ersten Halbjahr des Vorjahres, mithin sei in diesem Jahre eine Zunahme des Erlöses um 179 510,80 Mark festzustellen. Die am 1. April d. J. in Burg eröffnete neue Verkaufsstelle habe in den vier Monaten einen Erlös von 42 782,77 Mark erzielt, womit für die bis dahin vorhandenen früheren Verkaufsstellen immerhin noch ein Mehrerlös von 136 758,00 Mark verbliebe. Von dem Gesamterlös entfallen auf Waren 1 536 090,46 Mark, Großbäckerei 552 717,50 Mark, Weißbäckerei 253 718,09 Mark, und auf Kohlen und andre Brennmaterialien 35 370,45 Mark. Der Erlös ist gegen den gleichen Zeitraum des Vorjahres bei den Waren um 102 587,48 Mark, bei der Großbäckerei um 80 830,92 Mark, bei der Weißbäckerei um 14 859,01 Mark gestiegen, während er sich bei Kohlen und Brennmaterialien um 15 276,81 Mark verringert habe. Der Rückgang der Einnahmen für Kohlen und Brennmaterialien sei hauptsächlich auf den außerordentlich früh eingetretenen äußerst niedrigen Wasserstand der Elbe zurückzuführen. Auch Streich und Hochwasser in diesem Jahre haben sich bei der Anschaffung von Kohlen als hinderlich erwiesen. Diese Hindernisse seien jetzt jedoch ziemlich beseitigt, so daß in der nächsten Zeit mit einem vermehrten Kohlenbetrieb zu rechnen wäre. Die Kohlen würden aber infolge des großen Produktionsausfalles von den Gruben noch erhöht werden, soweit es nicht schon geschehen sei. — Der Bäckereibetrieb der Genossenschaft habe einen guten Anteil an dem flotteren Absatz. Im ersten Halbjahr sind 26 035 Zentner Roggenmehl und 18 457 Zentner Weizenmehl verbakend und daraus 1 122 807 Brote und für 253 718,09 Mark Frühstücks- und Kuchengebäck hergestellt. Die Gesamtanzahl der Bäckereibetriebe im Fahrwerks- und Ausstragelbetrieb betrug 135 909,10 Mark. Auf den Zentner verbakendes Mehl entfallen bei den Weizen 1,68 Mark, und bei den gesamten Gebäckherstellungen- und vertriebskosten 3,06 Mark. Von den Weizen entfallen auf den Zentner verbakendes Mehl 1905 1,64 Mark und 1906 1,58 Mark. Die durch den mit den Bäckern abgeschlossenen Tarif eingeführten Verbesserungen im Arbeitsverhältnis haben gegenüber 1905 eine Vermehrung des Lohnbetrags um 4 Pf. auf den Zentner verbakendes Mehl zur Folge gehabt. Jetzt stände nun noch die Einführung des Lohn- und Arbeitstarifs für die Handwerker, Arbeiter und Arbeiterinnen bevor, welche wahrscheinlich keine allzu große Erhöhung der Löhne mit sich bringen werde. Neue Mitglieder sind der Genossenschaft in dem ersten Halbjahr 719 beigetreten, gegenüber 424 im ersten Halbjahr des vorigen Jahres. Bis zum heutigen Tage sei die Anzahl der neu beigetretenen Mitglieder 980. Diesen Beitritten würden am Schluss des Jahres eine größere Anzahl von Austritten gegenüberstehen, die in den letzten Tagen durch eine geradezu wüste Agitation der Krämmer zum großen Teil herbeigeführt worden wären. Nach sorgfältigen Ermittlungen sind folgende Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung aufgestellt worden:

Bilanz per 30. Juni 1906.

Aktiva.	
Kassa-Konto, Bestand	19 927.60 Mfr.
Waren-Konto	320 072.85 „
Bäckerei-Konto	51 856.11 „
Brennmaterial-Konto	9 859.88 „
7 352.00 Mfr.	
Geld-Konto	552.00 „
6 800.00 „	
Geräte, Maschinen u. elektr. Anlagen	119 368.10 Mfr.
Abreibung	11 937.10 „
107 431.00 „	
Grundbesitz-Konto, 1. 2. 3.	658 077.09 Mfr.
Abreibung	4 936.00 „
653 141.00 „	
Anteile Großhandels-Gesellschaft	16 319.65 „
Abstrich-Rückvergütung	13 905.00 „
Bank-Konto	26 290.00 „
Reservations-Konto	3 000.00 „
Kontokorrent-Konto	65 813.89 „
Ca. 1 293 507.03 Mfr.	
Passiva.	
Kontokorrent-Konto	249 109.63 Mfr.
Rückvergütungs-Konto	171.23 „
Rezeptions-Konto	66 719.35 „
Dispositionsfonds-Konto	6 658.93 „
Mitgliederanteile-Konto	245 949.13 „
Anleihe- und Hypothek-Konto	421 875.00 „
Rückgehobene Mitgliedsanteile	264.13 „
Sparfassen-Konto	39 271.29 „
Kontokorrent-Konto	60 605.14 „
Brutto-Erlang	211 883.20 „
Ca. 1 293 507.03 Mfr.	

Gewinn- und Verlust-Rechnung.

Debet.	
Lohn-Konto	178 090.66 Mfr.
Fahrwerks-Lohn-Konto	25 751.32 „
Waren-Betriebskosten-Konto	8 993.99 „
Küchen-Verbindungen auf Küche, Geräte und Grundbesitz	17 425.10 „
Brutto-Erlang	211 883.20 „
442 104.27 Mfr.	
Kredit.	
Uebergång vom Grundbesitz	5 058.88 Mfr.
„ „ „ „ „ „ „ „ „ „	12 791.32 „
„ „ „ „ „ „ „ „ „ „	120.39 „
„ „ „ „ „ „ „ „ „ „	293 642.61 „
„ „ „ „ „ „ „ „ „ „	150 824.23 „
„ „ „ „ „ „ „ „ „ „	10 296.55 „
442 104.27 Mfr.	

Von dem 211 883,20 Mark betragenden Gewinn ist nach dem Inhalt der 75. Zeit (285,15 Mark) dem Dispositionsfonds zugunsten der Mitglieder demnach für die Mitglieder 209 088,05 Mark. Der Verbandsbeitrag betrug 2 77 894,50 Mark, davon ab der Umfang vom Hauptbeitrag, für welchen keine Marken ausgegeben werden, mit 33 843,83 Mark, mithin verbleiben 2 44 244,17 Mark zum Dispositionsfonds. Dieser 209 088,05 Mark Dispositionsfonds bedarf jedoch der Genehmigung der Mitglieder. Es verbleiben dann noch 7081,65 Mark, welche zur Auszahlung des Konsumbetrages Verwendung finden können.

Redner kommt nun zu seinen Schlussworten auf die Arbeiter, welche von den Krämmern gegen den Konsumverein ins Werk gesetzt wurden, und begründet das Vorgehen des Konsumvereins als das Beste, was ihm je als unantastbarer Wettbewerb vorgekommen sei. Als alles nichts genützt habe, sei der Konsumverein hergekommen und habe den Bericht des „Central-Anzeigers“ als Flugblatt mit einem Begleitbriefchen in die Häuser geschickt. Die erdärmliche Methode sei eine elende Spießbücherei. Die Mitglieder sowie deren Frauen müßten es sich daraufhin zur unumgänglichen Pflicht machen, dafür zu sorgen, daß Waren des Konsumvereins niemals wieder gefaßt würden. Sogar organisierte Agenten seien noch in die Wohnungen der Mitglieder gekommen zur persönlichen Agitation gegen den Konsumverein. Das tollte dabei jedoch, daß Hunderte von Mitgliedern auf diese elende Methode hereingefallen und daraufhin ihren Austritt erklärt hätten. Es seien wunderliche Dinge vorgekommen, aber wenn man gemein hätte, damit dem Geschäftsführer die Arbeitslust zu weichen, dann irrte man sich gewaltig, er sei nun erst recht auf dem Posten.

Redner verbreitet sich über Maßnahmen der Polizei im des Staatsanwalts, die auf Grund des Verhaftungen des Mitglieds Vernerks in der Generalversammlung am 5. März gegen den Konsumverein eine Untersuchung eingeleitet hätten. Dem Mitglied Schäfer, welcher gewisse Notwendigkeiten verfehlt sei gesagt worden, er möge einmal zu dem Herrn Inspektor Schmidt kommen, und als er dem Folge leistete, sollte er auch gefaßt werden. Schäfer habe sich aber darauf nicht eingelassen. Einmal sei dann der vereidete Bäckereibehrer Franz Wid in Auftrag der Staatsanwaltschaft gekommen mit dem Bemerkung, daß er eine Bäckereirevision vorzunehmen habe. Der Bericht über die Revision sei für den Konsumverein jedoch äußerst günstig ausgefallen. Redner erklärt, er erwarte schließlich eine Verhaftung, damit die gegen den Konsumverein in Szene gesetzte Niedertracht endlich einmal in aller Öffentlichkeit eingestellt werden könne. Der Vorstand beantragte dann auch selbst noch die vereideten Bäckereibehrer Erich Panje und N. Besched zur Vornahme der Bäckereirevision, die in der Zeit vom 8. bis 13. September vorgenommen wurde. Aus dem Revisionsbericht sei folgendes hervorgehoben:

„Da aus nachfolgenden Gründen der letzte Abschluß der meisten interessierten mich, so wurde zunächst in eine eingehende Prüfung des Geschäftsjahres 1905 eingetreten. Durch genaue Vergleichen wurden die Kontokorrent-Bücher vom 31. Dezember 1905 mit den Kontokorrent-Büchern A und B in Uebereinstimmung befunden, die Sachkonten des Hauptbuchs mit dem Journal und die Buchungen des letzteren mit dem Kassenbuch verglichen. Die Inventurwerte wurden durch Vergleich der angelegten Preise mit der Statistik (Preisbuch) und sorgfältiges Nachrechnen sämtlicher Posten als zuverlässig erkannt und in Uebereinstimmung mit dem Warenkontos des Hauptbuchs befunden. Die Uebereinstimmung der Eingangsfakturenbücher mit den betreffenden Rechnungen wurde durch die Stichproben bestätigt. Der Inhalt des Kassenbuchs deckt sich mit dem Kassenkonto im Hauptbuch, wobei zu erwähnen ist, daß dem Saldo des Kassenkontos der Großhandels-Gesellschaft Hamburg die am 4. September 1905 durch Ueberweisung der Magdeburger Privatbank als Beteiligung zur Gründung einer Seifenfabrik gezahlten 20 000 Mark enthalten sind. Dieser Betrag ist als verfügbar angenommen, weil die begünstigte Gründung bisher nicht erfolgt konnte; damit läßt es sich rechtfertigen, daß für diese 20 000 Mark kein bestimmtes Konto eingerichtet ist. Die Richtigkeit der Lagergüterkonten und Guthaben der Mitglieder wurde durch Stichprobenargetan. Schließlich wurden der Gewinn- und Verlust- sowie das Bilanzkonto geprüft und richtig befunden.

Bei den Jahrgängen 1903 und 1904 wurden die Inventurwerte durch Stichproben mit der Statistik als einwandfrei festgestellt. Außerdem sind die Hauptbuchkonten mit dem Journal und dem Kassenbuch verglichen und richtig befunden. Daraus wurden die Abschlässe bzw. Gewinn- und Verlust- sowie Bilanzkonto geprüft und richtig befunden. Ueber den in 1903 bei den Passiven eingestellten Posten von 96 007,45 Mark, noch zu zahlende Vergütungen und Rechnungen“, dem im Journal eingetragenen Posten auf den Konten der Magdeburger Privatbank und des Magdeburger Bankvereins gegenübersteht, ist uns eine befriedigende Aufklärung gegeben.

Eine Gegenüberstellung der Bilanz-Aktivposten „Geräte, Maschinen und elektrische Anlagen, „Pferde“, „Grundstück 1 und 2“ und „Grundstück“ aus den Jahren 1903, 1904 und 1905 zeigt eine Verminderung um 9376 bzw. 10 043, 10 777, 2761, 13 144, insgesamt 36 400 Mark. Diese innerhalb zweier Jahre, trotz Neuananschaffungen durch reichliche Abschreibungen erfolgte Verminderung bedeutet unzweifelhaft eine entsprechende innere Entwicklung des Unternehmens.

In die Augen fallen die das in 1905 um fast 84 000 Mark gegen 1904 niedrigere Bankguthaben. Diese Verringerung hat ihre Ursache in dem um 47 000 Mark niedrigeren Gewinn und in dem um circa 50 000 Mark verringerten (doch immerhin Schulden der Vereins darstellenden) Geschäftsanteilen der Mitglieder. Die 1905er Passivposten, „noch zu zahlende Vergütungen und Rechnungen“, der eine Erhöhung um 48 000 Mark erkennen läßt, wird reichlich aufgehoen durch einen um 63 000 Mark erhöhten Stand des Warenlagers, der entstanden ist durch Vahrnehmung der Konjunkturen auf dem Marke einiger Stapelartikel wie Schmalz u. Mehl (deren Nutzen erst in dem Abschluß pro 1906 sich erweisen muß).

Der Passivposten, Anleihe von 1898, hat sich übrigens um 10 000 Mark gegen 1904 durch Tilgung verringert.

Was endlich den, wie vorher bemerkt, um 47 000 Mark niedrigeren Gewinn betrifft, so erklärt sich derselbe aus dem durch die verminderte Mitgliederzahl bedingten verringerten Umsatze, dennoch bedeutet dieses anscheinend ungünstige Ergebnis keineswegs eine innere Verschlechterung; den naturgemäß bedarf es für eine geringere Mitgliederzahl nur ein verhältnismäßig verringerten Ertrages, um das selbe Ergebnis zu erzielen (Dividende 1905 9 Prozent gleich wie in 1904).

Wenn aber auch so bei vor- und unsichrigen Dispositionen bisher Geldverlegenheiten vermieden sind, so möchten wir doch immerhin mit unsrer Ansicht nicht zurückbleiben, daß es nicht darauf, daß ein so großes Unternehmen so um zu eigenem Betriebskapital haben kann, und daß andererseits durch die in den kommenden Jahren eintretende erhöhte Tilgung der Grundbesitzanleihe im Verlage von jährlich 20 000 Mark der Betriebskapital weiter geschwächt wird, es sich empfehlen würde, die einzelnen Geschäftsanteile der Mitglieder aus den von den deutschen Genossenschaften als Norm aufgestellten Beitrag von 30 Mark zu erhöhen.“

Redner erwähnt zur Kennzeichnung der gegen den Verein herrschenden Niedertracht den Ausspruch eines Kirch-Vandereiß Arbeiters auf dem Grunovmarkt: „Und wenn ihr noch soviel Jahre das alles in Ordnung ist, wer weiß, was ihr in den aufgelaufenen Säcken alles drin habt.“ Vor solchen niederträchtigen Dingen dürfte nicht halt gemacht werden. Nun erst recht solle gearbeitet werden und niemand dürfe seine Arbeitskraft vor solchen Niedertrachten erlassen lassen. Er für seine Person rede stets die Wahrheit, und wenn er gefragt, daß Anleihen nicht aufgenommen seien, so sei das richtig. Wie er schon einmal auseinandergesetzt und die Zahlungen einige Zeit angehalten und dadurch in die Dividende ausgegahlt worden. Auch die Statistiken sei eine private Einrichtung, welche niemand etwas angehe. Der Vater Raji welcher wegen fortgesetzter Reklamation dem Vorstande gegenüber entlassen werden mußte, vertritt die in der „Vaterzeitung“ den Bericht einer Betriebsversammlung, in welchem es heißt: der Halbjahrsbericht sei verifiziert, und um den Bankrott zu vermeiden, sei eine Agitation bei den Genossenschaften unternommen worden. Diese Agitationen seien von Leuten, welche ihr eigenes Petrieu beschäftigt wurden, mit Verfall und Sündelarbeiten beauftragt worden. Es sei die höchste Zeit, daß auch einmal ein unumme reine Bahn gemacht würde. Öffentlich würden heute die elenden Quertreibern durch die Mitglieder endlich einmal bestraft. Redner schließt seine Ausführungen mit sehr erregten Stimme unter lauten Bravour-Aufen der Anwesenden.

Zum Wort kommt zunächst der zweite Geschäftsführer Schulz, der gegen Forderungen des Mitglieds Harbaum polemisiert. Zum Schluss geht er noch das Nähere auf den Bericht des vom Staatsanwalt gegebenen Wucherberichts über ein, dessen Revision 8 1/2 Tage gedauert, während die Revision der vom Vorstand gestellten Revisionen je 10 Tage in Anspruch genommen habe.

Heim: Gestatten Sie mir zu den vorzüglichen Ausführungen des Geschäftsführers Schmidchen noch einige Worte. Es ist ein merkwürdiger Skandal, der jetzt hier vorgeht. Man hat vertrauliche Besprechungen mit dem berühmten Sachverständigen und nach dem Grundsatze gehandelt, nur fest drauf los zu gehen, dann würden die Mitglieder schon ausschließen und die Krämern hätten davon den Vorteil. Wir sind von den Krämer in raffinierter Art und Weise verleumdet worden. Auf einen groben Falsch gehört ein großer Keil. Der Konsumverein hat mit seinen Krämern auf die Preisbildung mitbestimmend gewirkt, und das ist zum Teil die Ursache der Gegenagitation der Krämern; wenn der Konsumverein kaputt ginge, dann hätten die Krämern keine Bahn mit der Erhöhung ihrer Warenpreise. Der Malerparverein gebe erst von 20 Pf. ab Marken, während der Konsumverein auf jeden Pfennig Marten gibt. Man solle nun seitens der organisierten Arbeiterchaft den Krämer den Krieg erklären und mit ganzer Kraft dafür eintreten, daß die Lüge, welche dem Konsumverein durch die Machinationen geschlagen sei, wieder wettgemacht wird. Medner hat nichts dagegen, wenn an dem Vorstand Kritik geübt wird, aber sie müsse sich in ehrlichen Bahnen bewegen. Wer mit Sachen auftritt, die er nicht beweisen kann, sei ein Verleumder. Von einzelnen Vätern sei gesagt worden, sie hätten kein Interesse an dem Fortbestehen des Konsumvereins, denn wenn dieser zugrunde ginge, dann könnten 20 neue Wätereien entstehen. Diese Worte zeugen dafür, wie seitens einzelner Angestellter die Interessen des Konsumvereins mit Füßen getreten werden. Es sei doch Pflicht der Wätere, wenn sie der Überzeugung seien, daß der Konsumverein nichts taue und sogar durch die Staatsanwaltschaft bedroht werden müßte, ihre Stellen aufzugeben.

Der Vorsitzende fordert das Mitglied Bernards auf, sich zum Worte zu melden, derselbe ist jedoch anscheinend nicht anwesend. Rößlinger: Daß der Verein vorzüglich gearbeitet hat, beweisen die Ueberflüsse, welche erzielt wurden durch Verteuerung aller Lebensmittel und trotz eingeführter Verbesserungen im Bereiche. Das müßte die Mitglieder ansporieren, für immer weitere Ausbreitung des Konsumvereins zu sorgen. In größter Art und Weise sei von den Krämer gegen den Konsumverein gearbeitet worden. Es sei bedauerlich, daß es unter diesen Verhältnissen immer noch eine Menge Arbeiterfrauen gebe, welche die Krämern unterliegen; das sei unverantwortlich. Wer mit solchen unehrlichen Mitteln die Genossenschaftsbewegung bekämpfe, wie der Rabattparverein, dem könne der Bankrott nichts schaden. Die Tatsache, daß Wätere in einer Betriebsversammlung gesagt haben, der Konsumverein sei vor dem Bankrott, sei ein äußerst trauriges Zeichen. Der Tarif der Wätere sei mangelhaft. Wir wollen dafür arbeiten, daß unser Konsumverein eine musterwürdige Anstalt bleibe.

Schäfer hätte sich nicht zum Wort gemeldet, wenn der Geschäftsführer Schmidchen nicht von Spionen gesprochen hätte. Dann stellt Medner richtig, daß er nicht gewisse Botendienste versehen, sondern angestellter Kontorhelfer sei. Er freut sich, wenn man den unläutlichen Gerüchten auf den Grund gehen will. Er schildert seine Begegnung mit dem Inspektor Schmidchen und betont dabei, daß er sich niemals als Polizeispion gebrauchen ließe. Sobald einer von seiner Hände Arbeit leben müsse, dann müsse er auch in einer Gewerkschaft sein. Er spreche in den Generalversammlungen seine Meinung aus, füge sich aber im übrigen der Majorität. Es sei zu bedauern, daß durch die Agitation des Rabattparvereins eine Menge Kundigungen eingegangen seien und er hätte gewünscht, daß die heutige Versammlung schon viel früher stattgefunden hätte. Diejenigen müßten an den Pranger gestellt werden, die diese Machinationen gegen den Konsumverein in Szene gesetzt haben.

Schmidchen erwidert, daß es ihm fern gelegen, Schäfer als Spion zu bezeichnen, es sei eine ehrliche und beachtenswerte Haltung des Herrn Schäfer, wenn er sich nicht als Spion gebrauchen ließe. Bezüglich der Wätere meint er, wenn solche gemeinen Sachen in der eigenen Betriebsversammlung mit Beifall belohnt seien, dann müsse die Genossenschaft unbedingt Stellung dazu nehmen. Aus berechtigten Gründen müßte die Versammlung hinausgeschoben werden. Medner ist nicht im Zweifel darüber, daß auch heute noch jemand im Saale sitzt, der Spiondienste leistet; das könne nun einmal nicht verhindert werden. Nach dem Vorhergegangenen müßte auch die heutige Versammlung eigentlich brechend voll sein. Wie in bezug auf die Austritte gearbeitet wurde, beweise folgender Fall: Die Frau eines Versicherungsbeamten der Magdeburger Feuerversicherungsgesellschaft habe einem Mitglied gegenüber erklärt, die Versicherung hat es angeordnet. Tags darauf kam ein Brief des betreffenden Beamten, in dem es hieß, die Direktion der Magdeburger Feuerversicherungsgesellschaft hat niemals einen solchen Druck ausgeübt. Medner ist in einer Versammlung sogar in Verdacht gekommen, an Raub und Diebstahl beteiligt zu sein.

Kuße (Wätere) bittet zur Aufklärung ums Wort. Die Leute, die für Wahrheit und Recht stritten, würden niedergeknüppelt. Sie hätten sich schon längst an den Staatsanwalt wenden müssen.

Ilbe vermutet, daß nach den Ausführungen seines Vortredners noch viel Humorisches von jener Seite zu erwarten wäre. Welcher Geschäftsmann würde seine Angestellten behalten, wenn dieselben es darauf abgesehen hätten, das Geschäft zu untergraben? Hinaus mit solcher Gesellschaft! (Stürmische Bravo-Auße.) Die große Masse der Arbeiter wäre froh, wenn sie derartige Arbeitsbedingungen überall hätten. Wir schenken der Verwaltung unser festes Vertrauen, und wenn dieselbe die betreffenden Wätere entläßt, dann sind wir damit einverstanden. Die Hirsch-Dundersehen haben die Prinzipien der modernen Arbeiterbewegung noch nicht begriffen, deshalb müssen wir das Verhältnis mit denselben zerschneiden. Im übrigen ist Medner der Meinung, daß unbedingt ein Flugblatt zur Aufklärung nötig gewesen wäre.

Harbaum verteidigt sich gegenüber den Ausführungen des zweiten Geschäftsführers.

Ethel: Die Arbeiter und Wätere hätten die Arbeiterbewegung nicht begriffen, habe Ilbe gesagt; dabei betätigten sie sich an allen Parteiarbeiten, von wenigen Ausnahmen abgesehen. Ihm tut es bitter leid, daß er im Konsum beschäftigt ist, ebenso den übrigen, denn es sei ein bitteres Brot, was sie sich da verdienen müßten.

Kreuter: Die Anschuldigungen, die heute gegen die Wätere fielen, sind unwahr. Ihre Rechte sind mit Füßen getreten worden. Was sollen die Wätere eigentlich verbrochen haben? Man hat einen Zeitungsausschnitt herausgerissen, um damit Stimmung zu machen. (Weitere Ausführungen sind nicht mehr zu verstehen der großen Lärme wegen. D. B.)

Gorgas geht auf die Ausführungen von Luz und Ethel ein. Die Zustände in der Wätere verdanken wir bloß der politischen Korruption, welche uns immer Herr Schäfer gepredigt hat. Als Kontrolleur der Wätere habe er viel erlebt. Durch Vorkaufbedrohungen lasse sich niemand irremachen. Die Polizei in der Ulrichstraße hätte doch jemand etwas anderes zu tun, als über den Konsumverein zu wachen. Eigentlich müßten wir den Spionen dankbar sein, denn dadurch wäre es nun endlich einmal zu einer Kaditalkur gekommen. Wenn es in Wirklichkeit so wäre, wie verbreitet worden ist, dann hätten die Gerichte den Betrieb schon längst geschlossen. Wenn sich jeder besterliche, das Material in die Öffentlichkeit zu bringen, dann sei ein brillanter Geschäftsabschluss zu erwarten.

Hahnjen unterstützt die Ausführungen des ersten Geschäftsführers in besten Maße. Er beantragt die Bildung einer Kommission.

Leonard: Die Betriebsversammlungen seien nicht öffentlich und daher sei ein Vertrauensbruch begangen. Aus dieser Sachlage könne man schon ersehen, wie die Wätere behandelt würden. Die Entlassung Kainers sei zu Unrecht erfolgt und dagegen haben sich die Wätere gewehrt. Sie hätten nicht gegen den Konsumverein gearbeitet.

Hahnjen beantragt Schluß der Versammlung. Der Antrag wird jedoch abgelehnt.

Hahnjen: Die Forderung in der Wätere seien einfach nicht mehr haltbar, die Wätere hätten sich wie in der Knechtstube betragen. Heim: Daß die Wätere heute mundtot gemacht sein sollen, ist nicht wahr, wenn deren Ausführungen nicht gefallen, kann niemand dafür. Die Verwaltung hat ein lebhaftes Interesse daran, unerbittliche Verhältnisse aus der Welt zu schaffen. Medner bezweifelt nicht im geringsten die Ehrlichkeit Schäfers. Aber letztendlich hätte er doch im Hirsch-Dundersehen Lager einen Konkurrenzverein gründen wollen.

Der vorgeschlagenen Zeit wegen wird erneut Schlußantrag gestellt. Es sind noch 10 Redner eingetragen. Der Schlußantrag wird angenommen.

Schmidchen verliest einen Artikel der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“, welcher zum festen Zusammenhalt den Segnern gegenüber auffordert.

Ein Antrag, auf die nächste Tagesordnung zu setzen: Ausschluß des Mitglieds Bernard, wird einstimmig angenommen.

Zum Schluß werden noch nachstehende Resolutionen einstimmig angenommen:

1. „Die Versammlung erklärt ihre Zustimmung zu der Haltung des Vorstandes in der Angelegenheit der Wätere und Arbeiter des Betriebes. Sie erklärt eine Regelung dieser Sache für dringend und spricht der Verwaltung das Vertrauen aus, daß sie diese Sache in einem der Genossenschaft nützlichen Sinne lösen wird, ihr dabei völlig freie Hand lassend.“

2. „Gegenüber den verleumderischen Verdächtigungen, die durch die Gegner des Konsumvereins in der Mitgliedschaft kolportiert werden, spricht die Generalversammlung dem Vorstand und Aufsichtsrat ihr Vertrauen aus. Die Versammlung erwartet eine energische Abwehr der gegenwärtigen Agitationen.“

Schluß der Versammlung nach 2 Uhr.

Scharfmacher im Malergerber. Schon oft hatten wir Gelegenheit, den Arbeitgeberverband für das Maler- und Lackierergewerbe als Scharfmacherverband zu kennzeichnen. Alle die bekannten Mittel, wie Ausperrung, Koalitionsrechtbruch, schwarze Listen usw., werden angewandt, um die Arbeiter zu knebeln. Am 4. Oktober sollen nun neue Mittel beraten werden, wie aus folgendem Einladungsschreiben hervorgeht:

Magdeburg, den 24. September 1908.

Geehrter Herr Kollege! Am Mittwoch den 4. Oktober, abends 8 Uhr, findet eine außerordentliche Sitzung des Arbeitgeberverbandes im Richardtschen Saale (Ragenburg) statt.

Anlässlich dessen richten wir an Sie die höfliche und dringende Bitte, zu dieser Versammlung zu erscheinen und bei der so wichtigen Tagesordnung ihre Stimme den Vorschlägen anzupassen. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß wir nur geschlossen unser angestrebtes Ziel erreichen können, und hat unsere Streikbewegung zur Gänze gezeigt, daß Einigkeit stark macht.

Wer daher unbefangenen und offenen Auges die weitere Entwicklung der jetzigen Lage betrachtet, der darf die Tätigkeit der sozialistischen Verbände nicht aus dem Auge lassen. Es ist daher Pflicht auch Ihrerseits, den Opfermut und die rastlose Schaffensfreudigkeit des Vorstandes zu unterstützen. Wohlhan dem, kommen wir alle zur Versammlung, denken Sie nicht, auf eine Stimme kommt es nicht an.

Der Vorstand des Arbeitgeberverbandes des Maler- und Lackierergewerbes zu Magdeburg und den umliegenden Orten. Eingetr. Verein.

Tagesordnung.

1. Die Liste der ausgesperrten Gehilfen zu ergänzen und Maßnahmen zu treffen, um der bevorstehenden Lohnbewegung zu begegnen.
2. Eine Kommission zu wählen zur Schlichtung der Streitigkeiten.
3. Besprechung über Gründung einer Streikliste.

Die Herren Malermeister sind also eifrig bei der Arbeit, um ihre Organisation zu stärken. Möge das außerdem auch auf die Gehilfen wirken; wenn auch diese organisiert und einig sind, dann werden die Herren Malermeister bald einsehen, daß auch die Bäume der Scharfmacher nicht in den Himmel wachsen.

Sachwissenschaftliche Vorträge für Kaufleute. Im nächsten Vortragszyklus der Handelskammer wird Herr Universitäts-Professor Dr. Waentig-Halle über die wichtigsten Fragen der deutschen Industriepolitik sprechen, und zwar am fünf Dienstagen, am 16., 23. und 30. Oktober und am 6. und 13. November. Die Unterthemen des Themas für die einzelnen Abende lauten: Dienstag den 16. Oktober: Die Stellung des Gewerbes in der Volkswirtschaft. Dienstag den 23. Oktober: Die Entwicklung der modernen Großindustrie. Dienstag den 30. Oktober und Dienstag den 6. November: Die Konzentration der Bewegung und die daraus für die Beziehungen zwischen Unternehmen und Arbeiter, sowie zwischen Produzent und Konsument entstehenden Konsequenzen. Dienstag den 13. November: Die Stellung des Staates zur Großindustrie. Die Vorträge werden im Börsensaal, Eingang Schwibbogen, stattfinden und beginnen um 8 1/2 Uhr abends. Die Einschreibgebühr beträgt für den einzelnen Vortrag 30 Pf., für den ganzen Zyklus von fünf Vorträgen 1 Mark. (Garderobergeld wird nicht angenommen.) Eintrittskarten werden vom 1. Oktober ab in den Geschäftsräumen der Handelskammer früh von morgens 9 bis 1 Uhr und nachmittags von 3 bis 6 Uhr abgegeben.

Schonet die Augen. In jetziger Zeit, wo die Dämmerung schon immer früher hereinbricht, pflegen die Schulfänger nur zu leicht noch bei ganz unzureichender Beleuchtung zu lesen und zu schreiben, ja man sieht die Mädchen häufig bis spät in die fast völlige Dunkelheit hinein mit feinsten Häkeln und Strickarbeiten beschäftigt. Da es nun allgemein bekannte Tatsache ist, daß die ungewohnte Anstrengung der Augen beim Schreiben, Zeichnen und Lesen im Dämmerlicht ungemein die Augen und das Sehvermögen schwächt und die Kurzsichtigkeit, dieses in erschreckender Weise weit verbreitete Uebel, befördert, so haben Eltern und Erzieher gerade in der Herbstzeit ihr Hauptaugenmerk auf die Erhaltung der Sehkraft ihrer Kinder oder Zöglinge zu richten. Zu rechter Zeit die Lampen anzuzünden, sei ihnen in der Herbstzeit erste Pflicht. Das sogenannte Zwielicht ist der schlimmste Feind der Augen, den aber rechtzeitige Aufmerksamkeit beseitigen kann.

Brüglei. Bei einer Prügelei, die am Sonntag abend auf dem Jakobikirchplatz stattfand, erhielt der Obsthändler K. aus der Schulstraße einen Messerstich in der rechten Oberarm. Auf dem Wege zum Arzt wurde der Verletzte mehrere Male ohnmächtig.

Unfälle. Der Knabe Wilhelm Geiger aus Dreileben fiel gestern nachmittags, während seine Eltern auf dem Felde beschäftigt waren, so unglücklich von einem Ackergerät, daß er einen Schädelbruch erlitt. Ein Dienstmädchen zog sich infolge eines Falles einen Knöchelbruch zu. Beide Verunglückten fanden Aufnahme in der städtischen Krankenanstalt.

Ein unfreiwilliges Bad mußten Sonntag nachmittags die Insassen eines Segelboots in der Nähe der Berliner Eisenbahnbrücke nehmen. In dem Bestreben, aus der Alten Elbe in die Stromelbe zu gelangen, segelte man über die überschwemmte Wender Spitze und geriet dabei auf Grund. Das Boot kenterte infolge des Winddrucks und die Segler segelten ins Wasser. Glücklicherweise kamen die Sportschwimmer der geringen Tiefe des Wassers wegen mit einem kleinen Schreden und nassem Hosenboden davon.

Feuer. Im Dachgeschloß des Warenpeichers von Tenner u. Arndt, Kronprinzenstraße 4, entstand durch Kurzschluß der elektrischen Leitung ein Feuer. Es wurde jedoch bald entdeckt und von dem Beschützer mittels einer kleinen Handspitze gelöscht.

Im Zirkus findet Mittwoch nachmittags 4 Uhr eine Kinder-Vorstellung statt, bei welcher das Zaubermärchen „Dorwätschen“ aufgeführt wird. In der Abendvorstellung geht das Sittenbild „Die Konfektionswelt“ in Szene.

Gerichts-Zeitung.

Landgericht Magdeburg, Sitzung vom 20. September 1908.

Niedrige Sache. Am 5. Mai d. J. wurde in der Landgerichts-Bezirkskammer in Emdenburg der Kaufmann Ernst Beckmann mit seiner Frau getraut. In einer der Rente ließ eine Cousine der Braut, Frau Meta Jakob, die nicht zur Hochzeit geladen und auch sonst nicht gut mit der Brautvermählte zu sprechen war. Diese hatte früher das völlig unwahre Gerücht vernommen, ihre Cousine habe bereits ein Kind gehabt und beschloß, dies zum Mittel ihrer Rache zu machen. Noch während des Trauungsaktes sagte die Jakob zu einer neben ihr stehenden Frau: „Am liebsten möchte ich der Braut Kranz und Schleier abreißen. Sie hat ja schon ein Kind gehabt.“ Als dann der Hochzeitsgast die Rente verließ, trat Frau Jakob auf die Braut zu und sagte: „Du trägst ja Kranz und Schleier, verdient hast Du sie nicht.“ Das Schöffengericht verurteilte Frau Jakob in Anbetracht, daß die Beleidigung eine sehr schwere sei und die Angeklagte sich nicht geübt habe, die Rente zum Ort ihrer Tat zu machen, zu 2 Wochen Gefängnis. Ein von der Angeklagten angeführter Vergleich wurde von der Beleidigten abgelehnt. Frau Jakob gibt zu, jetzt zu wissen, das jenes Gerücht durchaus falsch war, will es aber damals für wahr gehalten haben. Die Berufung wurde verworfen.

Am der Form zu genügen. Der Konfektionsfabrikant Heinz hier, hatte an den Kaufmann Kunath einen Posten Bonbons geliefert, und zwar mit 3 Prozent bei Barzahlung. Kunath beanpruchte aber ein Ziel von 6 Monaten und dieser Umstand veranlaßte einen Revers, aber in sehr scharfen Ausdrücken gehaltenen Briefwechsel. Als Heinz einmal den Ausdruck: „Rachen Sie doch keine faulen Plausen“ gebrauchte, schloß Kunath seine nächste Postkarte mit den Worten: „Um der Form zu genügen, zeichne ich achtungsvoll usw.“ Kunath stellte wegen des Ausdrucks faule Plausen Privatklage an, und Heinz wegen des Briefschlusses Wiberklage. Das Schöffengericht sprach Heinz, dem der Schuldsatz § 193 des Strafgesetzbuchs zugestimmt wurde, frei und belegte Kunath wegen des Briefschlusses, der einen gewollten Ausdruck der Mißachtung enthalte, mit 5 Mark Geldstrafe. Die Berufung wurde verworfen.

Kleine Chronik.

Ein Schußmann als Einbrecher.

Der Schußmann Schaller in Arnberg hat seinen Beruf verfehlt. Man nutzte ihm zu, Spitzbuben zu fangen, während er selbst einer war. Vor kurzem wurde er wegen Diebstahls zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Er hatte einem Arbeiter, den er wegen einer Lappalie verhaftete, aus dessen in Verwahrung genommener Geldbörse 5 Mark gestohlen und auch sonst allerlei Diebereien ausgeführt. Später kam man dahinter, daß er noch mehr auf dem Kirchhof lag. Deshalb hatte er sich neuerdings vor der Strafkammer zu verantworten. Im Schulsaal am Maxfeld, in dessen Erdgeschoß sich die Polizeiwache des Distrikts befindet, drang er in den Pausen zwischen seinen Patrouillengängen in die Schulzimmer ein, öffnete die versperrten Hülle und stahl die dort von den Lehrern verwahrten kleinen Geldbeträge. Ferner bestahl er die auf der Wache als Fundstücke abgegebenen Schlüssel zurück, um sie als Diebstahlsgegenstände zu verwenden, auch Sperfschlüssel fand man in seinem Besitz. Das Gericht verurteilte ihn zu einer Gefängnisstrafe von zehn Monaten Gefängnis.

Perverse Neigungen.

traffester Art hat der Glasermeister Max Scheibe aus Muskau. Schon als Soldat hatte er mit einem Panthion widerrechtliche Unzucht getrieben und war dafür nach § 175 St.-G.-B. mit 1 Jahr Gefängnis bestraft worden. Kürzlich wurde der Mann wegen desselben Delikts vor dem Landgericht zu Söllitz. Diesmal war er in einem fremdem Bienenstall erwisch worden, nachdem der Eigentümer des Hauses durch das Geschrei einer Biene aus dem Schlaf geweckt worden war. Der 28 Jahre alte Angeklagte wurde abermals zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

Letzte Nachrichten.

* Weimar, 1. Oktober. Der christlichsozialen Parteitags ist gestern abend eröffnet worden. Sieder sprach über den sozialdemokratischen Parteitags, die russische Revolution und die liberale Presse. Heute beginnen die Verhandlungen.

Hd. Worms, 1. Oktober. Der Ausflug von Teilnehmern am Mannheimer sozialdemokratischen Parteitags verlief ohne Störung. Infolge der Verweigerung aller Säle kam man unter freiem Himmel im Garten des Gewerkschaftshauses zusammen. Vorher hatte ein imposanter Sturmzug stattgefunden. Verschiedene Ansprachen wurden gehalten.

Hd. München, 1. Oktober. Die gestrige Sitzung des Parteitags der Deutschen Volkspartei, an der 100 Vertreter teilnahmen, begann mit einer Rede des preussischen Landtagsabgeordneten Defer über die liberale Einigung. Er schilderte die Fortschritte der Bewegung, empfahl das von dem gemeintem Ausschuss verabschiedete Parteiprogramm der Linken aufgestellte Mindestprogramm und forderte als weiteren Schritt die Ermächtigung für den Vorstand, Vertreter aller liberalen Richtungen einzuladen, um weiteres zu beschließen sowie die etwaige Organisation eines Zentralausschusses der Linken für die Wahlen 1908. Der Parteitags genehmigte diese Vorschläge. Zu der Debatte wurde besonders betont, daß auch der Ausschluß nach links gehalten werden müsse zur Sozialdemokratie nach badischem Blokmuster. Es folgte ein Referat Konrad Haugmanns über politische Desorganisation, das als Flugblatt veröffentlicht werden soll. Es richtet sich gegen die Fälle Podbielski und Deimling sowie gegen die kaiserliche Schwarzjehrerde, und fordert Mitarbeit und Mitbestimmung der Politik durch das Volk. Als Wort und nächstjähriger Parteitagsort wurde Karlsruhe gewählt.

Hd. Paris, 1. Oktober. Gestern wurde der vierte Kongress der französischen Sozialdemokratie eröffnet. Drei Sitzungen wurden abgehalten, morgens, mittags und abends, in denen die Frage einer Verknüpfung zwischen den Gewerkschaften und der sozialistischen Partei erörtert wurde.

Hd. Paris, 1. Oktober. Während eines Festes, welches gestern im Trocadero unter dem Vorherrschen des Generals Dastin stattfand, veranfaßten die Antimilitaristen eine Kundgebung. Es kam zu einem großen Tumult, während dessen Verlauf 20 Personen, darunter auch Professor Hervé, verhaftet wurden.

* Brüssel, 1. Oktober. Wie die Passagiere des toeben in Antwerpen eingelaufenen Konquodampfers „Albertville“ berichten, soll Kommandant Koll, der Chef der französischen Kommission zur Grenzregulierung zwischen der französischen Konqu-Kolonie und Kamerun bei Sangha nebst zwei Weibern von Eingeborenen ermordet worden sein. Von Sangha sei eine Strafexpedition unterwegs. Die Meldung ist amtlich noch unbestätigt.

Bereins-Kalender.

Arbeiter-Gesangverein Freundschaft, Reustadt. Jeden Donnerstags Uebungsfunde, Sonnabend des 6. d. Mts. Generalversammlung bei Paul Rißter, Fabrikstraße 5-6. 206

Wettervorhersage.

Dienstag den 2. Oktober: Still, teils heiter, teils neblig, trüb, langsame Erwärmung.

H. Lublin

Zum Wohnungswechsel

Gültig für die Umzugs-woche.

Gardinen

Engl. Tüllgardinen	Reiter 75	45	10 ^{pf.}
Engl. Tüllgardinen	Fenster	6.25	4.50 1.25
Engl. Tüllstores	Stück	5.00	3.50 1.50
Spachtel- und Lacet-Stores		10.50	7.50 3.50
Engl. Tüllbettdecken	1 Bett	6.00	4.25 1.95
Engl. Tüllbettdecken	2 Betten	10.00	6.50 3.75

Portieren

Einfarbig mit Kante und gestreift	Reiter 85	52 ^{1/2}	22 ^{1/2}
Einfarbig mit Kante und gestreift	Paar	6.25	4.50 1.25
Tuch-Garnituren geflickt	Garnitur	10.50	7.25 3.50
Plüsch-Garnituren geflickt	Garnitur	21.00	14.50 6.50
Tuch-Garnituren mit Applikation	Garnitur	33.50	21.50 8.00

Steppdecken

Kinder-Steppdecken		3.90	2.85
Satindecken herb., blau		8.00	4.75 3.25
Wollsatindecken herb., blau		12.00	8.00 6.75
Satindecken doppelseitig, mit Holzfühlung		15.50	12.75

Möbelkattun

Möbelkattun und Röper ca. 80 cm	Reiter 45	35	30 ^{pf.}
Möbelkrepp ca. 90 cm	Reiter 70	60	48 ^{pf.}
Möbelkrepp ca. 130 cm	Reiter 1.25		1.10

Läuferstoffe

Intelläufer II gefleckt und mit Kante	Reiter 55	37 ^{1/2}	18 ^{pf.}
Intelläufer I gefleckt und mit Kante	Reiter 1.35	1.15	85 ^{pf.}
Läuferstoff Teppichartig	Reiter 1.45	1.10	75 ^{pf.}
Velours-Läufer	Reiter 5.75	5.25	3.75
Tapestry-Läufer	Reiter 3.75	2.75	2.25

Tischdecken

Phantasiedecken	Stück	4.75	3.00 1.00
Ripsdecken	Stück	5.25	3.75 1.65
Tuchdecken mit Stickerei	Stück	10.50	4.50 1.50
Plüschdecken mit Kante	Stück	8.00	6.50 4.25
Plüschdecken mit Stickerei	Stück	16.50	10.50 5.50

Möbel-Posamenten

Bällchenfranse brotfarben	Reiter 37 ^{1/2}	18	13 ^{1/2}
Bällchenfranse wollene, bunt	Reiter 37 ^{1/2}	20	9 ^{pf.}
Besatzborte brotfarben	Reiter 12	7 ^{1/2}	5 ^{pf.}
Gardinenhalter	Paar	20	8 5 ^{pf.}
Möbelschnur einfarbig und bunt	Reiter 9		4 ^{1/2}

Rouleustoffe und Kongreßstoffe

Rouleau-Röper ca. 80 cm	Reiter 65	48	35 ^{pf.}
Rouleau-Bamast abgew., ca. 80 cm	Reiter 97 ^{1/2}	75	60 ^{pf.}
Kongreßstoff glatt	Reiter 60	37 ^{1/2}	20 ^{pf.}
Kongreßstoff gefleckt	Reiter 75	52 ^{1/2}	37 ^{1/2}

Sofa-Bezugstoffe

Rips Coteline und Spantise, ca. 130 cm	Reiter 2.50	1.50	90 ^{pf.}
Sofaplüsch ca. 130 cm	Reiter 7.50	5.50	3.75
Sofaplüsch einfarbig	Reiter 4.00	3.25	2.25

Linoleum

Linoleum-Läufer	60	67	90	110 cm
	Reiter 60	52 ^{1/2}	70	60 95 85 1.20 1.05
Linoleum zum Belegen	Einheitsmeter	1.05	88 ^{pf.}	
		150/200	200/250 200/300	
Linoleum-Teppiche mit Sorte		5.25	8.75 11.50	
		60/90	70/115	
Linoleum-Vorlagen	Stück	75	1.35	

Chaiselonguedecken

Phantasiegewebe	Stück	10.50	8.50 4.50
Phantasiegewebe prima Qualität	Stück	24.00	16.50 12.50
Plüsch-Chaiselonguedecken	Stück	37.50	24.00 30.00

Vorlagen

Plüsch-Vorlagen		1.25	75 40 ^{pf.}
Axminster-Vorlagen		2.50	1.95 75 ^{pf.}
Velour- u. Tapestry-Vorlagen		4.50	4.00 3.00

Bettdecken

Bettdecken weiß	Stück	2.25	1.75 90 ^{pf.}
Bettdecken bunt gemustert	Stück	4.00	2.75 2.00
Bettdecken Rips und Ripse	Stück	6.25	5.50 3.75

Kanten und Bordüren

Tüllkanten	Reiter 37 ^{1/2}	25	8 ^{pf.}
Spachtelkanten	Reiter 45	30	5 ^{pf.}
Tuchbordüren	Reiter 1.20	80	50 ^{pf.}
Plüschbordüren	Reiter 2.00	1.30	80 ^{pf.}

Sofaschoner

Sofaschoner über Sitz	Stück	2.10	90 55 ^{pf.}
Sofaschoner über Lehne	Stück	4.50	3.00 2.00
Sofaschoner Plüsch	Stück	10.00	5.00

Wachstuche

Holz-Mosaik-Spezial	Reiter 1.15	90	75 ^{pf.}
Wachstuch-Decken	Größe 69/100 92/110 100/115 100/130		
	Reiter 55	95 1.10 1.25	
Gummidecken	Größe 100/110 100/115 100/130 115/140		
	Stück 1.75	2.00 2.25 3.00	
Küchentisch-Decken	Stück	40	35 25 ^{pf.}
Tischläufer Blumenmuster	Reiter		70 ^{pf.}
Tabletdecken alle Größen		50	40 30 2 ^{pf.}

1. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 229.

Magdeburg, Dienstag den 2. Oktober 1906.

17. Jahrgang.

Parteitag der deutschen Sozialdemokratie.

Sechster Tag.

Hg. Mannheim, 29. September.

Beim Eintritt in den Sitzungssaal werden heute früh von den Delegierten die Stimmzettel für die Wahl des Parteivorstandes abgegeben. Frau Klara Zeffin war bei Eröffnung der Sitzung noch nicht anwesend, hat sich aber, wie man erfährt, von ihrem geistigen Schwächeanfall wieder erholt.

Nach Eröffnung der Sitzung durch Hg. Singer erhält Reichstagsabgeordneter Gaaße-Königsberg das Wort zum letzten Hauptpunkt der Tagesordnung:

Strafrecht, Strafprozess und Strafvollzug.

Der Referent, der bekanntlich in vielen großen politischen Prozessen, so u. a. im Königsberger Geheimbunds- und Hochverratsprozess, als Verteidiger fungierte, hat seine Forderungen in einer Reihe von Leitfäden formuliert.

Gaaße führt aus: Gegenüber den Verhandlungen über die Strafrechtsreform müssen wir grundsätzlich unseren Standpunkt klarstellen und klipp und klar aussprechen, wie es um unsere Justiz bestellt ist. Die Strafnormen sind nicht unanwendbar, sie wechseln mit Zeit und Raum und richten sich nach den wirtschaftlichen Verhältnissen der Nation. So sind nicht immer und bei allen Völkern Eltern- und Kindesmord strafbar gewesen; Greise und schwächliche Kinder wurden bei einzelnen Völkern getötet, bei den Spartanern war Diebstahl nicht strafbar. Das Strafrecht ist die Ausführung des Selbstbehauptungsprinzips und war zu allen Zeiten ein Schutzmittel der Gesellschaft gegen antisoziale Tendenzen. Im Kaiserstaat haben es aber immer die herrschenden Klassen verstanden, ihre Interessen als identisch mit denen der Gesamtheit und als schutzbedürftig hinzustellen. Daburh sollte jede Kritik der bestehenden Zustände verhindert werden. Von unserem grundsätzlich entgegengesetzten Standpunkt fordern wir daher Abschaffung der Strafen wegen Majestätsbeleidigung. In England gibt es keinen Majestätsbeleidigungsparagraphen, und niemand wird behaupten, daß England kein Kulturstaat sei, der den Monarchen ohne genügenden Schutz lasse. Der Majestätsbeleidigungsparagraph dient dazu, die freie Kritik an den Neuerungen des Staatsoberhauptes zu verhindern, er ist ein Mittel der Mordlust. Wir müssen ferner die Abschaffung der Strafbestimmungen wegen Aufreizung zum Klassenhass verlangen. Ein konfessioneller Abgeordneter hat diesen Paragraphen als Revolutionärsparagraphen bezeichnet. Er ist dazu berechnet, eine Kritik der bestehenden Staatseinrichtungen zu unterbinden. Dieser Paragraph bietet den Anlaß, daß fast täglich jemand wegen allzu lebhafter Äußerungen auf die Anklagebank kommt. Wir haben ja erlebt, daß die Darstellung des schändlichen Einflusses der Grundbesitzer und die Erörterung, wie dem Einfluß der Junker entgegengetreten werden könnte, zu einer Anklage führte. In gleicher Weise dient die Strafbestimmung wegen Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen zur Unterbindung jeder freien Kritik. Wir haben es in Leipzig erlebt, daß bei einer Darstellung der Geschichte des sächsischen Königshauses das Gericht im Wege der Auslegung zu der Annahme gelangte, daß auch der herrschende König verächtlich gemacht werden sollte, so sehr auch der Angeklagte sich gegen diese Unterstellung wehrte, und eine schwere Strafe aussprach. In Hannover hat man einen Genossen wegen einer bloßen Kritik der Versicherungsgesetze und Wohlfabrikeinrichtungen der Unternehmer gleichfalls auf Grund dieses Paragraphen zu schwerer, langfristiger Strafe verurteilt. Wir verlangen die Beseitigung aller Strafgesetze, die die Freiheit der Presse und die Freiheit der Rede beschränken, wir fordern vor allem die Sicherung des Koalitionsrechts, das nicht länger soll durch Ausnahmegesetze erschwert werden. Fort mit den Ausnahmegesetzen, die den Landarbeitern verbieten, sich zu koalieren und sogar das bloße Verlassen der Arbeit unter Strafe stellen. Aber die herrschende Klasse würde zweifellos in diesen Reformen eine Gefährdung ihrer Interessen sehen und werden deshalb diese Gesetze mit aller Macht aufrechtzuerhalten suchen. Die Arbeiterklasse muß deshalb ihre Kraft und Macht ständig zu vermehren suchen, um wenigstens einen Teil dieser Reformen schon jetzt durchzusetzen. Die bestehenden Gesetze haben sich verfestigt und suchen sich zu erhalten, wenn auch die sozialen Verhältnisse, auf denen sie beruhen, längst geändert sind. „Es erben sich Gesetz und Rechte, wie eine ewige Krankheit fort“, und so erscheint einem immer größeren Teile des Volkes Verunft als Unsinn, Wohlstand als Plage. Der Widerspruch zwischen den bestehenden Gesetzen und dem Denken und Empfinden des Volkes wird immer tiefer. (Lebhafte Zustimmung.) Der Reichsgerichtsrat Wälfelski hat das Prinzip der gegenwärtigen Rechtsprechung offen ausgesprochen: „Da die Zwangsjahre drakonischer Ausnahmegesetze die Sozialdemokratie nicht mehr zersetzt, so müßten die bestehenden Gesetze die gewünschten Handhaben der Zersetzung bieten. Da nun aber die bestehenden allgemeinen Gesetze darauf nicht zugeschnitten sind, so muß man sie sein säuberlich in eine juristische Form bringen und passen. Noch haben die Vertreter des Staates und der Gesellschaft die richterliche Gewalt in Händen. Mögen sie davon richterlichen Gebrauch machen gegen die Todfeinde unseres Staates und unserer Gesellschaft, ehe die soziale Revolution sie aus Messer hiebert.“ (Wielaches Hört, hört!) Der Arbeiter aber, der Sozialdemokrat, der nun das Wort Klassenjustiz gebraucht, hat monarcho-lange Gefängnisstrafen zu erwarten. Dabei ist der Bericht des Kultusministers Wofe in seinen Erinnerungen über die Ministerkonferenz am Tage vor Inkrafttreten des Sozialistengesetzes so überaus kennzeichnend für das, was die Regierung von „ihren“ Richtern erwartet. „Der Justizminister“, heißt es da, „benutzte die Gelegenheit wenig taktvoll und geschickt, um Wismar zu versichern, daß alle Richter in Preußen politisch zuverlässig seien. Ja, entgegen Wismar, wenn sie alle so wären wie der Staatsanwalt Teufendorf.“ (Wielaches Hört, hört!) Der letzte Justizminister Schönstedt hat den Grundgedanken des doppelten Rechts: „Si duo faciunt idem, non est idem, wenn zwei dasselbe tun, ist es nicht dasselbe. Und der neue Herr, der Justizminister Becker, hat geglaubt, sich nicht besser bei dem Parlament einzuführen zu können, als daß er den Wunsch aussprach, die Sozialdemokratie mit aller Strenge zu behandeln. Und neuerdings ist er weiter gegangen. Er hat vor dem deutschen Kaiser den Berliner Prof. Wiecke gegen die Sozialdemokratie scharf machen lassen: „Die deutschen Richter dürften keinen Schritt zurückweichen vor dem immer lauter erklingenden und immer höher sich hebbenden Vortouren der Klassenjustiz, denn es sei mir die Antwort der Sozialdemokratie auf die Verurteilung politischer Friedensstörer.“ (Wielaches Hört, hört!) Welch plumber Versuch, die Autorität des Justizministers und des Kaisers für die Klassenjustiz auszusprechen. (Lebhafte Zustimmung.) Und die Folgen dieser Weisungen? Das Koalitionsrecht kann heute nicht mehr ausgenutzt werden, ohne daß der Arbeiter dem Strafgericht verfallt. Die bloße Ankündigung, daß gestreikt werden solle, wird als Vergehen gegen § 153 der Gewerbeordnung oder als Erpressung angesehen. Aber noch nie ist deshalb bis jetzt gegen Unternehmer Anklage erhoben worden; selbst im jüngsten Breslauer Prozeß hat man das nicht durchsetzen können. Wenn nun der Arbeiter sieht, daß selbst, wenn die Gesetze für Arbeiter und Unternehmer gleich sind, nur gegen die Arbeiter ergehen wird, so sind die Folgen für die Arbeiter nicht zu beschreiben. Wenn er sich nicht mit aller Macht ankümte er ja sich selbst haben, wenn er sich nicht mit aller Macht ankümte er ja diese Klassenjustiz. Hat mir doch jüngst selbst ein

Mager Staatsanwalt gesagt: „Was wollen Sie denn, der § 153 ist doch seinem ganzen Geiste nach nur gegen die Arbeiter gemacht!“ (Hört, hört!) So gilt auch für die deutsche Justiz des großen Briten Wort:

„Büchert die Sünde nur mit Gold,
Gleich bricht die starke Lanze der Gerechtigkeit
Dummheit ab; beleihe sie mit Lumpen,
Und eines Narren Strohhalm sticht sie durch.“

Einen Arbeitswilligen in Deutschland anzusprechen, ohne ihn zu beleidigen, ist ein Kunststück, das mir erst noch vorgemacht werden muß.

In Breslau haben wir es erlebt, daß der Ruf: „Hoch lebe der katholische Verband!“ als eine Ehrverletzung eines katholisch organisierten Arbeitswilligen angesehen wurde, weil die Worte angeblich mit einem ironischen Lächeln verbunden gewesen sein sollten. Auch die Worte: „Es ist nicht schön von dir, daß du arbeitest, während wir streiken“, sind als Ehrverletzung angesehen worden. Die Ehre der Arbeitswilligen ist so zart und so leicht zu verletzen, daß sie sich nicht nur durch die leise Luftbewegung, namentlich wenn derselbe aus dem Munde eines Streikenden kommt, verletzt. (Sehr wahr!) Da ist es begreiflich, daß diese „nützlichen Elemente“ immer mehr Mut fassen und sich als die Privilegierten gegenüber den Streikenden betrachten. Dafür sind ja die Fälle von Nürnberg, Magdeburg, Berlin usw. eklatante Beispiele. In Nürnberg wird ein Streikender von einem Arbeitswilligen niedergeschossen, und der Täter bewegt sich noch heute frei auf der Straße. (Hört, hört!) In Berlin wird ein Streikender niedergeschossen, und der Messerstecher ist heute noch in Freiheit. In Magdeburg wird ein Arbeiter bei einem Ausschreit mit einem Messer niedergeschossen, und das Gericht nimmt an, daß der Arbeitswillige in vermeintlicher Notwehr geschandelt habe und sprach ihn frei. (Hört, hört!) Wenn doch auch andere Arbeiter, die sich nicht des Schutzes der Behörden erfreuen, ebenso wohlwollend beurteilt würden! (Sehr wahr!) Kann die Arbeiterklasse ruhig zusehen, wie sie Tag für Tag in ihren Rechten bedrückt wird, während andere sich des weitgehenden Schutzes erfreuen? Die Arbeiterklasse kann heute nichts anderes tun, als nur immer die Methode des Messens mit zweierlei Maß kritizieren und vor der Öffentlichkeit feststellen. Der Prozeß in Breslau hat selbst in gemäßigten liberalen Kreisen eine scharfe Beurteilung gefunden. Nebenher verliert den Artikel des „Breslauer Tagblattes“. Es ist nicht anders möglich, als daß sich solche Prozesse zu Tendenzprozessen auswachsen. Die ganze Rechtsprechung tritt in immer schmerzlicherer Gegenüberstellung zu dem Rechtsempfinden der großen Masse. Und hierbei leisten besonderen Vorstoß die Kaufschuldsparagraphen des Strafgesetzes. Wir müssen daher bei der Reform darauf sehen, daß die Bestimmungen der Strafgesetze eine bestimmte unzweideutige Fassung erhalten. Was die Gerichte aber nicht erreichen, das macht die Polizei mit ihrem Polizeiverordnungsrecht. Der Grob-Anfangs-Paragraph findet ja heute nicht mehr Anwendung, aber das von den Gerichten als erlaubt erklärte Streikpostenstreifen wird durch Strafverordnungen in ähnlicher Weise. (Sehr richtig!) Es muß ja die Arbeiter aufreizen, wenn sie sehen, wie sie in der Ausübung ihrer gesetzlichen Rechte gehindert werden, wie man sie hindert, auf dem gesetzlichen Wege zu bleiben, wenn sie sehen, wie die Unternehmer begünstigt werden, wie für jeden anderen die Straße frei ist, nur nicht für den Streikenden. (Lebhafte Zustimmung.) Die Arbeiter mögen sich wenden und drehen wie sie wollen, sie verfallen der Strafe. Bald werden man den Erpressungsparagraphen gegen sie an, bald die Polizeiverordnungen wegen des Streikpostenstreifens. Und suchen die Streikenden die Arbeitswilligen in ihrer Wohnung auf, dann macht man die Hausbesitzer zu veranlassen, Strafantrag wegen Hausfriedensbruchs zu stellen. Auf dem Gebiete des Straf-vollzugs wenden wir uns gegen die Reste des alten Inquisitionsverfahrens, gegen das geheime Vorgehen, und dann gegen die Handhabung der Untersuchungshaft, bei der die Strafe oft durch die Untersuchungshaft vorweggenommen wird. Eine Statistik würde ergeben, wie groß die Zahl derer ist, welche unglücklich dieser unheimlichen Folter ausgesetzt sind und an Leib und Leben geschädigt worden sind. (Lebhafte Zustimmung.) Vor zwei Jahren war in Marienburg ein Maurerstreik. Niemand sollte einem Arbeitswilligen zugerufen haben: „Warte nur, dich werden wir schon kriegen!“ Daraufhin wurde der Leiter der dortigen Maurerorganisation verhaftet, weil er „bei der Höhe der zu erwartenden Strafe“ fluchtverdächtig sei. Das Gericht lehnte die Entlassung ab, weil zu befürchten sei, daß im Falle der Freilassung er — der Streikleiter — sich wohl verborgen halten würde, zumal er doch nicht arbeite und wohl nicht mehr Arbeit finden werde. Dann rühmt sich der Gerichtshof noch ausdrücklich, daß mehrere auf Seite der Streikenden stehende Arbeiter schon abgereicht seien. Nicht weniger als drei Monate blieb der Beschuldigte in Untersuchungshaft, um in der Hauptverhandlung dem demselben Ankläger, der ihn hatte verhaften lassen, freigesprochen zu werden. In der Hauptverhandlung aber mußte der Richter zugeben, daß er zum Landrat gegangen war, und diesen gebeten hatte, ihm recht viel freireisende Maurer zuzuschicken, er werde schon das Weitere veranlassen. So steigt die Justiz von der sella curulis zum Polizeibeamten herab! (Hört, hört!) Und das Landgericht müßte seinen Schritt samt als „unangemessen“; der Staatsanwalt aber feierte es als „sein Recht und seine Pflicht“. Einen andern Maurer nahm dasselbe Gericht in Untersuchungshaft, weil er auf der Straße stehen geblieben war. Er sei in den Streik getreten — das eigentliche Verbrechen — und gehöre auch zu den Maurern, die andere von der Arbeit fern zu halten suchten — als ob das nicht ausdrücklich gesetzlich erlaubt sei —, so lautet die Begründung. 23 Tage blieb der Mann in Untersuchungshaft für ein Vergehen, für das es höchstens 23 Mark Geldstrafe gibt. (Wielache Hört, hört!) Gedenke solcher Fälle könnte ich Ihnen allein aus meiner Praxis anführen. Wenn diese Ungerechtigkeiten nicht zum Himmel jähren, was sonst? (Sehr wahr!) Ihre Thesen sollen und werden den Bürger sicherstellen gegen die Omnipotenz des Staates. — Wie stellt sich schließlich die Sozialdemokratie zu dem immer wachsenden Heer der Verbrecher, zu der ständigen Zunahme der Verbrecher, von denen jährlich fast eine halbe Million abgeurteilt wird? Daß das Verbrechen eine soziale Erscheinung ist, bestritten heute kaum noch jemand. „Aber das Elend, das die Eltern gebeugt, den Vater dem Alkoholismus, die Mutter der Prostitution in die Arme getrieben hat, äußert sich auch in der geschwächten Lebenskraft, das wiederum in unangünstigen Verhältnissen aufwächst“, sagt mit Recht Prof. v. Sigt. Die gesamte Lage der arbeitenden Klasse ist die Grundlage für die gesamte Kriminalität. Das Verbrechen in seiner heutigen Form und Erscheinung ist bedingt und bestimmt durch die kapitalistische Gesellschaftsordnung. Selbst den Leidenhaftverbrecher würde die ordentliche Erziehung der sozialistischen Gesellschaft widerstandsfähiger machen. Manches Sittlichkeitsverbrechen würde eine gründliche Wohnungsreform im Keime ersticken. Unsere Strafrechtsreformer der modernen Schule würden daher viel besser daran tun, statt neue Strafgesetze mit vielen Paragraphen ausfindig zu machen, ihren ganzen Einfluß dahin geltend zu machen, daß eine wirksame Sozialpolitik in Deutschland rasch herbeiführt. (Sehr wahr!) Der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften kommt das Verdienst zu, daß die Zahl der Verbrecher nicht noch weit

größer ist, als sie ist. Denn ohne sie wäre das Lumpenproletariat, aus dem hauptsächlich das Verbrechen hervorgeht, ins Unendliche gewachsen. Zur Bekämpfung des Verbrechens muß vor allen andern Dingen der Achtundtag und die Sicherung des Koalitionsrechts durchgeführt werden. Auf der andern Seite sind die Politiker, die die Sozialpolitik hemmen, die die reaktionäre Schulpolitik in Preußen treiben und den Zollwucher fördern, verantwortlich für die Zunahme der Verbrecher. (Lebhafte Zustimmung.) Die Opfer dieser heutigen Gesellschaft, die zum Verbrechen herabgesunken sind, müssen unser Mitleid finden. Freilich die Besten müssen als Besten behandelt werden. Wer selbst die die Gesellschaft, da sie an ihrem Schicksal die Schuld trägt, zu bessern, zu erziehen suchen. Noch wichtiger ist die Frage der Strafbollstreckung für die andern Verbrecherlassen, für die nach dem einstimmigen Urteil aller Sachkundigen unsere Gefängnisse und Zuchthäuser eine Hochschule des Verbrechens sind. Namentlich für die Jugendlichen sind sie eine moralische Pest. Wir verlangen im Gefängnis eine freie, sittliche, sich von jeder Morderei frei haltende Erziehung, eine Erziehung, die auf positiver Arbeit beruht. Wir verlangen, daß die unnütze Grausamkeit aufhört, geistige Arbeiter im Gefängnis zum Tötungsleben zu zwingen; wir verlangen Beseitigung der kurzen Freiheitsstrafen, die viele Familien wirtschaftlich ruinieren, umfassendste Anwendung der bedingten Beurteilung und der Geldstrafen, die in Kosten abgetragen werden dürfen und nie in Haft umzuwandeln sind. Eins werden Sie aus alledem, was ja nur ein kleiner Teil unserer Forderungen ist, ersehen: Daß das Strafrecht, wie es gegenwärtig besteht, den modernen Anforderungen nicht genügt und in Widerspruch steht mit den Auffassungen der deutschen Arbeiterklasse. (Lebhafte Zustimmung.) Unsere Aufgabe ist es daher, unser ganzes Gewicht für die Reform in die Waagschale zu werfen, und vor allem dafür zu sorgen, daß nicht den Bestrebungen der Arbeiterklasse nach Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen durch das Strafgesetzbuch Anwälte zwischen die Beine geworfen werden. Freilich, wenn die Gelehrer klug wären, würden sie das von selbst unterlassen. (Lebhafte Zustimmung.) Denn durch seine Strafbestimmung wird der tüchtigste Siegerlauf des proletarischen Emanzipationskampfes aufgeschalten, diese Abwärtstende erzeugen nur immer mehr Groß, Mut, Erhiterung und Gah. Ich schließe mit den Worten, mit denen Mittelstraß diese geschäftige, kleinliche Art der Klassenjustiz kennzeichnet: „Sie schienen nicht mit Kanonen nach Spahen, nein, sie suchten mit kümmerlichen, aus schwächlicher Juristenlogik zusammengedrehten Papierfugeln eine große Volksbewegung zu erschüttern.“ Sorgen Sie, Parteien-genossen, mit dafür, daß diese Papierfugeln des Strafgesetzes die deutsche Arbeiterklasse in ihrem vorwärtsdringenden Lauf nicht aufhalten vermögen. (Stürmischer Beifall.)

Auf Vorschlag des Vorsitzenden Singer wird von einer Diskussion Abstand genommen und

Die Thesen des Referenten

en bloc angenommen. Sie lauten:

1. Die Strafrechtsbestimmungen entspringen den gesellschaftlichen Bedürfnissen und wechseln mit der Gesellschaft. Alle bisherigen Gesellschaften haben durch die Strafe ihre Lebensinteressen zu schützen gesucht. Im Klassenstaat betrachtet die herrschende Klasse ihre Interessen als besonders schutzwürdig und schutzbedürftig. Sie gestaltet danach das Strafrecht.

2. Zur Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft ist sie bestrebt, jede auf Fortentwicklung der Gesellschaft gerichtete Tätigkeit, soweit dadurch ihre Klasseninteressen bedroht werden, mit Strafe zu belegen. In dieser Richtung wirkt namentlich auch das Polizeistrafrecht, das keine Grenzen immer weiter ausdehnt. Je mehr die unterdrückte Klasse an Einfluss gewinnt und ihren Klasseninteressen Geltung verschafft, desto krasser wird der Widerspruch zwischen den Strafrechtsnormen und dem Denken und Fühlen der großen Masse des Volkes.

3. Die Justiz als Organ der herrschenden Klasse hat die Aufgabe, die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung zu schützen. Je schärfer die Klassengegensätze werden, desto brutaler wird das Vorgehen der herrschenden Klasse, die Justiz als Mittel zur Unterdrückung der Arbeiter zu verwenden und diese so unter dem Schein von Recht zu bergewaltigen.

Die von der Regierung des Klassenstaates ernannten, burokratisch vom Volke abgeschlossenen Strafrichter stehen, besaßen in den Anschauungen der Klasse, aus der sie stammen, den Bestrebungen der Arbeiterklasse verständnislos, ja mit instinktiver Abneigung gegenüber; und die Rechtsprechung tritt in immer schmerzlicherer Gegenüberstellung zu dem Rechtsbewußtsein der großen Mehrheit des Volkes. Dehnbare Bestimmungen im Strafgesetzbuch erleichtern eine solche Rechtsprechung. So wird die Justiz in immer größerem Maße als Klassenjustiz empfunden, die die Empörung der breiten Volksmassen gegen sie wachruft.

4. Auch die Gerichtsverfassung und die Gestaltung des Strafverfahrens werden von den Interessen der herrschenden Klasse beeinflusst. Die Justizbureaukratie ist bestrebt, ihre Macht zu verfestigen. Die Rechtspraktiken der Angeklagten werden gekürzt. Die bürgerliche Freiheit wird dem diskretionären Ermessen der Justiz, das sich leicht zur Willkür steigert, preisgegeben.

5. Die wachsende Zahl der gerichtlichen Verurteilungen stellt auch für die Sozialdemokratie ein ernstes Problem dar.

Seit dem Entstehen der Arbeiterklasse und mit der Ausbreitung der sozialistischen Ideen hat auch unter den Vertretern der Rechtswissenschaft immer die Einsicht Platz gegriffen, daß das Verbrechen seine Wurzeln in den gesellschaftlichen Verhältnissen hat. Aber sie ziehen nicht die letzte Konsequenz. Das Verbrechen in seiner heutigen Gestalt und Zusammensetzung ist eng verwachsen mit der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und saugt aus ihr immer neue Nahrung. Es kann deshalb nur schwinden mit der Gesellschaftsordnung, in der es wurzelt. Und es ist eine Illusion, anzunehmen, daß es durch ein — wie immer geartetes Strafrecht — in erheblichem Maße bekämpft werden könne. Wohl aber kann auch innerhalb der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung das Verbrechen vermindert werden, wenn die Ursachen, aus denen es entsteht, vermindert werden. Dies kann aber nur erzielt werden durch eine entschiedene Sozialpolitik, insbesondere durch gezielte Einführung des achtstündigen Maximalarbeitstages, durch Sicherung des Koalitionsrechts und Ausdehnung auf die Landarbeiter, durch Verbesserung und Verbilligung der Arbeiterwohnungen, durch Beseitigung aller Maßregeln, welche die Preise der Lebensmittel erhöhen, durch eine auf die Erziehung selbständiger Charaktere gerichtete weltliche Volksschulbildung.

Grausame Strafen haben erfahrungsgemäß weder abschreckend noch bessernd gewirkt. Ein modernes Strafrecht muß von dem Geiste der Humanität erfüllt sein. Die Gesetzesverleger, die die Gesellschaft infolge ihrer ökonomischen Struktur notwendig erzeugt, sind milde zu beurteilen. Unachtsamkeit, Veltel, Landstreicheln sind nicht zu bestrafen. Jugendlichen Personen dürfen bis zu dem Alter, in welchem ihrer Entwicklung so weit vorgeschritten ist, daß sie den Antrieben zum Verbrechen gegenüber dem Widerstand entgegenzusetzen können, nicht dem Strafrecht unterworfen werden.

6. Die Gefängnisse und Zuchthäuser haben als Mittel zur Verhinderung der Verbrecher, wie allgemein anerkannt wird, vollstündig versagt. Sie sind mit Recht als eine „Hochschule des Verbrechens“ bezeichnet worden; sie haben tatsächlich zur Vermehrung des Verbrechertums, namentlich durch die unangünstige Beeinflussung der jugendlichen Beurteilten, beigetragen. Dennoch sieht sich die herrschende Gesellschaftsordnung außerstande, auf sie zu verzichten. Es muß jedoch die Verhängung von Gefängnis- und Zuchthausstrafen in weitem Um-

fange eingeschränkt, und es muß die Behandlung in ihnen so gestaltet werden, daß die Strafvollzug für das Leben in der Gesellschaft langlich bleiben oder gemacht werden.

Von diesem Standpunkt aus fordert die Sozialdemokratie bei der Regelung des Strafprozesses und des Strafvollzugs zunächst:

A. Auf dem Gebiete des Strafrechts.

- 1. Eintritt der Strafmündigkeit frühestens mit dem vollendeten 16. Lebensjahre.
- 2. Vereinfachung aller dehnbaren Begriffe aus dem Strafgesetzbuch und scharfe Präzisierung der Strafvorschriften.
- 3. Vereinfachung aller Strafbestimmungen gegen die freie Meinungsäußerung und das freie künstlerische Schaffen sowie gegen die Bestrebungen auf Verbesserung der Lebenslage der Arbeiterklasse.
- 4. Dagegen Schutz der Arbeitskraft gegen Ausbeutung und Erweiterung des Notstandrechts.

4. Aufhebung des Landesstrafrechts (der landesgesetzlichen Fort- und Feldbeschlagsgesetze, der Ausnahmegesetze gegen Landarbeiter und Gefinde).

Reichsgesetzliche Regelung des Polizeistrafrechts unter genauer Begrenzung der Polizeibefugnisse und Eindämmung der Polizeivillkür. Abschaffung der Strafen wegen Bettelns, Landstreichens, Nichtbeschaffung eines Obdachs.

Anerkennung und Sicherung des Rechtes auf Streifenposten.

- 5. Abschaffung der Todesstrafe. Vereinfachung aller Mindeststrafen. Zulassung milderer Umstände bei allen strafbaren Handlungen. Mildere Bestrafung der Eigentumsvergehen. Bestrafung der Entwendung von Gebrauchsgegenständen zur Verteidigung der Lebensbedürfnisse sowie von Arbeitsmaterialien von nicht erheblichem Wert nur als Übertretung. Weitgehende Zulassung der bedingten Verurteilung. Zulassung der Geldstrafe für alle strafbaren Handlungen an Stelle der kurzzeitigen Freiheitsstrafe. Unzulässigkeit der Umwandlung einer unzulässigen Geldstrafe in Freiheitsstrafe. Festsetzung einer mäßigen Maximalhöhe für die Geldstrafe bei Übertretungen; Beseitigung nach der Höhe des Einkommens bei allen anderen strafbaren Handlungen.
- 6. Vereinfachung des Rechts auf Ueberweisung an die Landespolizeibehörde und auf Stellung unter Polizeiaufsicht.

B. Für den Strafvollzug.

- 1. Der Strafvollzug ist durch Reichsgesetz einheitlich so zu gestalten, daß er nicht zur Niederdrückung und Peinigung der Verurteilten, der Opfer der bestehenden Gesellschaftsordnung, sondern zur Stärkung ihrer körperlichen, geistigen, sittlichen Widerstandskraft im Kampf ums Dasein führt. Abzuschaffen sind das Schweigegebot und die brutalen Disziplinarstrafen.
- 2. Für Jugendliche bis zum vollendeten 20. Lebensjahre sind besondere Anstalten unter pädagogischer Leitung, für geistig Minderwertige unter pädagogischer und ärztlicher Leitung zu errichten.
- 3. Ist der Zweck des Strafvollzugs erreicht, so ist der Verurteilte auch vor Ablauf der Strafdauer zu entlassen.
- 4. Dem Entlassenen gegenüber hat der Staat eine Fürsorgepflicht zur Beschaffung von Arbeit.

C. Auf dem Gebiete des Gerichtsverfassungsgesetzes und des Strafprozesses.

- 1. Wahl der Richter ohne Unterschied des Geschlechts durch das Volk mittels des allgemeinen, gleichen, geheimen, direkten Wahlrechts. Bis zur Durchführung dieser Forderung Aufrechterhaltung der Schwurgerichte unter Erweiterung ihrer Zuständigkeit.
- 2. Einführung besonderer Jugendgerichte.
- 3. Vereinfachung des Anklagenonens der Staatsanwaltschaft.
- 4. Volle Verantwortlichkeit der Beamten für Verschulden bei der Strafverfolgung unter Mitwirkung des Staats.
- 5. Vereinfachung des geheimen inquisitorischen Vorverfahrens.
- 6. Vereinfachung der Untersuchungsphase wegen Kollisionsgefahr. Einschränkung der Untersuchungsphase wegen Rücksicht auf bestimmte schwere Verbrechen beim Vorhandensein konkreter Anklagebelegstücke rechtserhebender Tatsachen. Verordnung eines Verteidigers für den Verurteilten. Vereinfachung aller über die Freiheitsentziehung hinausgehenden Beschränkungen des Beschäftigten, insbesondere Gewährung unbeschränkter freien Verkehrsmittel mit dem Verteidiger. Schleunige kontradiktorische Verhandlung über die Beschäftigung.
- 7. Unzulässigkeit des freien Ermessens des Gerichts gegenüber dem Umfang der Beweisaufnahme.
- 8. Berührung zugunsten des Verurteilten.
- 9. Entschädigung aller Beschäftigten und Siphenten, die ungerechtfertigt festgenommen sind, sowie derjenigen, die freigesprochen oder außer Verfolgung gesetzt werden.

Das Reichstagesgesetz soll als Drucksache zur Massenverbreitung hergestellt werden.

Die russische Revolution.

Karl Singer legt dem Parteitag die schon wiedergegebene Resolution von Bebel und dem Parteivorstand, die eine Sympathieerklärung für die russische Revolution bedeutet, vor. Sie lautet:

Der Parteitag begrüßt die Resolution des Jenaer Parteitags, durch die derselbe seine freudige Genugtuung über das größte, weltgeschichtliche Ereignis der Gegenwart, die russische Revolution, ausdrückt und seiner tiefsten Sympathie und Bewunderung für die Kämpfer der russischen Revolution Ausdruck gibt.

Der Parteitag spricht angesichts der Fortdauer der russischen Revolution, in der die Gewalt- und Unterdrückungsmaßnahmen seitens des russischen Despotismus einen immer heftigeren und barbarischeren Charakter angenommen haben, aber auch die Fähigkeit, anzusehende Jünglinge und Begeisterung der Kämpfer für die Revolution, insbesondere unter Genossen und Genossinnen im Innern ohne Unterbrechung der Nationalität und Abhängigkeit, sich immer glänzender behaupten, auf neue seine höchste Anerkennung und Bewunderung aus, den Lehren des sozialistischen Systems aber, die sogar nicht über zurückzuführen, die von ihnen selbst einseitige Deutung durch einen Staatsrechtler wieder anzugehen, seine tiefste Bedauernung.

Der Parteitag erklärt im Namen der Partei auch fernerweit sich bereit, die Genossen Russlands in ihrem juristisch schwerem und außerordentlichem Kampfe moralisch und tatkräftig zu unterstützen, jeden Versuch einer direkten oder indirekten finanziellen Unterstützung des zaristischen durch das Ausland nach Kräften energisch zu bekämpfen, und jeder internationalen Einmischung von außen in die inneren russischen Angelegenheiten auf das entschiedenste entgegenzutreten.

Der Parteitag spricht sich ferner für die Freie Forderung aus, daß es den Kämpfern der russischen Revolution, trotz des verzweifeltsten Widerstandes, den das zaristische System ihnen entgegenzusetzen entgegen, gelingen möge, einen vollen Sieg zu erringen, durch den das große Reich in die Reihe der modernen Staatswesen zurückgeführt wird.

Karl Singer: Ich bitte den Parteitag, den Antrag einstimmig anzunehmen, um einen neuen Impuls über den bündelartigen Fortschritt und neue Bewunderung des russischen Freiheitskampfes auszudrücken. (Mehrfache Beif.)

Die Resolution wird einstimmig angenommen. Hierauf beschließt Leopold Heiß über die Beschlüsse der Bauernkommission.

Beschlüsse der Bauernkommission.

Die Bauernkommission hat alle drei ihr vorgelegten Gesetze um Wiederannahme in die Partei abgelehnt. — Der Parteitag tritt diesen Beschlüssen bei. Es folgen die Anträge von Heiß.

Jugendorganisationen.

Dr. Franz Knaack: Die Jugendorganisationen haben eine große Aufgabe, die sie erfüllen müssen und erfüllen werden, wenn die ganze Partei hinter ihnen steht. Diese Aufgabe ist die: Die Jugendorganisationen sind die Organisation der jugendlichen Arbeiter durch die Sozialdemokratie in dem Maße, wie die Arbeiterbewegung eine Lebensaufgabe für die Partei ist. Die Jugendorganisationen aber werden die jugendlichen Körper schärfen gegen die Klassenmacht und die jugendlichen Kräfte gegen den Klassenkampf. (Mehrfache Beif.)

Dr. Liebknecht: Ich komme aus einem Lande, wo die politische Organisation der Jugend unmöglich ist. In Russland sind wir daher gezwungen, als ein Vorbild politischer Freiheit aufzutreten. Die Jugendorganisationen in Russland müssen durchweg

unpolitisch sein. Deshalb ist es nötig, daß der Parteitag auch über die jugendlichen Kräfte nachdenkt: Sie jungen Leute, wir sind einander verbunden mit einem selbständigen Vorhaben und freien uns durch selbständigen Erwerb. Eine Sympathieerklärung für die Jugendorganisationen würde von wohlthätigster Wirkung sein. (Mehrfache Beif.)

Der Parteitag stimmt ohne weitere Debatte der folgenden Resolution Liebknecht zu:

„Das allerwärts sich vollziehende Erwachen der proletarischen Jugend zu selbständiger organisatorischer Betätigung wird begrüßt. Die Parteigenossen werden aufgefordert, überall, wo die Vereinsgesetze es gestatten, die Gründung und Weiterentwicklung von Jugendorganisationen zu fördern.“

Alle ändern die Jugendorganisationen betreffenden Anträge werden dem nächsten beschlossenen Bildungsausschuß überwiesen. Weiter liegen zahlreiche

Anträge zum Organisationsstatut

vor. Einem Antrag Pfannkuch gemäß werden diese Anträge von der Tagesordnung abgelegt, und zwar mit Rücksicht darauf, daß die Partei sich erst im vorigen Jahre ein auf Grund langer Vorbereitungen zustande gebrachtes neues Organisationsstatut gegeben hat. Das Statut möge in manchen Punkten Mängel haben, es wäre aber verfehlt, heute schon Änderungen vorzunehmen.

Die Genossen von Homburg III protestieren gegen die Mißgestaltung der

Festsetzungen von 1906

und fordern, daß fortan mehr Sorgfalt nach der künstlerischen Seite hin auf die Gestaltung verwendet werde. (Mehrfache Zustimmung.)

Parteiorganisator Abg. Pfannkuch erklärt die Beschlüsse als berechtigt an und erklärt, daß bereits Vorkehrungen getroffen seien, den Wünschen der Parteigenossen nachzukommen.

Der Antrag fand Annahme.

Zur Wahl des nächsten Ortes für den Parteitag

liegt ein Antrag vor, die Parteitage künftig nur in Berlin abzuhalten. Der Antrag erregt große Heftigkeit und fällt mangels genügender Unterstützung unter den Tisch.

Es kommen für den Parteitag 1907 in Betracht: Leipzig, Gießen und Stuttgart.

Besonderen Beifall findet Limberg-Gießen, der verspricht, der schwarzen Woche eine glänzendere rote folgen zu lassen. Auch die Proletarier des Ruhrreviers würden zeigen, daß sie es verstehen, Gäste zu empfangen. Auch sie würden den Parteitag wohl in einer eignen eigens errichteten Festhalle empfangen.

Gießen wird mit großer Mehrheit zum Ort des nächsten Parteitags bestimmt. Hierauf tritt eine kurze Frühlingspause ein.

Anträge zur Agitation

vorgenommen. Zuerst gelangen die Anträge zur antimilitaristischen Propaganda zur Verhandlung. Es liegen vor die Anträge:

Friedrich-Lichtheim: Eine besondere antimilitaristische Propaganda ist systematisch zu entfalten. Zu diesem Zwecke ist ein ständiger Ausschuß zu bilden.

Dreslau: Der Parteitag wolle beschließen: „Es ist eine rege Agitation gegen den Militarismus in den breitesten Volksschichten zu entfalten. Zu diesem Zwecke hat der Parteivorstand alljährlich, wie in diesem Jahre, zu Zeiten der Refrutenaushebung Flugblätter herauszugeben. Ebenso haben auch die örtlichen Parteioptionen durch Volksversammlungen mit entsprechenden Elementen diese Agitation zu betreiben, wobei auch die Arbeiterpresse mit durchgreifenden Artikeln große Dienste erweisen wird.“

Zur Begründung des ersten Antrags nimmt das Wort Dr. Liebknecht-Berlin: Die antimilitaristische Agitation müsse mit einem ganz besonderen Schwung geführt werden. Dazu wäre ein Zentralausschuß, eine Art antimilitaristischer Generalsekretariat empfehlenswert. In Frankreich und Belgien haben die Genossen auf diesem Wege viel erreicht, während wir darin noch weit zurück sind. Der Militarismus ist das stärkste Bollwerk des Kapitalismus und kann uns noch lange Widerstand leisten, wenn wir den Untergrund der Massen schon längst überwinden haben. Der Antrag ist so vorzüglich abgefaßt, daß niemand etwas dagegen einwenden können und daß man gegen denselben auch nicht wieder mit der ganz richtigen Mengflichkeit uns wird kommen können. (Mehrfache Beif.)

Reichstagsabgeordneter Bebel: Gegen den Dreslauer Antrag haben wir keine Bedenken, denn er bestätigt nur den Jenaer Beschlüsse. Ich möchte aber an die Parteigenossen das Ersuchen richten, sich zu überlegen, welche Anträge sie an den Parteitag stellen, damit solche überflüssigen, längst erledigten Anträge unterbleiben. Der Parteivorstand hat bereits ein Flugblatt herausgegeben und wird in demselben Sinne weiter tätig sein. Gegen den andern Antrag aber muß ich mich auf das allergeringste wenden (auch auf die Gefahr hin, für einen Schwarzgeher gehalten zu werden, oder für noch etwas andres; ich will den Ausdruck, den die deutsche Sprache dafür hat, nicht aussprechen). Wir sind ja nachgerade gewöhnt, daß kein Parteitag vergeht, ohne daß ihm ein derartiger Antrag aus Deutschland vorliegt. Wir sind auch daran gewöhnt, daß wir immer auf das Ausland verweisen werden. Es wird dabei nur die Kleinigkeit vergehen, daß der Militarismus in Belgien und Frankreich nicht so verheerend ist wie in Deutschland. Namens der Parteigenossen habe ich zu erklären, daß wir uns auf den Antrag nicht einlassen. Sollten Sie in dem Sinne beschließen, dann wählen Sie auch gleich die Organe dafür, den Beschluß auszuführen. Wir haben ein zu großes Verantwortlichkeitsgefühl, um uns auf solche Dinge einzulassen. Lehnen Sie den Antrag ab, wir haben ihn nicht nötig. (Beif.) Ich schaupte dreißig: es gibt in ganz Europa keine zweite Sozialdemokratie, die so systematisch den Kampf gegen den Militarismus führt, wie die deutsche, ich beschwöre ferner: es gibt keine zweite Sozialdemokratie in Europa, welche wie wir in unserer vierjährigen parlamentarischen Tätigkeit so systematisch jedes militärische und marinebudget abgelehnt hat. (Mehrfache Zustimmung.)

Schlich-Dreslau verurteilt den Antrag Dreslau. Ihm sei kein Flugblatt in die Hand gekommen. (Bebel ruft: Das ist Schand-Eurer Vertrauensleute!)

Dr. Liebknecht: Ich entgegne und beleidigt meinen Antrag.

Abg. Wollenkamp: Eine besondere antimilitaristische Propaganda ist überflüssig. Die ganze Tätigkeit der Sozialdemokratie bedeutet einen Kampf gegen den Militarismus.

Bebel erwidert nochmals, daß er sich für die Uebertriebung dieses Antrags bedauern würde.

Die Anträge werden schließlich gegen wenige Stimmen abgelehnt.

Frühling-Kattowicz begründet den von den deutschen Genossen beschlossenen einstimmig gestellten Antrag der Wahlreise Beuten-Larnowicz, Kattowicz-Jabrze und Gleiwitz-Debitowicz.

Der Parteitag möge beschließen in Vertretung der Parteimitglieder die polnischen Proletarier im oberösterreichischen Gebirgsgebiet aus dem Reigen des Nationalpolenismus zu befreien und für die Sozialdemokratie zu gewinnen, für die Herausgabe der polnisch-sozialistischen „Gazeta Robotnicza“ in Kattowicz als täglich erscheinendes Blatt die erforderlichen Mittel zu bewilligen.

Der Redner weist darauf hin, daß Polen innerlich revolutionär, oder vielmehr rebellisch durch das Beispiel russischer Polen ist. Aber dieser rebellische Grundzug würde durch das nationalpolnische Demagogium, das das erwachende Massenbewusstsein der polnischen Proletarier gekettet ansieht, verfehlt. Es sei endlich an der Zeit, daß die Sozialdemokratie dafür Sorge, daß die Arbeiter nicht mehr ihre rote Fahne mit dem weißen Kreuz vom Pfaffen in der Stirne empfangen liegen. (Mehrfache Beif.)

Adamel-Kattowicz befragt den Antrag namens der polnischen Sozialdemokraten. Die oberösterreichischen Proletarier würden überfordert ausbeutet, bekämen als Lohn kaum ein Viertel des Wertes der hergestellten Produkte und müßten von ihrem mühsamen Lohn noch große Summen an die Pfaffenherrschaft zahlen. Es gebe für die 4,5 Millionen polnischen Proletarier noch kein täglich erscheinendes Parteiblatt. Die polnischen Genossen hätten nicht mit der deutschen Partei gern geeinigt, aber sie hofften auch, daß die deutsche Partei ihnen ihre reichen Mittel zur Verfügung stelle. (Beif.)

Abg. Pfannkuch bekämpft den Antrag namens des Parteivorstandes. Aus taktischen Gründen, die er im Interesse der polnisch-sozialistischen Bewegung nicht nennen könnte, bitte er, ihn dem Parteivorstand nur zur Erwägung zu überweisen. Er selbst sei mit Gerich zusammen vor wenigen Wochen in Oberösterreich gewesen, um sich über die Verhältnisse an Ort und Stelle zu orientieren. Die Notwendigkeit eines Parteiblattes in den meisten Wahlkreisen sei nicht zu bezweifeln, wohl aber die Möglichkeit.

Damit schließt die Debatte. Der Antrag wird dem Parteivorstand zur Erwägung überwiesen, ebenso der Antrag

Gießen. Der Parteitag möge beschließen, alle für die Sozialdemokratie in agitatorischer Beziehung in Betracht kommenden Reichstagsverhandlungen, insbesondere die Verhandlungen über die Arbeiterbeschützungsgebung, Handelsvertragspolitik, Meer- und Marineforderungen nach den stenographischen Berichten in Broschürenform zum Selbstkostenpreis an die Mitglieder der Partei abzugeben.

Abgelehnt wird der Antrag Kattowicz, eine Broschüre über die Folgen der neuen Zölle herauszugeben. Feldmüller-Kattowicz hatte ihn begründet mit der Notwendigkeit, die von der Zolltarifmehrheit am Volke begangenen Schandthaten festzunageln. Den Antrag verliert er.

Trotz des bereits bestehenden Beschlusses, im Falle einer Stichwahl zwischen gegnerischen Parteien sich der Stimme zu enthalten, ist hiergegen vielfach in größtmöglicher Weise verstoßen worden. Der Parteitag zu Mannheim bringt deshalb dringend in Erinnerung, daß dieser Beschluß überall und unbedingt respektiert werden muß, soll er nicht zur Farce werden. Ganz besonders aber widerspricht den politischen Ehrgefühl der Genossen, der sogenannten freien Willigen die Partei in irgendwelche Wahlhilfe zu leisten. Die Partei hat keine Gelegenheit vorübergehen lassen, ohne ihrem Haß gegen die Sozialdemokratie die Flügel schiefen zu lassen, sie hat bei allen Wahlen selbst dem trassierten Reaktionär gegen unsere Genossen zum Siege beigetragen und kann heute mit Recht als die Bannerträgerin der Reaktion bezeichnet werden. Eine solche Partei ist eher je besser vor politischen Schauplatz verschwinden zu lassen, muß als Ehrenpflicht der Genossen betrachtet werden.

begründet Gehrmann-Berlin 3. Er erklärt es für verstoßen gegen die Parteizeile, die freiwillige Volkspartei, die bei Reichstags- und Landtagswahl alle Wahlkreise den Erzreaktionären ausgereicht hätte, noch irgendwie zu unterstützen.

Abg. Bebel bittet, daß jetzt doch nicht Zeit zu einer Wahldebatte und positiven Beschlüssen über die Wahltaktik sei, der Antrag abzuweisen. — Es geschieht.

Luisie Biehl-Hamburg legt folgenden Beschlüsse der Frauenkonferenz vor:

Die Frauenkonferenz lenkt die Aufmerksamkeit der Genossen und der Genossinnen auf die erschreckend hohe Zahl von Fällen entsehrlicher Mißhandlung, Verwahrlosung und Ausbeutung von Kindern durch die eigenen Eltern, Pfleger oder Erzieher. Sie fordert alle Parteiangehörigen und alle Arbeiterorganisationen auf, solche Unmenschlichkeiten aus der Kräfte entgegenzutreten und durch die Organe der Arbeiterpartei (Arbeiterpresse, Genossenschaftsvereine, Krankenkassen) auf deren Verhütung, planmäßig hinzuwirken. Die Konvention protestiert ferner gegen die heute herrschende Ausgestaltung der Frauenerziehung, die das verwerflichste und der planmäßigsten Verminderung und oft der schändlichsten Ausbeutung überläßt. Sie fordert eine wirkliche Frauen- und Mädchenbildung, die eine wahrhafte Zukunft für mißhandelte Kinder schaffen und diese dem kindlichen Wesen gemäß zur Selbständigkeit heranbilden soll. Die Konferenz erwartet von den Arbeitervertretern in allen öffentlichen Körperschaften, daß sie ständig und planmäßig den Kampf führen auch für diesen Schutz der Kinder gegen Verwahrlosung und Mißhandlung.

Der Antrag wird von Kraffmann-Mercurius und Kolb-Berlin unterstützt und mit großer Mehrheit angenommen.

Auf Antrag Heidelberg wird beschlossen, die neu geschaffenen Parteikontrollkommissionen auch den Vorständen der einzelnen Ortsvereine zugehen zu lassen. In bezug auf die Parteifreier in den einzelnen Provinzen und Landesteilen wird beschlossen, daß das Anfangsgehalt auch 2000 Mark übersteigen darf, wenn sie bereits in einer früheren Stellung ein höheres Gehalt gehabt haben.

Singer: In allen bürgerlichen Zeitungen wird der Mannheimer Arbeiterbildungsverein, in dem 10 000 Mann unterhaltungen vorgenommen sind, ein sozialdemokratisches Genannt. Ich stelle fest, daß es sich um einen offen demokratischen Verein handelt, mit dem die Partei nichts zu tun hat.

Singer verurteilt dann das

Resultat der Wahlen zum Parteivorstand.

Bei der Wahl des Vorstandes wurden abgegeben 352 Stimmen; davon waren 350 gültig und 2 ungültig. Von den gültigen Stimmen entfielen:

als Vorsitzender auf Bebel	350 Stimmen
" Singer	349 "
" Raffierer	350 "
" Gerlach	344 "
" Ebert	344 "
" Auer	342 "
" Wollenkamp	342 "
" Pfannkuch	329 "
" Müller-Debitowicz	248 "
" Zieg	89 "
" Mattutat	23 "
" Hug	15 "
" Keil	1 Stimme.

Es sind demnach gewählt im Parteivorstand zu Vorsitzenden Bebel und Singer, zum Kassierer Gerlach, zu Sekretären Auer, Ebert, Pfannkuch, Wollenkamp und Müller (letzterer neu).

Bei der Wahl der Kontrollkommission wurden 352 Zettel abgegeben; davon waren 342 gültig, 10 ungültig. Die gültigen Zettel entfielen für: Bod-Gotha 317 Stimmen, Kaden-Dresden 316, Zettin-Stuttgart 284, Ehrhart-Ludwigshafen 273, Brühne-Frankfurt a. M. 27, Ernst-Berlin 259, Koenen-Hamburg 157, Ged-Dresden 194, Braun-Königsberg 128, Kneemann-Leipzig 113, Ulrich-Dresden 76, Sack-Berlin 73, Kühn-Langenbielau 66, Meißner-Berlin 51, David-Mainz 4, Schmidt-Berlin 36, Geyer-Berlin 34, Wey-Gannover 30, Hilbrand-Stuttgart 29, Stoll-Hamburg 29, Herbert-Stettin 27, Wohl-Stuttgart 25, Boemelburg-Hamburg 24, Thiele-Halle 19, Hug-Berlin 1, Schlich-Berlin 18, Stubbe-Hamburg 13, Güte-Essen 8, Wittmann-Frankfurt 7, Mattutat-Stuttgart 5, Rudolph 1, Scheidemann 1.

Es sind demnach Bod, Kaden, Zettin, Ehrhart, Brühne, Ernst, Koenen, Ged und Braun zu Mitgliedern der Kontrollkommission gewählt worden. — Die Kontrollkommission hat die bisherigen Mitglieder Eberhard (Charlottenburg) und Bengel (Berlin) wiedergewählt.

Singers Schlußwort.

Karl Singer: Damit sind die Arbeiter des Parteitags erledigt. Wir sind am Ende unserer Beratungen angelangt. Parteigenossen! Ich bin überzeugt, daß ich im Sinne aller spreche, wenn ich zunächst meinen Mannheimer Genossen, die die schwere Vorbereitung der Arbeit geleistet haben, den wärmsten Dank ausspreche. (Bravo!) Ich danke ich dem Parteigenossen Dresbach, der, kaum von schwerer

Kraftigkeit geseien, sich mit Energie und Eifer an den Vorbereitungsarbeiten, wie an den Arbeiten des Parteitag selbst beteiligt hat. (Ereuerter Beifall.)

Wenn ich, wie stets, kurz einen Rückblick auf die Verhandlungen werfe, so stelle ich an die Spitze meiner Bemerkungen die Freude darüber, daß der Parteitag in diesem Jahre so zahlreich besucht worden ist wie seit Halle kein andrer. Er war von 409 Teilnehmern und 26 Gästen besetzt. (Bravo!)

Wir dürfen zufrieden sein mit den Arbeiten, die die „rote Woche“ in Mannheim geleistet hat. Wir haben unsere Verhandlungen erstreckt über eine Reihe von für die Arbeiterklasse Deutschlands wichtigsten Fragen. Zum ersten Male hat ein deutlicher Parteitag die Frage der Volkserziehung so ausführlich behandelt. Die beiden inhaltreichen und formvollendeten Referate haben die Forderungen der Partei für die Volkserziehung aufgestellt. Wenn wir auch noch nicht dazu gekommen sind, die Einzelfragen zu erledigen und zu diskutieren, so haben wir doch durch die Einsetzung des Bildungsausschusses bewiesen, daß es der Partei Ernst ist mit dieser Aufgabe, und daß sie entschlossen ist, das, was möglich ist an finanzieller und moralischer Unterstützung der Agitation, auf diesem Gebiete zu leisten. Durch seine dahingehenden Beschlüsse hat der Parteitag das Arbeitsfeld der Sozialdemokratie erweitert und vertieft. Je mehr wir die Kinder und die Jugend für die uns bewegenden großen Gedanken des Sozialismus gewinnen, desto eher wird die Stunde kommen, die für die Befreiung der Proletariat schlägt. (Lebh. Beifall.)

Wir haben weiter die Stellung der Sozialdemokratie zu Strafrecht, Strafprozeß und Straf Vollzug erörtert. Wenn es eine Partei gibt, für die es notwendig war, endlich einmal auf diesem Gebiet der Kultur eine Stütze zu verschaffen, so ist es die Sozialdemokratie. (Sehr wahr!) Denn die Arbeiterbewegung steht unter dem Schauer der Justiz, die danach strebt, sich in den Dienst der herrschenden Gewalten, in den Dienst der Reaktion zu stellen. Statt für den Schutz aller Bürger da zu sein, betrachtet sie es als ihre Aufgabe, der Sozialdemokratie ihren Kampf zu erschweren, wenn nicht unmöglich zu machen. (Sehr wahr!)

Von höchster Bedeutung sind die Fragen, die wir gepflogen haben, über den Massenstreik und die damit verknüpften Fragen. Wir können mit Freude und Stolz konstatieren, daß ein revolutionärer Geist durch alle diese Ausführungen geweckt hat. Der Drang nach Einigkeit, die Leberzeugung, daß Partei und Gewerkschaft in allen Fragen gemeinsam vorgehen müssen, diese immer wiederholte eindringliche Betonung der Einigkeit sollte die Gegner zum Verstummen gebracht haben, daß Partei und Gewerkschaft zusammenstehen und sich nicht auseinanderbringen lassen (lebhafter Beifall), weder von außen noch — von innen. (Stimmlicher, mehrfach wiederholter Beifall.)

Das mögen die Anarchosozialisten sich merken. (Sehr gut!)

Die Wünsche unserer Gegner für den Mannheimer Parteitag sind zusehends geworden, die Hoffnungen unserer Freunde, die in der Gemeinschaftlichkeit aller Gruppen der Arbeiterbewegung den Erfolg verbürgt sehen, sind erfüllt. Wie der Main und der Neckar zusammenfließen in den mächtigen Rheinstrom, so sind auch Partei und Gewerkschaftsbewegung die Arme des großen Stromes der proletarischen Arbeiterbewegung. (Lebh. Beifall.) In Einzelfragen können wir uns auch lebhaft beschäftigen, aber in dem Augenblick, wo es ihnen zum Bewußtsein kommt, daß es sich um die großen idealen Güter, um die Befreiung der Arbeiterklasse handelt, steht der politisch organisierte Genosse mit dem gewerkschaftlich organisierten Parteigenossen Schulter an Schulter. (Lebh. Beifall.) Das ist es, was diesem Parteitag die Reiche gegeben hat. (Bravo!) Dieses Zusammenstehen, dieses brüderliche Verhältnis, dieses Bestreben, jeden Streit zu vermeiden, dieses Wissen, daß wir müssen zusammenstehen, daß Einigkeit nötig ist, um unser großes Ziel zu erreichen, aber auch, um den Tageskampf zu führen, zeichnet diesen Parteitag aus, und so wird der Mannheimer Parteitag eingegraben sein in die Geschichte der Partei- und Gewerkschaftsbewegung als Ausgangspunkt, von dem aus wir einig und gemeinsam den Kampf weiterführen, um die Arbeit zu befreien aus dem Doppelschlag der politischen Rechtslosigkeit und der ökonomischen Unterdrückung. (Stürm. anhalt. Beifall.)

Was dahin aber heißt es: Arbeiten! Agitieren! Organisieren! Wenn mit aller Entschiedenheit betont worden ist, daß wir uns das Wahlrecht und das Konstitutionsrecht nicht rauben lassen, so kann dieser Beschluß nicht ausgeführt werden, als bis nicht die gesamte Arbeiterklasse zusammengeschweift ist in politische und gewerkschaftliche Organisationen. Da haben wir noch ein gutes Stück Arbeit vor uns, und zu ihr wird uns auch der Mannheimer Parteitag ein Ansporn sein. Darin ist nicht nur die bürgerliche Presse mit Entsetzen, sondern auch die Arbeiterklasse mit stolzer Freude seinen Verhandlungen gefolgt. Die Arbeit, an die wir jetzt mit frischem Mut gehen, soll schon bei der Reichstagswahl von 1908 Früchte tragen. Kein Zweifel, daß der Kampf schwerer sein wird wie je, daß das gesamte Völkertum spätestens im zweiten Wahlgange geschlossen gegen die Sozialdemokratie zusammenstehen wird. Das wissen wir, und es ist gut, daß wir es wissen, denn dann wissen wir uns nicht in falsche Hoffnungen. Aber daraus erwächst uns auch doppelt, hundertfach die Pflicht, bis 1908 unsere Organisationen zu stärken, damit wir dann der Dreimonatspartei zahlreiche neue Anhänger gewinnen. Für diese Aufgabe wird auch der Mannheimer Parteitag von Bedeutung sein. (Lebh. Beifall.)

Wenn wir jetzt froh und vergnügt auseinandergehen, so verpflichten und verbinden wir uns gleichzeitig, unverzüglich im Sinne der Sozialdemokratie zu handeln und bekräftigen dieses Versprechen mit dem Rufe: Die deutsche, die internationale, die revolutionäre Sozialdemokratie, sie lebe hoch!

Die Delegierten stimmen dreimal begeistert in das Hoch ein und singen stehend die erste Strophe der Marschlied.

Singer: Der Parteitag ist geschlossen.
Schluß 3 Uhr 45 Minuten. —

Provinz und Umgegend.

Groß-Otterleben, 1. Oktober. (Gemeindevorsteher Sitzung.) Zu der am 27. September abgehaltenen, von mir neun Gemeindevorstehern infl. Gemeindevorstand behuchten Sitzung wurde die bisherige Umfassenerordnung aufgehoben und hierfür eine neue Ordnung beraten nach dem durch das preussische Ministerialblatt veröffentlichten Muster. Die Höhe der beschlossenen Umlage betrug wie bisher 1/2 Prozent des Kaufpreises. Dagegen stimmten nur unsere Parteigenossen. Die Entschädigungen der Anlieger an der Salfter Hauffe für ihr zu Chaußeebauten hergegebenes Ackerland wurden zum Teil bewilligt. Gegen einige muß wegen viel zu hoher Ansprüche das Enteignungsverfahren eingeleitet werden, und zwar betrifft dies einige Großgrundbesitzer, welche auch hier wieder zeigen, daß sie nie genug bekommen können. — Dem Maurer Reichardt wurden für abgetretenes Straßenterrain 85 Mark bewilligt. — Den beiden Nachbarn Schmitt und Stern wird das Gehalt auf 980 Mark erhöht, ebenfalls das Klebergeld auf 40 Mark pro Jahr. Durch diese Gehaltserhöhung werden sie vom Begräbnisdienst befreit, und wird ihnen die nächtliche Dienstzeit von 1. Oktober an nur verlängert. Das Verdigungswesen verbleibt vom 1. Oktober an nur noch der Kirchhofswärter Wühlberg. Dem Gemeindevorsteher Müller wird auf seinen Antrag das Gehalt auf 1800 Mark erhöht. Die Brennaunder der Straßenlaternen wird bis abends 11 Uhr festgesetzt. Zwölf Laternen an den Eingängen zum Dorfe wie an besonders beleuchteten Straßen sollen bis Tagesanbruch brennen. Ferner wurde bekannt gegeben, daß die Gemeinde weitere Ansprüche gemäß § 53 des Kommunalabgabengesetzes für die Jahre 1904, 1905 und 1906 in der Höhe von 13 897 Mark pro Jahr an die Stadt Magdeburg erhoben hat. —

(Volkshilflichkeit.) Die Volkshilflichkeit Groß-Otterleben wird von Dienstag den 2. Oktober an den Parteigenossen und Gewerkschaftsmitgliedern an den Bibliotheksabenden wieder zur Verfügung stehen. Die Verwaltung der Bibliothek hat beschlossen, auch für dieses Jahr Renaisancesachen im Betrage von 160 Mark vorzunehmen. Damit wird die Bibliothek in weitem Maße vervollständigt und kann die Benutzung derselben jedem Parteigenossen und Mitglied

der zentralorganisierten Gewerkschaften zur Ausbildung seines Wissens angeraten werden. —

(Sorsicht!) In Garten und Wald befinden sich jetzt zwei Früchte, die sehr starkes Gift enthalten: die schwarzglänzenden Beeren des Bitterstrauchs und die zierlichen roten des Pfaffenstichens. Da die Kinder diese gern pflücken, so möge man sie dringlich warnen, davon zu essen. Wenige solcher Beeren genügen schon, um den Tod herbeizuführen. —

Halberstadt, 29. September. (Mabeneletern.) Der Badermeister Emil Kasten und seine Ehefrau, beide aus Meddersfeld, haben in den Jahren 1905/06 ihre 10 Jahre alte Tochter in geradezu brutaler Weise behandelt. Demzufolge wurde Kasten zu 14 Tagen und seine Ehefrau zu 3 Monaten Gefängnis durch das Schöffengericht in Aschersleben verurteilt. Da die Verurteilten Berufung eingelegt hatten, so wurde die Sache heute vor dem hiesigen Landgericht nochmal verhandelt. Kasten hat seine Tochter mit einem Tragrücken und mit einem Stampfen scharf strafen lassen. Der kleine Körper soll nach Aussagen der Zeugen mit blutunterlaufenen braunen und blauen Striemen und Wunden bedeckt gewesen sein. Die Ehefrau des Kasten, welche Stiefmutter zu dem Kinde ist, hat daselbe in unbeschreiblicher Weise mißhandelt. Es war ihr im Wege. Eines Nachts riß sie das Mädchen an den Haaren aus dem Bette und im Zimmer herum, wobei sie in rothster Weise das Kind traktierte. Damit das Schreien nicht vernommen wurde, nahm sie ein Kopfkissen und drückte es der Kleinen fest auf das Gesicht. Im Monat Januar oder Februar beobachtete ein Nachbar wie die Madenmutter des Morgens um 1/5 Uhr das kleine Mädchen bei der bittersten Kälte über den Hof nach dem Brunnen schleppte und ihr das eiskalte Wasser fortgeigt über den Kopf pumpete. Sie kieß es mit dem Kopf gegen den eisernen Brunnen, wobei sie die Worte gebrauchte: „Warte Du graues Vieh, Du sollst schon reime werden.“ Eine Nachbarsfrau hatte gesehen, daß die Madenmutter einen Schuereimer nahm und diesen in voller Wucht nach dem Kinde warf, so daß dieses dadurch in die Wschengrube fiel, wo es längere Zeit ohnmächtig liegen blieb. Sie ließ das Kind ruhig in der Wschengrube liegen. Ein andermal schlug die Stiefmutter ihr Stiefkind mit einem dicken Knüttel derartig in das Gesicht, daß dem Kinde ein Zahn aus dem Munde flog. Diese Taten sind zum Teil vor Zeugen beobachtet worden, wiewohl mehr mag das unglückliche Kind erduldet haben. Nacht und Tag haben die Nachbarn herzzerreißendes Schreien gehört. Einmal haben sie sogar gehört, wie das Kind fortgeleht gerufen hat: „Mieber Papa, schlage mich doch nicht so sehr, es tut so fürchterlich weh; ich habe doch nichts getan!“ Trohdem sei auf das Kind losgeschlagen worden; man habe die schweren Schläge gehört. Schließlich haben die Nachbarn der Ortsbehörde Anzeige gemacht, wodurch den Mabeneletern das Kind abgenommen und in andere Pflege gegeben wurde. Der Lehrer sowie die anwesenden Zeugen bekunden nur Gutes von dem Kinde. Die Eltern sagen jedoch das Gegenteil von ihm aus und bestreiten natürlich ihr Kobleiten. Der anwesende Arzt, welcher das Kind untersucht hat, betundet, daß die Beschädigungen des Körpers von roher Mißhandlung herrühren, auch sei eine schlechte Ernährung des Kindes zu konstatieren. Als die Kleine hierüber vernommen wurde, sagte sie, die Mutter habe gesagt: „Du Vieh sollst dich nicht wehren!“ Auch habe sie öfters hungern müssen. Wie die Kleine dann weiter schilderte, wie fürchterlich es ihr ergangen ist, machte sich eine allgemeine Empörung im Saal und Zuschauerraum bemerkbar. Selbst der Staatsanwalt und der Gerichtshof bedauerten auf das lebhafteste, daß der Anwalt nicht auch Berufung gegen das Urteil des Schöffengerichts eingelegt habe. Es sei geradezu unerhörte, wie das kleine, hilflose Kind behandelt worden sei. Eine bedeutende höhere Strafe wäre hier am Platze gewesen. Die Berufung wurde verworfen, so daß es wenigstens bei dem Strafmaß des Vorderrichters bleibt. —

Gerichts-Zeitung.

Landgericht Halberstadt.

Sitzung vom 29. September 1906.

Ein schwerer Junge. Aus der Strafkast vorgeführt wird der Bezugsman Hermann Helmmann aus Groppenstedt, welcher in zahlreichen Fällen durch Verpflanzung falscher Tatsachen das Vermögen kleiner Geschäftleute schädigte, indem er ihnen Waren abschwindelte. Außerdem wird ihm noch ein Diebstahl und eine Sachbeschädigung zur Last gelegt. Der Angeklagte ist zum Teil geständig, zum Teil wird er vollständig überführt. Da der Angeklagte schon sehr oft vorbestraft ist, lautete das Urteil auf 3 Jahre Zuchthaus, 1050 Mark Geldstrafe eventuell für je 5 Mark einen Tag Zuchthaus zulässig, 10 Jahre Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht. —

Gingegangene Druckschriften.

Nicht verlangte Zusendungen werden nicht zurückgeschickt. Besprechung vorbehalten.

Kommunale Praxis. Wochenchrift für Kommunalpolitik und Gemeindefortschritt. Herausgeber: Dr. Albert Südekum. Verlag: Paul Singer-Verlag. Zum Parteitag hat die „Kommunale Praxis“ eine Sondernummer herausgegeben, die sich im ersten Teile mit der Erziehungsfrage beschäftigt, im zweiten Teile Berichte über die Tätigkeit der sozialdemokratischen Partei in den Gemeinden enthält. Aus dem sehr reichen Inhalte heben wir besonders die Darstellung der Aufgaben von Staat und Gemeinde bei der körperlichen Erziehung der Jugend von Dr. Silberstein in Rixdorf sowie eine Abhandlung von Otto Uhlig über die Jugendfürsorge in Dresden hervor. Probenummern der „Kommunale Praxis“ sind jederzeit kostenlos vom Verlage der „Kommunale Praxis“, Berlin W 10, zu erhalten. —

Marktberichte.

Magdeburg, 29. September. (Mittliche Notierungen.) Die Notierungen verstehen sich für 1000 Kilo netto ab Station und frei Magdeburg. Weizen englischer gut 167—170, mittel 159—165, do. Kolben Sommer gut 178—182, mittel —, do. Rauh 165—168, ausländischer gut 190—194. Roggen beauptet, inländischer gut 157—160, Gerste stetig, hiesige Ehevaltergerste gut 172 bis 182, mittel 160—170, feinste über Rottiz, hiesige Landgerste gut 155 bis 168, hiesige Wintergerste —, ausländische Futtergerste gut 119 bis 121. — Hafer besser, inländischer gut 152—158, mittel 140—148. — Mais fest, runder gut 130—132, amerikanischer bunter —. — Erbsen beauptet, hiesige Viktoria gut 200—220, grüne Folger 195—210. —

Magdeburg, 29. September. Die heutigen Marktpreise waren: Erbsen, gelbe zum Kochen 18,00—23,00. Speisebohnen (weiße) 21,00 bis 38,00. Wicken 29,00—68,00. Gartenerbsen 4,50—5,50. Nichtstroh 5,00—6,00. Krummstroh 3,50—4,50. Heu 5,00—6,00. Alles für 100 Kilogramm. Rindfleisch im Großhandel 1,10—1,16, von der Keule 1,60—1,70, Bauchfleisch 1,40—1,50. Schweinefleisch 1,60—1,80. Kalbfleisch 1,50—1,70. Hammelfleisch 1,40—1,60. Speck (geräucherter) 1,60 bis 1,80. Eihütter 2,40—2,70. Alles für 1 Kilogramm. Eier für 60 Stück 4,20—4,80. —

Wasserstände.

+ bedeutet über, — unter Null.	
Austritt und Saale.	30. Sept.
Straußfurt	+ 1,65
Wickenfels Unt.	+ 0,90
Frotha	+ 2,72
Wilsleben	+ 2,42
Bermburg	+ 2,00
Salze Oberpegel	+ 1,90
Salze Unterpegel	+ 2,12

Milde.

Deffau	29. Sept.	+ 2,18	30. Sept.	+ 2,04	0,14
Mildebrücke	29. Sept.	+ 2,18	30. Sept.	+ 2,04	0,14

Zier, Eier und Molbau.		28. Sept.	+ 0,28	29. Sept.	+ 0,28	San	0,05
Ringbungtau	28. Sept.	+ 0,28	+ 0,20	0,05	—	—	—
Edelweiß	28. Sept.	+ 0,28	+ 0,78	0,18	—	—	—
Praga	28. Sept.	+ 1,70	+ 1,66	0,04	—	—	—

Eise.

Paradubitz	28. Sept.	+ 0,76	29. Sept.	+ 0,66	0,10	—	—
Brandels	28. Sept.	+ 1,09	29. Sept.	+ 0,94	0,15	—	—
Melmit	28. Sept.	+ 1,60	29. Sept.	+ 1,54	0,06	—	—
Zeitmeritz	28. Sept.	+ 1,18	29. Sept.	+ 1,14	0,04	—	—
Wuffig	28. Sept.	+ 1,76	29. Sept.	+ 1,76	—	—	—
Dresden	28. Sept.	+ 0,80	29. Sept.	+ 0,22	0,08	—	—
Lorgau	28. Sept.	+ 2,85	29. Sept.	+ 2,68	0,17	—	—
Wittenberg	28. Sept.	+ 3,87	29. Sept.	+ 3,87	—	—	—
Moslau	28. Sept.	+ 3,87	29. Sept.	+ 3,60	0,27	—	—
Barby	28. Sept.	+ 4,06	29. Sept.	+ 3,80	0,26	—	—
Schönebeck	28. Sept.	+ 3,71	29. Sept.	+ 3,71	—	—	—
Magdeburg	28. Sept.	+ 3,38	29. Sept.	+ 3,15	0,23	—	—
Langensalze	28. Sept.	+ 4,14	29. Sept.	+ 4,22	—	0,08	—
Wittenberg	28. Sept.	+ 3,24	29. Sept.	+ 3,47	—	0,23	—
Broda-Dömitz	28. Sept.	+ 2,10	29. Sept.	+ 2,39	—	0,29	—
Lauterburg	28. Sept.	+ 1,95	29. Sept.	+ 2,22	—	0,27	—

Aus dem Geschäftsverkehr.

Die Appetitlosigkeit bei magentranken Kindern beruht sehr oft darauf, daß die gereichte Nahrung an sich wohl kräftig, aber den Verdauungsorganen nicht leicht genug zugänglich ist. Das leicht verdauliche Kuffel-Kindermilch dagegen wirkt anregend auf den Appetit ein und stellt dennoch eine kräftige Nahrung dar, d. h. eine Nahrung, welche reich an Eiweiß- und Mineralstoffen ist, und die sogar zur ausschließlichen Ernährung der Säuglinge dienen kann. Mit dieser Nahrung kann man wieder Fleischsuppe und Milch, Kakao usw. in die Ernährung einführen und so zur gewohnten Nahrung überleiten. —

Billige

Lebensmittel!

Allerfeinste Molkereibutter

das Beste, was existiert!

Pfund 1.40 M.

ff. Molkereibutter

Pfund 1.25 M.

Garant. reines Bratenfeschmalz

mit Gewürz, ff. im Geschmack

Pfund 75 Pf.

Delikates Würstschmalz

Pfund 60 Pf.

Erstes, bestes Ständorfer und Lemsdorfer

Landbrot

garantiert reines Roggenbrot

kräftig und von ganz besonderem Wohlgeschmack

Stück 50 u. 60 Pf.

Westfalenkrone!

hochfeinste Rahmmargarine

erstet wirklich beste Tafelbutter. Ich empfehle diese Marke ganz besonders und bemerke, daß ich darin die alleinige Niederlage für Magdeburg inne habe.

Fordern Sie, bitte, Gratisprobe!

Preis nur 80 Pf.

Auf Brot gebe ich eine rote Marke, auf alle andern Artikel

5 Prozent in Rabattspartmarken.

A. H. Völker

Butterhandlungen

Fernsprecher: 1406

Jakobstraße 5 · Jakobstraße 21 · Jakobstraße 26

Grünarstraße 9/10 · Breitenweg 252.

Alleinige Niederlage für Wilhelmstadt:

Annastraße 22, unweit der Gr. Biersdorferstraße.

Auch der
kleine
Mann
erhält

Credit



- 1 Spiegel
- 1 Konsole
- 1 Tisch
- 2 Stühle
- 1 Wanduhr
- 1 Fenster Gardinen
- Wandbilder
- Stegdecken u. s. w.



Abz. 14 tägl. 1.50 Mk.
oder monatlich 3 Mk.

- 1 gr. Spiegel u. Konf.
- 1 Sofa Tisch u. 2 Stühle
- 1 Teppich
- 1 Bettstelle mit Matr.
- 1 Kuchenschrank
- 1 Küchenschrank u. 1 Stuhl
- 1 Kleiderschrank
- 1 Waschtiselle
- 1 Pfeilerschrank



Abz. 14 tägl. 1.50 Mk.
oder monatlich 3 Mk.

- 1 Kleiderschrank
- 1 Vertiko
- 1 Velour-Teppich
- 1 Sofa
- 1 Parabeitstelle mit Matr.
- 1 Büfett-Küchenschrank
- 1 Truhenau
- 1 Stufe
- 1 Stuhl Betten u. s. w.



Abzahlung Woche 1 Mk. oder
monatlich 4 Mk.

Die Wochenraten

betragen
auf alle größeren

**Möbel-
Ersatzstücke**

nur



A. Friedländer, Breiteweg 118

Burg. Burg.

Mache die geehrte Arbeiterschaft von Burg höchst
darauf aufmerksam, daß ich mit dem heutigen Tage eine

Beschl. Anstalt

eröffnet habe. Es wird mein eifriges Bestreben sein, nur
gute und reelle Arbeit zu billigsten Preisen
zu liefern. Mit der Bitte, mein neues Unternehmen unter-
stützen zu wollen, zeichnet

Wilhelm Appel.

Geschäftsverlegung.

Meiner werten Kundschaft zur Nachricht, daß ich von heute an mein
Geschäft

Kaiserstrasse 13, Ecke Wilhelmstr.

Albert Stettin Zigarren und Lotterie.

Burg. Burg.

Achtung!

Von heute an befindet sich mein Geschäft

Franzosenstr. Nr. 68
im vormals Büffel'schen Laden.

Carl Wiegand

Schneidermeister.

Burg. Burg.

Gratulationskarten

Städtischer Arbeitsnachweis

Männliche Abteilung.
Petersonstraße 1, Eingang Berggasse. Telefon: Rathhaus.
Kostenlose Vermittlung für Arbeitgeber und Arbeitnehmer.
Gesucht werden: Tischler, Schreiner, Tischler, Schreiner,
Klempner, Bergleute, Arbeiter, jugendliche Arbeiter, Hausarbeiten
für Restaurationen usw., Arbeiter aller Berufsarten, Arbeiter für die
Landwirtschaft.
Arbeit suchen: Sattler, Maschinenführer, Steinhauer, Heizer,
Schmiede, Arbeiter aller Art, Hausdiener für Kaufleute, Hotels, Restau-
rants usw.

Zentralverb. der Zimmerer Deutschl.
Zahlstelle Magdeburg.

Mitglieder-Versammlung
im Lokale der Wwe. Müller, Tischlerstr. 22.

1. Vortrag: Das Zünftergesetz der bürgerlichen
Gesellschaft. Referent: Genosse Deder. 2. Verhandlungen
legenhelten. 3. Verschiedenes.
Samstag! Erscheint zahlreich in der Versammlung. Des Mit-
gliedschaft zu unterstützen. Der Vorstand.

Gegen Barzahlung
verkaufe ich
Nähmaschinen

Zentral Bobbin

Ratt 145 Mark für 105 Mark

Rundschiffchen, Schnellnäher

Ratt 145 Mark für 105 Mark

Rundschiffchen, ohne Brille

Ratt 135 Mark für 95 Mark

Schwingschiffchen

Ratt 115 Mark für 85 Mark

Längschiffchen, gebog. Kasten

Ratt 95 Mark für 65 Mark

Längschiffchen, glatter Kasten

Ratt 90 Mark für 60 Mark

Alle Maschinen sind garantiert
prima Fabrikate und mit ton-
losem Untergerüst.

Einfache Längschiffchen

für 50 Mark

Fahrräder

beste prima Fabrikate
zu bedeutend herabgesetzten
Preisen

1 Posten Fahrräder

Ratt 125 Mark für 75 Mark

komplett mit Garantie

Laternen von 75 Pfg. an

Pneumatik, Zubehörteile

Wringmaschinen

Reparaturen spottbillig.

G. A. Buchheim

99 Breiteweg 99.

Freitagen u. Nehtwürmer hat
abzug. Fr. Hörstel, Al. Schür. 12

Grundstück

mit Materialgeschäft

für Parteigenossen!

Gasthof

mit Essl. 1/2 Morgen Gartenland
Haupt 30 Loden hier vor in
Schnitthaus, viel altholzfreie Ge-
wölke u. Kasse, Forderung 47 000 Mk.
bei 6000 Mk. Anzahlung zu ver-
kaufen. Geopferdet 10 Jahre für
u. 4 Prozent. Näheres unter Offerte
N. 2. 600 an die Expedition des
„Volkstimme“ in Magdeburg, Sob-
straße 49. 1017

Sozialdemokratisch. Verein f. Magdeburg
und Umgegend.

Dienstag den 2. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Saale
des „Dreikaiserbund“, Große Storchstraße Nr. 7

Generalversammlung.

Tages-Ordnung:
1. Berichterstattung vom Mannheimer Parteitag.
2. Verschiedenes.

Recht zahlreichen Besuch erwartet
Nach § 5 des Statuts haben sich die Teilnehmer durch Mitglieds-
buch zu legitimieren.

Tinte (tief schwarz) empfiehlt die
Buchh. Volkstimme.

Fahrrad für 50 Mk. zu verkauf.
In meh. Sonntag vorm. 11-12 Uhr.
Rarel, Budau, Brauerstraße 1.

Jeden Mittwoch Schlachten
und feische Wurst. 213
Emil Lampert, S., Feldstr. 7.

Kreuz, Dienstag den 2. Oktober,
sowie jeden Dienstag alle Sorten
frisch geschlachtete Wurstwaren

W. Koch 414
Kreuzstadt, Morgenstr. 18.

Achtung! Achtung!
Als Hauswächter für Salbe
u. Umgegend empfiehlt sich
992

Wilhelm Lindemann
Salbe, Sülzstraße Nr. 2.

Küchensattel
der Magdeburger Volkstische
Gr. Marktstr. 21.

Dienstag: Erbjesuppe mit Rippen-
sped.

Mittwoch: Birnen mit Kartoffeln
und Schweinefleisch.

Donnerstag: Sinsensuppe mit Rind-
fleisch.

Freitag: Schmorhohl, Salzkartoffeln
und Schweinebraten.

Sonntags: Saure Kartoffelsuppe
mit Rippensped.

Frauenaal parterre.

Achtung! Achtung!

Niederndodeleben und Schnarsleben.

Den Leuten der „Volkstimme“
teilen wir hiermit mit, daß mit
dem 1. Oktober Genosse Kauf-
mann die Kaspertage wieder für
Niederndodeleben übernommen
und für Schnarsleben an Frau
Vahlbeck abgetreten hat. Schät-
liche Bekwerden und Verdienste
an den Genossen Maurer Jassor,
Schnarsleben, zu richten.

3-4 tücht. Ofenseher

bei dauernder Beschäftigung und
sofortigen Eintritt. 1003

Ad. Panthen

Säcker-Wilhelmstraße 14.

Sozialdemokratie und Antisemitismus

von August Bebel

Preis 30 Pfennig

empfehlen

Buchhandlung Volksstimme

Jakobstrasse 49.

Halberstadt. Möbl. Zimmer
gewerkschaft zum 6. Oktober geucht.
Gefällige Offerten unter 23 nach
Johannesbrunnen 3 erb. 1018

Stadt-Theater.

Dienstag den 2. Oktober 1906

Norma.

Darauf: Ballet-Divertissement.

Wilhelm-Theater.

Dienstag und folgende Tage:

Hocharterre links.

Sonntags den 6. Oktober:
Erfes Märchen des Fräulein
Hedi Olenz

Der Bettelstudent.

Städtisches Orchester.

Fürstenhof.

Mittwoch den 3. Oktober

abends 8 Uhr 994

Grosses

Volkskonzert.

Leitung: Kgl. Musikdirektor
Joseph Krug-Waldsee.

Eintrittskarten

im Vorverkauf 30 Pf.

an der Kasse 40 Pf.

Logen- und Balkonplätze
55 bzw. 80 Pf.

Kaiser-Panorama

Breiteweg 134, I.

Interessante Reise in der
malerischen französischen
Riviera.

Sechste hochinteressante Wand-
rung durch Aegypten.

Im Zirkus

Bitant! Bitant!

Heute Montag u. folgende Tage
abends 8 Uhr

Zum erstenmal in Magdeburg!
Hochstimmlich! Urdraufisch!

Die Konfektionseuse

Berliner Sittenbild mit Gesang
in 5 Akten von E. Pruden.

300mal in Berlin aufgeführt!
Hauptrollen: Genoss: Martha
Benediger; Emma; Emma
Samst; Genoss: Direkt. Kay
Samst; Karl; Erich Briele;
Hilde: Karl Kahn.

Mittwoch nachmittag 4 Uhr

Dornröschen
Zaubermärchen in 5 Akten.
Erwachsene zahlen auf allen
Plätzen 30 Pf., Kinder 10 Pf.

2. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 229.

Magdeburg, Dienstag den 2. Oktober 1906.

17. Jahrgang.

Der Parteitag-Ausflug nach Heidelberg.

Als Heidelberg, die feine, liebe ihre gewohnte Anziehungskraft auch auf die Teilnehmer des sozialdemokratischen Parteitags aus: nicht weniger als 700 Personen, zu denen das weibliche Geschlecht ein beträchtliches Kontingent stellte, folgten am Donnerstag nachmittag der Einladung des Mannheimer Komitees zum Abstecher nach Heidelberg, und präzis 1/2 11 Uhr dampfte der von der badischen Staatsbahnverwaltung gestellte Extrazug, 48 Wägen stark, zur Bahnhofshalle hinaus, nachdem sich die Einschiffung der zahlreichen Teilnehmer glatt vollzogen hatte. Hatte der Himmel, von dem den ganzen Vormittag über freundlich die Sonne, warne Sonne gescheitelt, um die Abfahrtsstunde sich auch etwas verdunkelt, die durch den harmonischen Verlauf der Parteitagverhandlungen sichtlich gehobene Stimmung der Ausflügler verminderte er nicht zu trüben. In allen Teilen des langen Trains machte sich heitere Laune bemerkbar, und wenn wir nicht irren, waren es die „gemiedlichen“ Sachjen, die bereits bei der Ausfahrt aus der Bahnhofshalle einen fröhlichen Saug intonierten.

Die längs der Bahnlinie gelegenen Arbeiterwohnhäuser und Industrieetablissements, wie auch die zahlreichen Eisenbahnproletarier des Haupt- und Rangierbahnhofs begrüßten das ambulante Parlament der deutschen Arbeiterklasse mit herzlichem Willkommen, und die zahlreichen Proletarierkinder, die sich aus den Fenstern der Friedrichsfelder Tonröhrenfabriken schoben, legten Zeugnis dafür ab, daß der langjährige heisse Kampf der Mannheimer „Volksstimme“ um menschenwürdige Zustände dort nicht erfolglos geblieben, daß auch in diesem einstigen Zwangs- und Kapitalismus das Eis der Unterdrückung und Bevormundung durch Profit- und herrschsüchtige Antreiber dem Druck der öffentlichen Meinung endlich gewichen ist. Auch auf dem Wege durch den Heidelberger Güterbahnhof fand der Parteitagzug allgemeine Aufmerksamkeit, und als er sich kurz vor 3 Uhr vorzeitig zwischen die trotz ihrer Länge kaum ausreichenden Empfangsperren schob, durchbrachen freundliche Sonnenstrahlen das herbsteilige Dunstgewölke, die nahen Bergwälder lieblich vergoldend.

In gewohnter Ordnung und Manneszucht formierte sich nun die Masse der „Ordnungsfeinde“ und „Umsüßler“ nach dem Verlassen des Bahnhofes zu geschlossenem Zuge, der, von den Heidelberger Parteibeauftragten geführt und durch die Anlagen zunächst zum Klingentor geleitet, von da auf der neuen Weinbergstraße das Schloß erreichte. In eine gemeinsame Führung der Teilnehmer durch dessen Schenkwürdigen war wegen der ungeheuren Zahl natürlich nicht zu denken; die geschlossene Marschformation löste sich im Schloßhof vielmehr in zahllose Einzelgruppen auf, die nun, den gedruckten Führer in der Hand, auf eigne Faust den Rundgang durchs Schloß antraten. Wir sahen die Anhänger Rappensieins eiligst den Weg zum großen Saal einschlagen, um dort dessen ruhmvollen Erbauer ihre Reverenz zu erweisen und dem kräftigen Jüngling den Tribut der Hochachtung zu zahlen. Unsere rheinpfälzischen Nachbarn wieder, der weinländische „Pfälzer“ voran, eilten der säulengekrönten Brunnenhalle zu, indes das Fähnlein der Russen am geprengten Turm die Wirkung forderte, die künftige Hande mit dem nötigen „Nachdruck“ schon vor mehr denn 200 Jahren an scheinbar unerlöschlichen Feiern anzuknüpfen vermochten. Auf dem großen Platz vor dem Friedrichsbau, noch mehr aber von der Terrasse beim Scheffel-Denkmal genoss man den prächtigen Blick auf Altheidelberg, dem die etwas düstere Atmosphäre leider bald hinter dem Reichsbild der Stadt ein Ziel setzte. Hatte ein klarer Herbsttag den Blick dem Rhein zu, nach dem Speyerer Dom und den Pfälzer Bergen gefaktet: erst dann hörte sich die naturbegnadete Mühlensiedl in ihrem ganzen Glanze gezeigt. Auch so gab's zu schauen und zu staunen die Wäffe, und die Rüstungen zu Fuß mögen wohl auch zur Mollentur emporgeliegen sein, um die Reize der herrlichen Umgebung Heidelbergs noch mehr auf sich wirken zu lassen.

Von halb 5 Uhr ab sammelte sich die Ausflugsgesellschaft fast vollständig im geräumigen Garten des Schloßrestaurants, vom vom städtischen Orchester mit einem tadellos gespielten und fein zusammengestellten Konzertprogramm empfangen.

Und wenn durch irgend etwas der Beweis erbracht wurde, daß die Alkoholbehalte des Parteitags nicht ohne Erfolg geblieben, so war's durch das Bild, das der Wirtschaftsgarten bot: allenthalben auf den zahllosen Tischen sah man weiße Stofftafeln blinken. Die Bier- oder gar Weintrinker waren in geradezu verschwindender Minderheit, und die Fälle, in denen Delegierte — man nummelte, es seien Bayern gewesen — vom Büfett des Restaurants kommend, mit gefüllten Maßkrügen den Gästen betrauten, waren erfreulicherweise nur ganz vereinzelte. Da nach Motiven auch in diesem Falle nicht geirrt wird, so wollen wir dahingestellt sein lassen, ob die auffällige Kaffeelust des Donnerstag-Nachmittags auf das kühle Wetter oder auf die eindringlichen Wasserpredigten des Dienstag-nachmittags zurückzuführen war. Ebensovienig vermögen wir die Vermutung auf ihre Begründung zu untersuchen, die photographischen Gruppenaufnahmen von den Gärten des Schloßrestaurants seien nur gemacht worden, um vorübergehende Guttempler hinterher etwaiger stiller Alkoholverbrechen überführen und bei gewissen Parteigrößen die fortwährende Neigung nach rechts unwiderleglich feststellen zu können. . . .

Es dunkelte infolge des bedeckten Himmels zeitig, und da mit der Sonne auch das Thermometer merklich herabging, begann um die sechste Abendstunde so allgemach der Abstieg nach der Stadt. Man verzeigte sich sofort in die diversen bekannten Lokale, unter denen der „Mitter“, ein stimmungsvoll-einzigartiges Lokal, auf die bekannteren Teilnehmer eine besondere Anziehungskraft ausübte zu haben scheint. Man führte den jenseitigen Drüßgeist Heidelbergs, dem sich nach Scheffel nun einmal niemand entziehen kann, deutlich aus der Stimmung heraus, die im „Mitter“ — und nicht minder im „Perko“ und den zahlreichen andern Wein- und Bierstuben der Stadt — herrschte, und nur schwer lißen sich die weiteren Gruppen auf, die da und dort in verschwiegenen Nischen bei Untrunk und Pflanz beisammen saßen, als es galt, den Anstich ans Festbankett in der Stadthalle nicht zu verjäumen.

Bald frönte es in gewaltigen Massen dem herrlichen Versammlungspunkte zu, und als kurz nach acht Uhr das Bankett unter den fröhlichen Klängen des Orchesterorchesters eröffnet wurde, war der glänzend beleuchtete Saal bis in die letzte Ecke besetzt, so sehr, daß der anstehende große Restaurationssaal noch mit einbezogen werden mußte. Der Saal war itzig geschmückt; auf der Orgelgalerie leuchtete die hüfte Lauffalle aus einem Vorherzahn hervor. Als Bebel unter den Klängen der „Marxsekkate“ den Saal betrat, wurde er mit demonstrativen Sympathie- und Huldigungen begrüßt. Der Arbeiterängerbund eröffnete hierauf die Feier mit dem bekannten Chöre von Himmel „Saal und Ernte“, und der starke Beifall ließ erkennen, daß die Hörer von dem schönen Vortrag recht erfreut waren. Schluß nach Heidelberg begrüßte hierauf die Versammlung mit herzlichem Worten und gab eine kurze Uebersicht über die politische und gewerkschaftliche Entwicklung der Arbeiterpartei der Stadt Heidelberg. Er zeigte, wie aus kleinen Anfängen sich ein recht ansehnliches Parteileben entwickelte und wie unsere Stimmzahl von einer Wahl zur andern sich auch hier immer in aufsteigender Linie bewegte, so daß, wenn die Entwicklung so forschreitet, die Zeit nicht mehr fern sein wird, in welcher wir auch diese nationalliberale Domäne erobern werden. Bebel ergriff ebenfalls das Wort und sagte, daß die Parteitagbeisitzer aus der Verwunderung eigentlich gar nicht herauskämen. Uebersicht erregte der prachtvolle Nebelungsaal in Mannheim allgemeine Verwunderung, und jetzt befinden wir uns in dem ebenfalls sehr hübschen Saal der Festhalle von Heidelberg. Er erzählte nun einiges aus seinem Leben, wie er im Jahre 1888 als junger Handwerksbursche nach Heidelberg gekommen sei, um Arbeit zu suchen, aber leider keine gefunden habe. Durch die eigentümlichen Verhältnisse wurde er noch länger in der Stadt festgehalten und konnte sie genauer ansehen. Später, als er selbständiger Meister geworden war, kam er wieder in die freundliche Nachbarstadt und durchwanderte sie mit seinem Mustertier, um Geschäfte zu machen. Das politische Leben der Arbeiterklasse war damals noch sehr unbedeutend, um so größer sei nun seine Verwunderung gewesen, als er die schönen Resultate

der letzten Wahlen vernommen habe. Heidelberg war damals eine reine Professoren- und Studentenstadt, die sich jetzt zu einem recht hoffnungsvollen politischen Leben entwickelt habe. Wir sind keine „Schwarzheer“, wir bliden mit frohem Mut in die Zukunft, und der heutige starke Besuch des Festes möge eine gute Vorbedeutung für die Reichstagswahl im Jahre 1908 sein.

Lebhafte Beifall dankte dem Redner. Der Männerchor sang hierauf das Lied „Bergfreiheit“ von Baumann. Als hierauf Franz Joseph Schartz von Ludwigshafen die Rednertribüne betrat, wurde auch er freudig begrüßt. Da in Mannheim Dreesbach die Delegierten, in Heidelberg Schubach sie begrüßt habe, mühten doch als dritte auch die Pfälzer den Gästen ein Willkommen entgegenbringen. Gern hätten es die Pfälzer gesehen, wenn der Ausflug in die sonnige, rebenbewachsene Pfalz gegangen wäre, und es sei nur schade für das große Faß Wein, das für die Gäste bereits gerührt war. Jetzt, wo die schönen Tage zu Ende gehen, möchte er aber doch vorschlagen, daß die Genossen und Genossinnen doch noch einen Abstecher in die Pfalz machen, sie würden es gewiß nicht bereuen.

Hierauf betreten die Russen und Polen das Podium und trugen zwei Nationallieder vor, die mit ihren eigentümlichen slavischen Melodien großes Interesse boten. Das zweite Lied war eine Lobrede für die in der Revolution gefallenen Männer und Frauen, die gleich einer düsteren Wolke wirkte, die eine sonnige Landschaft beschattet. Der tiefe Ernst, der sich auf den Gesichtern der Zuhörer malte, ließ erkennen, daß alle Herzen der Dhrer des russischen Befreiungskampfes gedachten und ihnen mit Freude und Begeisterung nachzueifern gelobten.

Nach war diese trübe Stimmung wieder verschwunden, als Genosse Ansele aus Gent die Bühne betrat und mit echt französischer Lebhaftigkeit eine von Feuer und Leidenschaft durchglühete Rede hielt. Er brachte die Grüße der belgischen Partei und sagte, daß sie in seiner Heimat mit großer Besorgnis an den deutschen Parteitag dachten, weil ein Kampf zwischen der politischen und der gewerkschaftlichen Organisation bevorzusehen schien. Jetzt seien aber seine Besorgnisse durch den schönen und erhabenen Verlauf der Verhandlungen vermindert und mit Freude und Stolz blickten alle ausländischen Genossen nach Mannheim, wie überhaupt nach Deutschland, wo die Parteizentralen eine geradezu unvorstellbare Ziel erreichen können. Mit Freude könne man konstatieren, daß auf der ganzen Erde eine stete Vorwärtsbewegung unserer Sache stattfindet und daß die Zeit nicht mehr fern sein könne, in welcher wir unser großes Ziel erreichen werden. Es wird gearbeitet mit einem Eifer, mit einer Sachkenntnis, die die Bewunderung der ganzen Welt erregt. Wir können hier die prächtige Rede Anseles natürlich nicht in ihrem ganzen Umfang bringen. Frau Roland-Gofft überreichte sie sofort ins Deutsche, und beide Redner wurden mit einem wahren Sturm des Beifalles überschüttet.

Eine sehr schöne Darstellung der Göttin der Freiheit, umgeben von einer Arbeitergruppe in einem lebendigen Bild, erregte allgemeine Bewunderung.

Jetzt war die Zeit der Mannheimer Gäste leider abgelaufen und alles eilte dem Bahnhof zu, um sich nach Hause zu begeben. In kurzer Zeit war die Heimat wieder erreicht, Extrawagen der städtischen Straßenbahn nahmen am Mannheimer Bahnhof die Ankommenden auf, um sie in die verschiedenen Stadtteile zu führen. Alles war in der gehobenen Stimmung und von der Ueberzeugung durchdrungen, einen schönen Tag verlebt zu haben, der sich tief in der Erinnerung aller Teilnehmer einprägen werde. Den Heidelberger Genossen sei auch an dieser Stelle der wärmste Dank ausgesprochen für alles, was sie den Gästen boten. Neuer Kampfesfreudigkeit mögen das Ergebnis dieser schönen Stunden sein; dann werden wir mit unserer großen Sache rascher vorwärts kommen und die Zeit bald herbeiführen, in welcher solche große Stunden für das arbeitende Volk nicht mehr zu den seltenen Ausnahmen des Daseins gehören. J. B.

Feuilleton.

Drei Menschenleben.

Von Maxim Gorki. Uebersetzt von H. Adler.

(90. Fortsetzung.)

Es vergingen Tage. Ilija stand beim Ladentisch, drehte an seinem Schnurrbart und bediente die Käufer. Die Tage schienen ihm nur langsam zu verrinnen. Zuweilen besetzte ihn der Drang, den Laden zu sperren und einen Spaziergang zu machen. Doch das Bewußtsein, es könnte für das Geschäft von schlimmen Folgen sein, hielt ihn davon ab, und er blieb. Abends fortzugehen war ihm un bequem, Gawrit hatte Furcht, allein zurückzubleiben. Auch war es nicht ohne Gefahr. Er konnte unvorsichtigerweise etwas in Brand stecken oder einen Dieb hereinlassen. — Die Einnahmen des Geschäfts stiegen, und Ilija ging mit dem Plane um, einen Kommiss anzu nehmen, falls es sich weiterhin als notwendig herausstellen sollte. Sein Verhältnis zu Frau Autonomowa war von selbst recht lau geworden, und Tatjana Wassiliewna zeigte sich dadurch gar nicht berührt. Vielmehr war sie stets heiter, wenn sie sich zur Prüfung des Kassabuches einfind. Wenn sie nun gar in Ilijas Zimmer die Rechenmaschine zur Hand nahm, fühlte er deutlich, daß ihm diese Frau mit dem Vogelgezielt geradezu ekelhaft geworden war.

Zuweilen aber kam sie lustig und unternehmend zu ihm, scherzte, ließ ihre Augen anreizend spielen und nannte Ilija ihren Kompanion. Er ließ sich fortziehen, und wieder begann die ekelhafte Treibjagd, wie er dies Spiel nannte, wenn er allein war. Von Zeit zu Zeit erschien Kirik, machte sich am Sessel beim Ladentisch bequem und scherzte mit den Näherinnen, die gerade einkaufend kamen. Seine Polizeiform hatte er abgelegt und trug jetzt einen rotseidenen Anzug. Mit Vorliebe prahlte er mit seinen Erfolgen in einer neuen Stellung.

„Schzig Rubel Firnis, und ebentoviel verdiene ich noch, abst beim mächtigsten Geschäftsgang! Nicht schlecht, ah? Ich bin vorsichtig im Geschäft und halte mich an die Bestimmungen. Hoho! Keulich haben wir die Wohnung gewechselt. Hast du's schon gehört? Unsere jetzige Wohnung ist recht nett. Eine Köchin haben wir genommen. Sie kocht prächtig. Teufel! Im Herbst werden wir unsere Bekannten einladen, werden Karten spielen — — Angenehm, ah? Man

verbringt dabei lustig die Zeit und kann noch gewinnen — — Beide spielen wir, ich und meine Frau. Nun, einer muß doch gewinnen! Der Gewinn muß dazu reichen, wo's die Gäste kosten. Hoho, du meine Seele! Das nennt sich ein billiges, angenehmes Leben!“

Er machte sich's noch behaglicher, zündete sich eine Zigarette an und fuhr leise fort, während er den Rauch ausblies: „Keulich, Brüderchen, war ich im Dorf. Hast Du gehört? Ich muß Dir sagen: Mädchen gibt's dort! Hoho! Weist Du, Naturfinder, kernig, — — nichts, wo man Gefahr läuft oder Betrügern. Und billig! Hol's der Teufel! Eine flache Kiste, ein Pfund Lebkuchen, — — und Du hast sie!“

Lunew hörte schweigend zu. Kirik tat ihm leid, er gab sich aber keine Rechenschaft darüber, warum er diesen kleinen, dünnen Menschen beneidete. Gleichzeitig wandelte ihn stets bei seinem Ausblick die Lust zu lachen an. Kiriks Erzählungen bei den Abenteuern im Dorfe mißtraute Lunew. Es schien ihm, daß Kirik ein Prahlhans sei und nur wiederhole, was er von andern gehört hatte. Wenn er in schlechter Laune war, so hörte er zu und dachte:

„Du Heuchler!“
„Ja — a, Brüderchen, das war herrlich! „Feins Liebchen unter dem Rebendach“, wie es im Liede heißt.“
„Und wenn es Tatjana Wassiliewna erfährt?“ fragte Ilija.
„Sie wird's nicht erfahren wollen, Brüderchen!“ antwortete Kirik und blinzelte schlau. „Sie weiß, daß sie solche Dinge nichts angehen. Hoho! Der Mann ist von Natur aus ein Hahn — — Nun, und Du, Brüderchen! Hast Du eine Geliebte?“

„Ja, gewiß!“ entgegnete lächelnd Ilija.
„Eine Näherin? Ja? Eine Bräute?“
„Nein, keine Näherin.“
„Eine Köchin? Eine Köchin ist gut! Warm und mürbe.“ Ilija lachte wie ein Verräcker, und sein Lachen überzeugte Kirik, daß er richtig geraten habe.
„Wechle sie öfters, wechle sie!“ riet er Ilija im Kennerton.
„Aber warum raten Sie denn auf eine Köchin und Näherin? Bin ich denn eine andre nicht wert?“ fragte Ilija noch immer lachend.
„Weil sie am besten zu Dir passen gemäß Deiner Stellung in der Gesellschaft. Du kannst doch nicht einen Roman anfangen mit einer Dame oder einem Mädchen aus anständigen Kreisen!“

„Warum denn nicht?“
„Aber das ist ja klar! Ich will Dir nicht nahetreten, mein Freund, aber Du bist doch ein einfacher Mensch, — — ein Bäuerlein sozusagen.“

„Und doch habe ich einen Roman mit einer Dame!“ rief Ilija vor Lachen erstickend.

„Spaßmacher!“ brummte Kirik und lachte mit.

Als Autonomow fort war, überdachte Lunew besser: Worte und fühlte sich beleidigt. Es war ihm klar, daß sich Kirik, — der gute, komische Kirik, — für ein besonderes Wesen hielt, dem er, Lunew, nicht gleich kam, für einen höheren und besseren Menschen. Gleichzeitig vermähnten aber weder er noch seine Frau, aus Ilija mancherlei Nutzen zu ziehen. Perfischka hatte ihm erzählt, daß sich Petruscha über seinen Laden lustig machte und ihn einen Dieb nannte. Auch Jakob hatte dem Schuster geklagt, daß Ilija früher besser und herzlicher war und nicht so eingebildet wie jetzt. Und Gawrits Schwester bewies ihm jedesmal, daß sie ihn nicht als gleichgestellt erachtete. Diese Briefträgerstöcher, die schier in Lumpen daherging, blickte auf Ilija herab, als wäre sie entrüstet, daß er dieselbe Erde drückte, wo sie lebte. Seit Ilija das Geschäft führte, war seine Eigentliebe gewachsen und empfindlicher geworden, als sie früher war. Sein Interesse an diesem unjungen, aber sonderbaren Mädchen wuchs immer mehr. Er wollte auf finden, woher dieses arme, schlecht gekleidete Mädchen den Stolz nahm, demgegenüber seine Schüchternheit immer größer wurde. Doch nie hatte sie freiwillig ein Wort zu ihm gesprochen, was ihn schmerzlich berührte. Ihr Bruder war doch bei ihm als Lehrling bedienter, und schon jenetwegen sollte sie dem Chef des Geschäfts freundschaftlich entgegenkommen! Einst sagte er zu ihr:

„Ich lese Ihr Buch, den Don Quixote!“
„Nun? Gefällt er Ihnen?“ fragte sie, ohne ihn eines Blickes zu würdigen.
„Ja! Sehr! Recht komisch! War das ein Narr!“
Jetzt blickte sie ihn an. Ilija schien es, daß ihre schwarzen weisen Augen mit Haß sich in sein Antlitz bohren.
„Ich erwartete, daß Sie etwas Nehrliches sagen werden,“ sprach sie langsam und deutlich.
„Ich bin ein ungebildeter Mensch“, entschuldigte er sich und zuckte die Achseln.
Sie gab keine Antwort, als hätte sie ihn nicht gehört.
(Fortsetzung folgt.)

Provinz und Umgegend.

Burg, 29. September. (Fortbildungsschule.) Wir sehen uns genötigt, infolge eines Vorkommnisses, ein paar Worte über unsere Fortbildungsschule zu veröffentlichen. Sind wir auch mit der Tätigkeit einer solchen einverstanden, so können wir uns jedoch mit der festgesetzten Unterrichtszeit, die schon bei der Gründung beantragt wurde, nicht einverstanden erklären. Ist es an sich vertretbar, die Unterrichtsstunden erst in die Abendstunden von 7 bis 8 Uhr zu verlegen, so ist es nicht scharf genug zu beurteilen, wenn, wie es jetzt eingerichtet ist, die zweite Klasse der Fortbildungsschule im Zeichen Sonntags nachmittags von 2 bis 4 Uhr unterrichtet werden soll. Was man damit bezwecken will, verstehen wir nicht recht. Ist kein Platz da, so möge man die Aula im Gymnasium oder einen Raum in der Luisenschule nehmen. Unter allen Umständen ist es verkehrt, den Sonntag nachmittags dazu zu benutzen. Von 11 bis 1 Uhr, wie es bis jetzt der Fall war, ließe man sich noch gefallen. Aber nicht nur, daß die jungen Leute die ganze Woche hindurch arbeiten müssen, manchmal ziemlich lange Zeit sogar, und nach der Arbeitszeit noch an einigen Wochentagen die Schule besuchen müssen, will man ihnen jetzt auch noch den Sonntagnachmittag rauben. Woher sollen sie denn die zur Erholung unbedingt notwendige Zeit nehmen? Vielleicht am Sonntag vormittag? Jeder weiß doch wohl aus Erfahrung, daß da in den allermeisten Fällen die jungen Leute zu Hause den Eltern einige Handreichungen zu machen haben. Zeit zum Spazieren gehen ist also vormittags nicht. Wie uns Väter mitteilen, werden sie sich unter allen Umständen weigern, ihre Söhne am Sonntag nachmittags noch in die Schule zu schicken. Jeder vernünftige Mensch muß sich doch sagen, daß solche Zeiteinteilung ein Unrecht ist, da auch die Eltern dadurch gezwungen sind, auf den Spaziergang am Sonntag nachmittags zu verzichten. Und dann ist es ja auch für die Lehrer eine Tortur, denen ebenfalls die freie Zeit gekürzt wird. Der Sonntag ist ja doch wohl in einem christlichen Staate ein Feiertag, in dem nicht gearbeitet werden darf! Fehlen noch Lehrkräfte, so möge man solche noch anstellen. Der Fortbildungsschule gehört in die Wochentage während der Arbeitszeit, auf keinen Fall auf den Sonntag. —

Ochtersleben, 29. September. (Verteuftetes Pech) hat die Brauerei Storchshöhe mit einem Teil ihres jetzigen Personals. Bekanntlich hat sie neun Arbeiter ausgespart, weil sie unorganisierte Leute haben wollte, doch kann sie mit dem Ersatz bisher wenig Ehre einlegen. Vor kurzer Zeit mußte sie dem einen wegen zu großer Trunkenheit bei der Arbeit den Lauspaß geben, es war ein Barbier, der augenscheinlich dem Bier mehr zugetan war, als der Arbeit. Dann beschloß sie einen Arbeiter Reinhold Haase, der die angenehme Seite hatte, den Unterschied von Wein und Bier nicht genau zu kennen. Zum Leidwesen der trauernden Firma mußte er am 26. September vom hiesigen Kantonsgericht eine Gefängnisstrafe von 3 Wochen entgegennehmen. Der Menschheit ganzer Jammer mag sie aber gepaßt haben, als ihr getreuer Paul Stengenauer, seines Zeichens Bautechniker, von der Brauerei weg eingelockt wurde, weil er seine geheimen Freuden bei einem 13-jährigen Knaben gesucht. Wie wir hören, soll er zum Stamme der blauen Brauer-Bundesbrüder gehören. Die Freuden, mit solchen Elementen zu arbeiten, mag wohl jedermann der Brauerei neidlos gönnen. Sie will es ja nicht anders haben. Anhat mit den erprobten und tüchtigen alten Leuten vom Verbände Frieden zu schließen, wird alles unbefriedigend zusammengegriffen, was nur Krone und Beine hat und damit will man dann Bier brauen, das Arbeiter trinken sollen. —

(Zwei Agitationsversammlungen) für die Judenarbeiter haben am Donnerstag abend und Freitag morgen stattgefunden, arrangiert vom Verbände der Fabrikarbeiter. Wie zu erwarten war, hatte die Raffinerie ihre Spione dorthin dirigiert, um zu erfahren, welche schwarze Pläne gegen sie geschmiebelt werden sollen, ev. wer sich in den Verband aufnehmen lassen würde. Solche Arbeitervertreter müssen fürwahr jeden Punkt des Herzes dar sein, um mit niedergeschlagenen Augen in Versammlungen anständiger Arbeiter zu sitzen und den Lauscher zu spielen. Diese Leute nagen genau so am Hungerloch wie jeder andre Arbeiter und hätten alle Anlaß, den Judaslohn für ihr elendes Gewerbe von sich zu weisen und auf anständiger Weise mit den andern zusammen sich besseren Lohn zu erkämpfen. Erfolg haben sie jedenfalls mit ihrer Liebesbitterkeit nicht. Sie sind denn doch noch nicht gewiegt genug, um der Arbeiterbewegung den Erfolg zu bereiten, und wir wollen ihnen verraten, daß wir mit dem Resultat beider Versammlungen zufrieden sind. Wir werden in Zukunft der Raffinerie ganz besondere Aufmerksamkeit zuwenden, um von dem Goldströme der Aktionäre etwas in die Taschen der Arbeiter zurückzuleiten. —

Stettin, 30. September. (Die gestrige Stadtbewerndene-Sitzung) hatte nur 19 Stadtbewerndene anzuloden vermocht, einen mehr, als die beschlußfähige Zahl erfordert. Zum Protokoll der heutigen Sitzung bemerkte Herr Dr. Szrael: Wir haben uns im Prinzip gegen die Wiedereinstellung eines Polizei-Inspektors ausgesprochen. Der von uns beabsichtigte Hinweis war gegenstandslos geworden, weil die Anstellung des Herrn Ziele aus Kottbus durch den Magistrat eine vollendete Tatsache geschaffen hatte. Sobald aber wieder

eine Vakanz in der Stelle des Polizei-Inspektors oder des Polizei-Kommissars eintritt, wünschen wir, daß diese Stelle unbesetzt bleibt. Dazu ist die Veränderung des Ortsstatuts nötig. Ein Antrag nach dieser Richtung wird zur nächsten Sitzung erfolgen. Herr Bürgermeister erklärte hierzu: Vom Regierungspräsidenten ist uns die Probeanstellung des Herrn Ziele anheimgegeben. Wir sind darauf eingegangen. Aus der Probeanstellung wird jedenfalls eine definitive werden. In der von Herrn Szrael angeregten Veränderung des Ortsstatuts dürfte die Zustimmung des Magistrats wohl kaum zu erlangen sein. Herr Zweiter Bürgermeister Dr. Trump sagte noch hinzu, daß der Regierungspräsident auf die Beschwerde der Stadtbewerndene die Einziehung der Inspektorstelle für nicht zulässig erklärt habe. — Sodann wurde Kenntnis genommen von der Befähigung des Herrn Reinhard als erster Bürgermeister auf weitere 12 Jahre. — Für die demnächst stattfindende Stadtbewerndenewahl wurden zwei Beisitzer und vier Stellvertreter gewählt. Es wurde hierbei betont, daß, nachdem die Einwohnerzahl auf unter 20 000 gesunken sei, die Zahl der Stadtbewerndenen von 36 auf 30 ermäßigt werden müsse. Jedoch sei man sich noch nicht darüber klar, ob zu dieser Ermäßigung ein wirklicher gesetzlicher Zwang vorliege. Der nachgeordnete Beisitzer der Ausschussbehörde siehe noch aus. — Der folgende Punkt rief eine sehr lange Debatte hervor. Um das Verständnis zu ermöglichen, müssen wir auf seine Vorgeschichte eingehen. Von der Filistenstraße aus (zwischen Weidener und Kupfer-Schmied Schmied) führt ein Graben zur Abfuhr der Abwässer hinter der Spillingerstraße entlang (im alten Wallgraben), der schließlich seinen Weg durch den der Firma C. Weimede, Pöcker u. Co. gehörigen „Schloßpark“ nimmt, dann in einem Graben auf dem Hofe der selben Firma verläuft im Mühlgraben mündet. Den Angehörigen der genannten Firma ist es immer unangenehm gewesen, daß der wenig aromatische Graben durch ihren Park hindurchführt. Als nun die Stadt von der Firma die Berechtigung erwarb, auf ihrem Grund und Boden in der Nähe des Wasserwerks die neuen Brunnen anzulegen, verpflichtete sich die Stadt zum Entgelt dafür zur Verrohrung jenes Grabens, wodurch die Firma übrigens rund 400 Quadratmeter Boden gewinnt. Der damals abgeschlossene Vertrag ist aber nicht ganz klar gefaßt. Der Magistrat behauptet, nach dem Wortlaut des Vertrags sei auch der übrige Teil des Grabens auf dem Hofgrund zu verrohren. Eine Anzahl Stadtbewerndene unter Führung des Herrn Mendorf bestreiten dies entschieden und behaupten, dieser Ansicht widerspreche schon der ursprüngliche, vom Magistrat vorläufig gegebene Kostenausschlag von 4000 bis 5000 Mark, da die Verrohrung des ganzen Grabens jetzt auf 9600 Mark veranschlagt wird. Durch die Erdbebenungen ist die Sache nun noch in ein andres Stadium getreten. Der Fabrikhof und das „Schloß“ haben sich bedeutend gehoben. Die Verrohrung ist wegen der zu erwartenden Rohrbrüche durchaus unzulässig. Die Berginspektion schlägt daher vor, den Graben im Schloßpark weiter, durch die Mauer hindurch und in dem wägen Friede hinter dem Schloßpark fortzuführen bis zum Mühlgraben, weil dort sicheres Terrain sei. Stadtbewerndene und seine Freunde stimmen dem wohl zu, beharren aber darauf, die Verrohrung nur für das ursprüngliche Grabenstück im Schloßpark auf Kosten der Stadt auszuführen. Wie die Firma die Weiterführung des Grabens vornehme, sei ihre Sache, da die Stadt das Recht habe, ihr Wasser in den Schloßparkengraben hineinzuleiten. Um diese Frage, die das so oft erörterte Gebiet der von der Stadt mit der Firma C. Weimede, Pöcker u. Co. geschlossenen Verträge aufs neue berührt, entspannt sich eine lebhafte Diskussion, da beide Teile auf ihrer Auslegung des Vertrags bestehen. Aus will scheinen, als ob die Ansetzung des Herrn Mendorf, der sich auch die Herren Fröhlich, Ulrich, Landt, Augustin und andre anschließen, die richtige sei. Schließlich wird der Antrag des Magistrats, 9600 Mark für die Verrohrung des ganzen Grabens zu bewilligen, mit 10 gegen 7 Stimmen bei 2 Enthaltungen angenommen. Bei diesem Punkte wurde zugleich erörtert, daß infolge der Bodenenkungen die Abwässerung des Marktes, des Brandshofs, der Schloßstraße und so weiter nicht mehr möglich sei. Deshalb soll unter dem Daunenischen Grundstück hindurch ein Kanal angelegt werden, der die Abwässer aus diesem Stadtviertel aufnimmt und sie dem vorher erwähnten Hauptkanal zuführt. Die Kosten hierfür hat, wie Herr Bürgermeister Reinhard hervorhob, die Berginspektion bereitwilligst übernommen. — Herrn Kaufmann Richter werden pro Quadratmeter an die Stadt abzutretendes Terrain 30 Mark zugewilligt. — Als Armenvorsteher wird an Stelle des Herrn Merkel Herr Berginspektor Karl Feunig gewählt. — Nach längerer Diskussion wird das Fortbestehen der Oberkassette beschlossen. — Da der Assistenzarzt des Krankenhauses gestündigt hat, regt der Chefarzt, Herr Sanitätsrat Dr. Köhler, eine bessere Besoldung des neu anzustellenden an, weil man sonst keinen bekommen würde. Die Debatte schließt ab dahin, ob dem Assistenzarzt die Unterordnung der Prostituierten, deren Anzahl von sieben auf fünf zurückgegangen ist, übertragen werden soll. Herr Stadtbewerndene Simmern macht dem Redegeplätzchen endlich dadurch ein Ende, daß er die Beschlußfähigkeit anzeigt. Da zwei der Herren sich bereits entfernt hatten, ist Beschlußunfähigkeit eingetreten und die Sitzung liegt auf. Auch die geplante nichtöffentliche Sitzung muß deshalb unterbleiben. —

Vermischte Nachrichten.

* Die Tiere dürfen gequält werden. In Italien ist die grausame Behandlung von Tieren landesüblich. Viele Italiensreisende haben sich durch den Anblick ewiger Pferde-, Esel- und Vogelschinderen schon den Aufenthalt dabeist vollständig verleiden lassen. Neuerdings haben nun Tierquälereien eine Agitation mit Flugblättern und Anzeigen gegen diese Tierquälereien begonnen. Es ist aber sehr bezeichnend, daß sich das Jesuitenblatt „Civiltà cattolica“ mit folgenden heftigen Auslassungen gegen diese Bestrebungen auf eine gerade in Italien sehr nötige größere Humanität der armen Kreatur gegenüber wendet:

„Diese Flugblätter zugunsten der Tiere stehen im vollen Widerspruch mit dem gesunden Menschenverstand (?) und sogar in mancher Hinsicht auch mit dem Katechismus (1), und darum sind sie irreligiös. Der gesunde Menschenverstand befiehlt uns, daß die Tiere keinerlei Recht auf „Liebe“ im strengen Sinne haben, denn die „Liebe“ ist eine theologische Tugend, die uns antreibt, Gott und den Nächsten aus Gottesliebe zu lieben. Es ist eine niederrichtige Verleumdung der menschlichen Würde, zu raten, wie eines dieser Flugblätter tut: „Stelle dir vor, du wärst an seiner Stelle und behandle es nicht so, wie du nicht mächtig behandelt werden.“ Im Namen des gesunden Menschenverstandes, der beleidigten Philosophie und gescheiterten Religion verabscheuen wir solche und ähnliche Narheiten über Tierliebe.“

Also die raffinierten Tierquälereien, wie sie in Italien auf allen Gassen und Wegen täglich und stündlich vorkommen, müssen aus religiösen Rücksichten bestehen bleiben! Wie sagte doch gegenüber dieser allerchristlichsten Logik des jesuitischen Blattes von 3400 Jahren schon Moses? „Der Gerechte erbarmt sich seines Viehes.“ —

* Wiedersehen macht Freude. Herr Leon Moret ist erst 31 Jahre alt und lebte drei Jahre lang leidlich glücklich und zufrieden mit seiner jüngeren, hübschen Frau und dem Söhnchen, das sie ihm geschenkt hatte. Ein und wieder itiegen allerdings einige Wolken an dem Blau dieses Ehehimmels auf, da der junge Kaufmann in Folge zu haben glaubte, seiner Gattin einen übermäßigen Hang zur Skolektorie vorzuzuwenden. Und eines Tages packte die hübsche Madame Moret nicht nur ihr Bündel, sondern auch ihres Kindes, da sie, wie sie sagte, der ungerechten Eifersucht ihres Eshello überbrühtig sei. Und Herr Leon Moret irrte nun, ein sehr weidmütiger Othello, voll Verzweiflung durch ganz Paris, um die Ungetreue wiederzufinden, warble sich an die Polizei, aber alle seine Nachforschungen blieben vergebens. Müde, mutlos, der Verzweiflung nahe, suchte er endlich des Abends seinen besten Freund und Kollegen Maurice Vizor auf, um ihm sein Mißgeschick zu erzählen, sein Herz auszusprechen und sich Trost zu holen. Vizor empfing ihn mit gewohnter Höflichkeit und ließ ihn sich aussprechen. Da tief plötzlich im Nebenzimmer ein Kinderstimmchen: „Papa! Papa!“ — und Leon Moret erkannte, daß dieses Kinderstimmchen niemand anders angehörte als seinem eignen Kinde. Wutentbrannt sprang er auf und dem salischen Freunde an die Kehle. Der griff nach einem Messer und stach ihn in den Arm, und im selben Augenblick erschien die krenlose Gattin im leichtesten Gewand aus der Türschwelle und begann mit einem joliden Stod auf das Haupt ihres Ehemanns einzuschlagen. Schließlich rief der Lärm die Nachbarn herbei, und das ganze Spiel endigte bei dem nächsten Polizeikommissar. Dieser Beamte zeigte sich seiner Aufgabe gewachsen, indem er eine weise Entscheidung traf: Leon Moret durfte sein Söhnchen mit nach Hause nehmen, Madame Moret aber zog stolz am Arm ihres Galans nach dessen Haus zurück. —

* Automobilromantik. Die noch ganz junge Tochter eines südafrikanischen Millionärs fuhr eines Morgens in London in ihres Vaters Automobil mit zwei Zeugen beim nächsten Standesamte vor und ließ sich mit dem — Chau f e u r trauen. Solche Ueberraschungen werden möglich durch einen Dispens, „spezial licencoe“, der vom Registrar des Erzbischofs von Canterbury eingeholt wird, annähernd 1000 Mark an Gebühren kostet, das Brautpaar von dem gewöhnlichen Aufgebote befreit und ihm die Freiheit gewährt, sich in jeder beliebigen Kirche oder jedem Standesamte trauen zu lassen. Die Braut ist eine Nichte Sir George Farquars, der unter den südafrikanischen Finanzhäuptlingen mitunter eine hervorragende Rolle gespielt hat. Ihr Vater, Sidney Howard Farcar, ist weniger bekannt, zählt aber ebenfalls zu den Plutokraten des sogenannten Kaffeerzieses. Der Bräutigam ist Maschineningenieur, wenigstens als solcher ausgebildet, hat indes, wie es scheint, von den auf diesem Gebiete erworbenen Fähigkeiten längere Zeit keinen Gebrauch gemacht, sondern als Athlet, Radfahrer und Sportreporter sein Fortkommen gefunden, bis der Automobilport in die Mode kam und ihm gestattete, seine Kenntnisse von Maschinenwesen und Mechanik als Chauffeur zu verwerten und eine gewisse mit dieser Tätigkeit verbundene Bewegungsfreiheit zu erlangen, die ihm schließlich dazu verholfen hat, der Schwiegerjohn eines Millionärs zu werden. —

Ausverkauf wegen Vermietung meines Ladenlokals.

Ich habe meinen Laden anderweit vermietet und muss das Lokal bis zum 1. Dezember räumen, da noch umgebaut werden soll.

Um schnell räumen zu können, werde ich spottbillige Preise machen.

Mein Lager ist, da die Vermietung erst vor einigen Tagen stattgefunden, mit allen Neuheiten der diesjährigen Winter-Saison vollständig sortiert und kommt mit der noch bestellten Ware zum Verkauf.

Das Lager ist ganz erheblich in Preise herabgesetzt. Ein grosser Teil ist für die Hälfte des bisherigen Preises zum Verkauf gestellt.

Mantelhaus Rotes Schloss

Montag, Dienstag,
Mittwoch!

Reste-Tage!

Montag, Dienstag,
Mittwoch!

Die bei meinem Versand **Monat September über 50 000 Meter** übrig gebliebenen **Reste**

in Anzug-, Paletot-, Joppen- u. Hosenstoffen, ferner Damen-Tücher u. Damen-Kostümstoffen
etc. etc. etc.

kommen an vorstehenden Tagen zu **unvergleichlich billigen Preisen** zum Verkauf.

Der **Ausverkauf in Muster-Coupons (neue Dessins)** sowie der Restbestände aus letzter Saison zu bekannt **konkurrenzlos billigen Preisen** dauert nur noch kurze Zeit!

Riesige Auswahl!
Anzug-Stoffe
für Herren und Knaben

Bekannt vorzügliche
Qualitäten

Einzel-Verkauf nur
Himmelreichstr. 23

Damen-
Tücher
Kostüme
und
Mäntelstoffe!

Bekannt vorzügliche
Qualitäten

Einzel-Verkauf nur
Himmelreichstr. 23

Günstige Gelegenheit!
Paletot-Stoffe
Joppen-Stoffe
Beinkleider-Stoffe

Hermann Ohlrogge

**Tuchversandhaus
Norddeutschlands**

Günstigste Einkaufsgelegenheit für Wiederverkäufer, Händler, Hausierer etc.

in meiner **Engros- und Versand-Abteilung, Breiteweg 142-43, Eingang Stiftstrasse**

Pfeil-Dreiwalzen-Rolle
Gestell ganz aus Eisen, mit Rolltuch
ist das Ergebnis einer jahrelangen Erfahrung.
Sie ist die **BESTE ROLLE DER WELT!**
weil sie ohne Schrauben, Federn
oder Mebel, nur durch selbst-
thätige Gewichtsbelastung
arbeitet. Die
Pfeil-Rolle
geht so leicht, dass
Sie von nur einer
Person bedient wird!
Illust. Preisliste umsonst u. frei.
AROSE
MAGDEBURG.
Gegründet 1865.
Vertreter an allen grössten Plätzen.



Heinrich Drube
Möbelfabrik
Gr. Borsdorferstrasse 24
gegr. 1882 Fernsprecher 3332
empfiehlt
als ganz besonders preiswert
Wohnungseinrichtung
zu **Mk. 275.00**

Bettstow	37.00
Kleiderstuhlf.	25.00
Sofa	45.00
Tisch	14.00
4 Rohrstühle	14.00
Pfeilerstuhlf. m. Spieg.	24.50
2 Betten mit Matratzen	60.00
Küchenstuhlf.	23.00
Küchenanrichte	32.00
Küchenstuhlf.	8.00
Küchenstuhl	2.50

Mk. 275.00

Wohnungseinrichtung
zu **Mk. 135.00**

Bettstow	nüssl. furn.	55
Kleiderstuhlf.	"	55
Stegstuhl	"	18
4 Holzstühle	"	22
Zinnwan. gefast. Glas, 50.	"	35
1 Taschenuhr	"	65
2 engl. Betten m. Ia. Matr.	"	110
Küchenstuhlf.	"	35
Küchenanrichte m. Schränkch.	"	26
Küchenstuhl	"	11
Küchenstuhl	"	3
Küchenstuhl	"	1

767 Mk. 435

Wohnungseinrichtungen in jeder
weiteren Preisl. bis zu 5000 Mk.
8 große Schaufenster.
Transport frei durch eigene
Gespanne.

Hochleg. Nähmaschinen. Gar. spott-
billig z. verkaufen Georgenplatz 3 pt.

Schuhwaren!
Billig! Billig!
Herren- u. Damenstiefel, Stiefel-
letten, Turn-, Straub- u. Kinder-
schuhe, Wautoffel, auch aus
Konturmassen stamm. Waren
Nur Neustadt, Schmidstr. 44.

Billige Stiefel
nur Altes Brücktor 2

Billige Schuhwaren!
A. Kleinfeld
B., Schönebeckerstr. 98.

**Die Mutterschafts-
Versicherung**
von Lily Braun
Preis 20 Pfennig
empfiehlt
Buchhandlung
Volksstimme -
Jakobstrasse 49.

Otto Lehmann Sudenburg
Rottersdorferstr. 112
Spezialgeschäft für Wäsche 301
empfiehlt
Doppelt gereinigte Bettfedern und Daunen
Fertige Betten
Bettfedern-Reinigungsanstalt.

Meinen werten Kunden und Gönnern in Magdeburg und Um-
gebung die ergebene Mitteilung, daß ich meine
Zischlerei und Sarg-Magazin
von Olvenstedterstrasse 65 a nach 1010
Olvenstedterstrasse 21, vis-à-vis Robert Brandt
verlegte. Indem ich bitte, mich auch in meinem neuen Geschäftstotal
gütigst unterstützen zu wollen, zeichne
Hochachtungsvoll **C. Heier.**

Den geehrten Anwohnern der Wasserfontäne und Umgegend
zur Nachricht, daß ich mit dem heutigen Tage das
Materialwarengeschäft u. Schweineschlächterei
der Frau **Berta Fuchs**
übernommen habe. Es wird mein eifrigstes Bestreben sein, nur gute
schmackhafte Ware zu angemessenen Tagespreisen zu liefern.
Indem ich noch bitte, mein neues Unternehmen gütigst unter-
stützen zu wollen, zeichne
Hochachtungsvoll **Heinrich Seeger.**

Soeben erschienen:
Sozialdemokratie und Anarchismus
von Wilhelm Herzberg
32 Seiten Oktav. Preis 20 Pfennig.
Die Schrift ist eine Auseinandersetzung der
Sozialdemokratie mit dem Anarchismus. Sie ist jetzt, wo die
Anarchisten mit ihrer Verwirrungsarbeit von neuem einsehen,
wertvoll und sollte namentlich von den Gewerkschaften, die den
Hauptschaden der anarchischen Agitation zu tragen haben,
besonders beachtet werden.
Zu beziehen durch die
Buchhandlung Volksstimme, Jakobstr. 49.

Symphonien 6. u. 7. v. v. Teilzahl.
Georgenplatz 3, part
Schlosserei, 15 Jahre im Be-
trieb, sofort für 400 Mk. zu vert.
406 **Krügerbrücke 1c.**
Bei Bedarf **Zigarren, Zigaretten u.**
in **Zigarrenspitzen** in allen Preislagen
empfiehlt sich
J. Saupé, Gutenbergstr. 6, p.

Wirtschafts-Bazar Sudenburg Inhaber:
Wilh. Schäfer
Zum Umzug empfehle:
Gardinenstangen 50, Einlegebretter 20, Zuggardinen-Einrich-
tungen 40, Roseetten 10, Kohlenkasten 45, sowie Emaille,
Glas, Porzellan, Steingut und sämtliche Haus- und Küchengeräte.
1 Fuhrer Einmachetöpfe ist wieder eingetroffen.
Bitte, beachten Sie meine 3 Schaufenster!

Zum Umzug
empfehlen wir unser reich sortiertes Lager
Gardinen, Kongressstoff, weiß und creme
zu den billigsten Preisen. 1008
Ranten, Spitzen, Spachtel-Rouleaus, Lambrequins
in großer Auswahl.
Louisianatuch, Hemdentuch und Rouleautoffe
Bettfedern u. Daunen, Inlett's, Bezüge in bekannt reeller Ware
zu billigsten Preisen.
5 Prozent Rabatt.
Bettfedern-Reinigung mit elektrischem Betrieb in gewissenhafter Ausführung.
Carl Staufenbiel & Söhne, Sudenburg
St. Michaelstr. 44/44a.

Zur Aufklärung!
Die Firma Gebr. Paepcke, welche hier neuerdings mit Petroleum und Seife haufert,
verkauft das Petroleum in 5 Pfund-Kannen mit 60 Pfennig per 5 Pfund. Wir machen aus-
drücklich darauf aufmerksam, daß 5 Pfund nur 3 1/2 Liter sind und daß somit genannte Firma
für 1 Liter Petroleum 19 1/2 Pfennig erzielt.
In unsern Verkaufsstäden kostet aber das nachgewiesene beste
„Unerreichte Rein Pennsylvania-Petroleum“
das Liter 18 Pfennig mit 5 Proz. Rabatt!
Scheuen Sie bitte nicht die kleine Nähe des Abholens. Die Wege machen sich
gut bezahlt. 1014
Max Görnemann. Reinh. Protze.

Nach erfolgter Auflösung unserer Filiale S.A.F.O.B. str. a. h. e. stellen wir das gesamte Warenlager der Filiale in unserm Geschäftslokal **Altmarkt 14** zum vollständigen

Flusverkauf

Um das Lager, bestehend aus Herren- und Damenschuhen, Hausschuhen, Pantoffeln und Kinderschuhen schnell zu räumen, verkaufen wir diese Waren

zu gewaltig herabgesetzten Preisen

teilweise sogar unter dem Einkaufspreis.

Die zum Ausverkauf gestellten Waren sind nur beste Qualitäten sind in unsern Schaufenstern mit Preisen ausgestellt. Auf Wunsch wird jedes Paar aus dem Fenster verabsolgt.

Billigste streng feste Preise.

Prima Qualitäten.

Schuhwarenhaus Masting & Co.

Gegenüber dem Kaiser-Otto-Denkmal

14 Altmarkt 14

Gegenüber dem Kaiser-Otto-Denkmal.



„Blut und Eisen“ Krieg und Kriegerturn in alter und neuer Zeit

— von Hugo Schulz. —

Unter diesem Titel erscheint ein neuer Band der von der Buchhandlung Vorwärts herausgegebenen „Kulturbilder“. In zusammenhängenden historischen Streifzügen zeigt der Verfasser, welche Rolle der Krieg im Leben der Kulturmenschen gespielt hat, welche Gewalt er gestiftet, welche Vermählungen er angerichtet, aber auch, welche Kräfte er geweckt und in welcher Weise er auf die innere Entwicklung der Völker zurückgewirkt hat. Aus der Kriegsgeschichte wird sich die Militärgeschichte erschließen, und allenthalben wird der Leser sehen, wie sehr auch die Formen des Kriegsführens durchaus abhängig sind von den wirtschaftlichen Grundlagen des Lebens ihrer Zeit. Der Verfasser zeigt, wie auch in der Wehrverfassung die sieghafte Stärke des demokratischen Prinzips sich Bahn gebrochen hat. Porträts, Schlachtenbilder, belagerte Städte, Darstellungen von Kriegsgreueln, Soldatentypen, Spottbilder und Waffengattungen sollen die lehrreichen Darlegungen veranschaulichen und beleben.

Das Werk erscheint in 50 Lieferungen à 20 Pfennig. — Wöchentlich wird ein Heft ausgegeben.

Jedes Heft ist reich illustriert!

Das Werk ist zu beziehen durch alle Aussträger und Kolporteurs der „Volksstimme“ sowie durch die Buchhandlung Volksstimme :: Magdeburg, Jakobstrasse Nr. 49.

Am 29. September.
Aufgebote: Stellmacher Friedrich Andreas Siebert mit Anna Luise Emma Benz.
Eheschließungen: Mechaniker Karl Hartwig mit Anna Bösch. Bahnarbeiter Armin Mebsky mit Elise Duldhart. Schlosser Adolf Köpfer mit Elise Kühne. Feuerwehrmann Otto Danbers mit Emma Hellwig.
Geburten: Martha, T. des Arbeiters Friedrich Schmiede. Erta, T. des Eisenarbeiters Ernst Gasse. Ernst, S. des Formers Otto Heinemann. Heinz, S. des Schlossers Ernst Trecher. Karl Erwin, unehel. Elise, T. des Klempnermeisters Max Großmann. Hermann Paul, unehel. Beati, T. des Arbeiters Richard Knochenhauer.
Todesfälle: Hermann, S. d. Arbeiters Hermann Froese, 4 M. 15 J. Witwe Gertraud Bierstedt geb. Werner, 87 J. 6 M. 22 J. Ehefrau des Kaufmanns Wilhelm Fischer, Luise geb. Koch, 37 J. 9 M. 4 J. Totgeburt: S. des Arbeiters Rudolf Pelz.

375
Wer bei Kaphengst kauft, spart Geld.
Eiserne Bettfedern u. 6 M. an
Bettfedern Pfd. 0.40-7.00
Fertige Betten 150-12 M.
Otto Kaphengst Bettfedern-Verhandlung Halberstädterstr. 186a

Tapeten Linoleum

zurückgesetzte Muster und Reste sehr billig
vormals
Gebr. Schröder, Carl Rau
Breiteweg 146.

S. des Maschinenwärters Wilhelm Mäther, 2 M. 18 J.
Totgeburten: S. unehelich. S. des Ruffschers Hugo Front.
Subenburg, 29. September.
Aufgebote: Arb. Bernh. Mahalt mit Marianne Helene Pimpf.
Eheschließungen: Schlosser Otto Freitag mit Emma Holzhausen. Eisenarbeiter Gust. Müde mit Emma Müller. Ruffschers Heim. Lepp mit Anna Pfeffer.
Geburten: August, S. des Arbeiters Wilh. Groppler. Wilhelm, S. des Böttchermeisters Willi Bode. Werner, S. des Genarmen-Brig.-Schreibers Ibo Garlmann.
Todesfälle: Lechniker Albert Baumgart, 26 J. 10 M. 1 J. Paula, T. des Arb. Paul Suttiga, 6 J. 15 J.

Rußland und die Revolution

von Adolf Braun.
Preis 20 Pfg.
Buchhandlung Volksstimme
Jakobstrasse 45.

Standesamt.

Magdeburg-Aktstadt, 28. Septbr.
Aufgebote: Eisenarbeiter Gust. Wille mit Frida Schaper. Geschäftsführer Friedr. Koch in Hammeln mit Elise Dorothea Engel hier. Schlosser Christian Andreas Jatoch Hausmann hier mit Minna Werner in Klein-Banzleben. Schlosser Otto Robert Junke mit Johanne Doroscher Emilie Jordan in Berlin. Tischler Gustav Friedrich Boigt mit Anna Marie Emma Hedwig geb. Lehtman in Burg. Heilenhauer Christian Friedrich Adolf Wegmann mit Anna Marie Frieda in Stöckfurt. Schlosser Karl Friedrich August Müller in Char. lehrstaburg mit Alwine Ernestine Marie Hummel in Berlin. Buchbinder Julius Höpner mit Alwine Hedwig in Schnarsleben. Schmied Karl Friedrich Wilhelm Klog mit Auguste Mathilde Nielenz in Rodman. Tischler Joh. Hartmann mit Helene Siebert. Malermeisterhandwerker Ernst polkander hier mit Luise Heyer in Rathen.
Geburten: Willi, S. des Arb. Andreas Eggeling. Kurt, S. des Kaufm. Otto Schmitts. Bertha, S. des Kaufmanns Otto Witzgerling. Hildegard, T. des Feldw. Hermann Behne. Elisabeth, T. des Hilfsbreiters Wilh. Branne. Hildegard, T. des Schneiders Joh. Augustin. Elisabeth, T. des Fleischermeisters Karl Ege. Luise, T. des Kaufmanns Walter Krügermann.
Am 29. September.
Aufgebote: Kaufmann Carl Gustav Carl Bonhardt hier mit Luise Marie Karoline Busch in Jda Stange, unehelich, 56 J. 3 M. 2 J. Reliquienhändler Ernst Bösch in Leopoldshall mit

S. des Maschinenwärters Wilhelm Mäther, 2 M. 18 J.
Totgeburten: S. unehelich. S. des Ruffschers Hugo Front.
Subenburg, 29. September.
Aufgebote: Arb. Bernh. Mahalt mit Marianne Helene Pimpf.
Eheschließungen: Schlosser Otto Freitag mit Emma Holzhausen. Eisenarbeiter Gust. Müde mit Emma Müller. Ruffschers Heim. Lepp mit Anna Pfeffer.
Geburten: August, S. des Arbeiters Wilh. Groppler. Wilhelm, S. des Böttchermeisters Willi Bode. Werner, S. des Genarmen-Brig.-Schreibers Ibo Garlmann.
Todesfälle: Lechniker Albert Baumgart, 26 J. 10 M. 1 J. Paula, T. des Arb. Paul Suttiga, 6 J. 15 J.

Fernsprecher 1938. 917 Fernsprecher 1938.
36 cm je
32 M.
Gummibezug
johann Kieffer, sehr billig.
Albert Brennecke Magdeburg-Salzwedel
Ecke Westendstraße.

Matilde Wilhelmine Johanne Frieda Lorenz in Brandenburg. Arbeiter Otto Senftenberg mit Marie Nege in Schweinitz. Diener Hermann Boesig hier mit Ella Luise Elisabeth Beshge in Eigerleben. Arbeiter Gustaf Kallajch mit Luise Helene Marie Wäschler in Weigenfels. Arbeiter Wilhelm Karl Friedrich Schmidt in Schöneberg. Arbeiter Anna Wilhelmine Emilie Kroy in Hauszagen. Eisenbahndrohnen Walter Griegel Ernst Richter in Zippelben mit Emma Marie Schwenk in Güls. Arbeiter Wilhelm Friedrich Nikolaus mit Luise Verge in Güls. Regierungsbüchse Franz Bruhn hier mit Helene Janiker in Berlin.
Eheschließungen: Monteur Ernst Busch mit Klara Peters. Bauhilfer Max Boigt mit Jda Döberlin. Lehrer Otto Schäfer mit Katharine Porze. Rentner Friedrich Reinhardt mit Helene Widdemann. Gelbhäcker Wilhelm Volkstumpf mit Emma Scharenberg. Kaufmannlicher Beamter Paul Reischer mit Elise Henning.
Geburten: Mathilde, T. des Regimentskochen Paul Weber. Erna, T. des Malers Otto Klink. Paul, S. des Privatmanns Paul Judent. Kurt, S. des Berg. Otto Jäger. Charlotte, T. des Kaufmanns Rich. Baum. Charles, S. des Maschinenführers Joseph Sayers.
Todesfälle: Auguste geb. Egermann, Ehefrau des Milchhändlers Franz Reicher, 55 J. 3 M. 2 J. Jda Stange, unehelich, 56 J. 3 M. 2 J. Erna, T. des Schneid. August. 6 J. 8 M. 11 J. Ernst

Am 29. September.
Aufgebote: Arbeiter August Friedrich Seeger in Magdeburg-Buckau mit Minna Vina Meinede. Eisenbahnarb. August Karl Wilhelm Kühne mit Elise Marie Ulrich. Arbeiter Karl Andr. Otto Grahn in Pechau mit Auguste Karoline Elisabeth Busse.
Geburten: Margarete Ranni, T. des Sattlermeisters Otto Labide in Pechau. Jda Anna, T. des Maurers Gustav Friede in Pechau. Suzanne Hildegard, T. des Dr. phil. u. Chemikers Albert Kapler. Erwald Ernst, S. des Arbeiters Friedrich Prokowski in Preßler. Gustav Eduard Willi, S. des Bierbrauers Eduard Kempe.
Todesfälle: Arbeiter Karl Magerstedt, 56 J. 7 M. 6 J. Elisabeth Katharina Lindner, 19 J. 6 M. 22 J.
Weiterhüßen.
Aufgebote: Arbeiter Paul Ernst Simon gen. Robert Wattrabi mit Auguste Martha Johanna in Schönebed. Dreher Karl Reinhold Frick Ehme mit Anna Magdalena Dobrowoj.
Geburten: Willi Paul, S. des Schlossers Paul Schüler. Auguste Jda, T. des Arbeiters Auguste Frische. Alfons Paul Johann, S. des Arbeiters Peter Wante.
Todesfälle: August Friedebt, 70 J. 3 M. 26 J. Walter Ernst, S. des Maurers Gustav Kniep, 9 M. 20 J.
Burg, 28. September.
Geburten: S. des Frühlings Otto Zimmermann. S. des Drechs. Gustav Schmidt. T. des Schuhm. Karl Duednan. T. des Arb. Friedr. Hunge.
Am 29. September.
Eheschließungen: Tromp. u. Serg. im Altmarkt. Feldart.-Regt. Nr. 40 Oskar Ed. Konstantin Rosenberger mit Luise Friederike Jda Kühne. Maschinenbed. Werner Passenau in Magdeburg-Buckau mit Marie Bertha Müller hier.
Geburt: S. des Ruffsch. Hermann Hellwig.
Todesfälle: Subalt.-Leutnant Heinrich Günther, 75 J.

Der geehrten Einwohnerschaft Magdeburgs zur gefälligen Nachricht, daß in diesen Tagen die Listen zur Eintragung der Namen für das
1015
Magdeburger Adreßbuch 1907
in sämtlichen Häusern der Stadt ausliegen und daß nur bei vollständiger und deutlicher Ausfüllung derselben die Herausgabe eines möglichst fehlerfreien Buches unterjüngt wird.
Karl Robert Kiess, Fürstentw.straße 11.